

Universität Potsdam  
Philosophische Fakultät  
Institut für Jüdische Studien

# Die Rolle des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten während des Scheunenviertelpogroms 1923

Magisterarbeit  
zur Erlangung des akademischen Grades Magister Artium

Erster Gutachter: Prof. Dr. Thomas Brechenmacher  
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Manfred Görtemaker

Vorgelegt von  
Gerlind Mittelstädt

am 28.03.2013

Online veröffentlicht auf dem  
Publikationsserver der Universität Potsdam:  
URL <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2013/6734/>  
URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-67345>  
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-67345>



## **Inhaltsverzeichnis**

1. Einleitung .....	3
2. Inhaltliche und methodische Vorbetrachtungen .....	7
2.1. Fragestellung .....	7
2.2. Forschungsstand .....	8
2.3. Quellen und methodische Aspekte .....	11
3. Der Scheunenviertelpogrom in Berlin .....	13
3.1. Der Pogrom am 05. November 1923 .....	13
3.2. Die Vorgeschichte: Antisemitismus und Gewalt in der Weimarer Republik .....	20
3.3. Der Ort: Das Scheunenviertel.....	31
4. Opfer, Täter und Ordnungskräfte .....	35
4.1. Die Opfer - Die ostjüdischen Bewohner des Scheunenviertels .....	35
4.2. Die Täter - Frauen, Jugendliche und Arbeitslose .....	40
4.3. Die Ordnungshüter - Die Berliner Schutzpolizei.....	47
5. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) .....	53
5.1. Jüdische Soldaten und „Juden­zählung“ im Ersten Weltkrieg.....	53
5.2. Gründung und Aufbau des Reichsbundes 1919 - 1923 .....	60
5.3. Der Reichsbund nach dem Pogrom 1924-1933 .....	71
5.4. Die Neuorientierung des RjF 1933-1938 .....	86
6. Fazit .....	90
7. Quellen- und Literaturverzeichnis .....	96

## 1. Einleitung

Das Verhältnis von Tradition und Moderne und die Frage der Integration in die deutsche Gesellschaft beziehungsweise die Abgrenzung von ihr waren in der Weimarer Republik Themen, die unter der jüdischen Bevölkerung stark diskutiert wurden. Assimilation schien vielen damals die einzig mögliche Form gesellschaftlichen Integration. Die oft ablehnende Haltung der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung verstärkte bei den deutschen Juden den Drang nach Zusammengehörigkeit. So entstanden in dieser Zeit viele jüdische Vereine. Bereits 1893 wurde der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) gegründet, der sich die Abwehr des Antisemitismus zur Aufgabe gemacht hatte.<sup>1</sup> Außerdem verstärkte sich die Suche, nach einer eigenen, nicht unbedingt religiös begründeten Identität. Steven E. Aschheim schrieb dazu, dass der Wille, sich der Gleichberechtigung würdig zu erweisen, eine „Selbsterneuerung“ im Sinne der Abgrenzung vom traditionellen Judentum der osteuropäischen Ghettos erfordere.<sup>2</sup>

Für viele Juden war der Antisemitismus nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ein Krisenphänomen. Seine Auswirkungen wurden auf die schwierige innenpolitische Situation, die Kriegsniederlage sowie die schlechte Versorgungslage zurückgeführt. Ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung ging davon aus, dass dieses Phänomen von absehbarer Dauer sei.

Der CV, der die Mehrheit der liberalen deutschen Juden<sup>3</sup> vertrat, stellte im März 1919 klar, dass er bei seiner Linie der „Synthese“ von Deutschtum und Judentum zu bleiben gedenke.<sup>4</sup> Nichtsdestotrotz war die Enttäuschung groß, als der Verein merkte, dass die Teilnahme am Krieg den Anspruch auf Gleichstellung nicht bewiesen hatte und den Antisemitismus zum Verstummen brachte. Nun aber sah man sich einer nie dagewesenen

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu: Barkai, Avraham: „Wehr dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938. München 2002.

<sup>2</sup> Vgl. dazu: Aschheim, Steven E.: Spiegelbild, Projektion, Zerrbild. „Ostjuden“ in der jüdischen Kultur in Deutschland. In: Osteuropa. Heft 8 (2008), S. 67-83.

<sup>3</sup> Die jüdische Bevölkerung der Weimarer Republik war eine heterogene Gesellschaft, die sich vor allem in Konservative bzw. Orthodoxe, Zionisten und Liberale unterteilte. Vgl. dazu: Silbermann, Alphonse: Deutsche Juden oder jüdische Deutsche? Zur Identität der Juden in der Weimarer Republik. In: Grab, Walter/ Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Juden in der Weimarer Republik. Darmstadt 1998, S. 347-355.

<sup>4</sup> Im deutschen Reich. Nr. 3 (März 1919).

antisemitischen Kampagne ausgesetzt. Heinemann Stern, ein führendes Mitglied des CV, schrieb in seinen Memoiren rückblickend zur Lage der deutschen Juden in der Weimarer Republik: *„Sonderbar jedoch, daß uns der volle Sieg [im Kampf um die Gleichstellung, G.M.] keine rechte Befriedigung gewährte; nicht einmal Ruhe brachte er uns nach dem langen bitteren Kampf ums Recht. Wohl niemals vorher hatte der Abwehrkampf gegen antijüdische Angriffe und Bedrohungen solche Aktivitäten unsererseits erfordert, wie sie uns in der Zeit der deutschen Republik aufgenötigt wurde. [...] Wir Juden wurden mit der Republik identifiziert – Judenrepublik – und wir selbst hatten uns mit ihr identifiziert, stärker als es selbst nichtjüdischen Republikanern einleuchtete.“*<sup>5</sup>

Die Erfahrungen, die die deutschen Juden in postemanzipatorischer Zeit mit dem Antisemitismus gemacht hatten, besagten, dass es Hochphasen gab, aber auch Phasen, in denen dieser weitgehend in den Hintergrund trat. Die Bewertung der völkischen Propaganda durch die jüdische Bevölkerung war vor diesem Hintergrund schwierig, zumal die erreichte Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft noch nie so hoch war wie in der Zeit der Weimarer Republik. Für die deutschen Juden stand fest, sie waren Deutsche. Hier war ihre Heimat, ihre Sprache und Schrift waren deutsch. Sie opferten ihr Leben im Ersten Weltkrieg für Deutschland und die Zukunft Deutschlands war ihre Zukunft.<sup>6</sup> Der Philosoph Franz Rosenzweig sagte dazu: *„Sollte man mich zwingen, mein Deutschtum von meinem Judentum zu trennen, dann würde ich die Operation nicht lebend überstehen.“*<sup>7</sup>

Ganz in diesem Kontext sah sich auch der 1919 gegründete Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF), der als Abwehrverein gegen den Antisemitismus und als Veteranenverein gegründet wurde, und der die zweitgrößte jüdische Vereinigung neben dem Centralverein darstellte.

Als im Ersten Weltkrieg auf Druck völkischer Kreise die Dienstverhältnisse aller jüdischen Soldaten festgestellt worden waren,<sup>8</sup> um einer angeblichen

---

<sup>5</sup> Meyer, Hans C. (Hrsg.): Stern, Heinemann: Warum hassen sie uns eigentlich? Erinnerungen. Düsseldorf 1970, S. 163.

<sup>6</sup> Vgl. dazu: Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik. Bonn 2003, S. 12.

<sup>7</sup> Rosenzweig, Franz: Deutschtum und Judentum. Zit. nach: Lapide, Pinchas: Deutschlands jüdische Stiefkinder 1914-1918. In: Beiträge zur Konfliktforschung-Psychopolitische Aspekte. Nr. 2 (1989), S. 65-74.

<sup>8</sup> Vgl. dazu: Kapitel 5.1.

„jüdischen Drückebergerei“ nachzugehen, desillusionierte dieses Vorgehen viele an der Front kämpfenden jüdischen Soldaten. Auch die Tatsache, dass die antisemitische Hetze nicht gestoppt wurde, trug dazu bei.

Nach Beendigung des Krieges entstanden in der Weimarer Republik eine Vielzahl völkischer Vereine und Verbände, wie der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, die mit hemmungsloser Propaganda gegen jüdische Politiker vorgingen. Die vielen, in der Folge an jüdischen Politikern verübten Morde wurden von Freikorpsmitgliedern oder rechtsextremen Gruppen nahestehenden Personen begangen und hatten einen antisemitischen Hintergrund.<sup>9</sup> Gewalt und Willkür gegenüber jüdischen Mitbürgern, ausgelöst durch radikale völkische Propaganda, führten zu Ereignissen wie der Ausweisung jüdischer Bürger aus Bayern<sup>10</sup> oder dem Berliner Scheunenviertelpogrom.<sup>11</sup>

Am Beginn dieser Arbeit steht das Scheunenviertelpogrom, das am 05. und 06. November 1923 im Berliner Scheunenviertel stattfand. Dieser Stadtteil von Berlin war hauptsächlich von ostjüdischen Einwanderern bewohnt, die im nachfolgenden Kapitel betrachtet werden sollen. Die jüdische Bevölkerung Groß-Berlins betrug 1925 173.000 Personen, was einem Anteil von 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt entsprach.<sup>12</sup> Davon war ein Viertel ausländischer Herkunft, vor allem aus Polen, Russland und Galizien, aber auch aus den Gebieten der früheren Habsburgermonarchie. Ein großer Teil dieser osteuropäischen jüdischen Einwanderer war im Krieg als Arbeitskräfte angeworben worden oder kamen als Flüchtlinge nach Berlin. Ostjüdische Studenten, Schriftsteller und Künstler, die in dieser Zeit in die Stadt kamen, machten Berlin zu einem geistigen Zentrum des Judentums. Neben diesen Intellektuellen kamen aber auch sehr arme Arbeiter und Handwerker in die Stadt, die sich oft als ersten Anlaufpunkt im Scheunenviertel niederließen und dieses Viertel damit zu einem Wohngebiet mit hoher jüdischer Bevölkerungsdichte machten, aber auch mit vielen

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu: Kapitel 3.2.

<sup>10</sup> Vgl. dazu: Kapitel 3.2.

<sup>11</sup> Vgl. dazu: Kapitel 3.1.

<sup>12</sup> Vgl. dazu: Richarz, Monika: Erfolg und Gefährdung in der Weimarer Republik. In: Hammer, Manfred/ Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Juden in Berlin 1671-1945. Ein Lesebuch. Berlin 1988, S. 179.

kulturellen und religiösen Einrichtungen.<sup>13</sup> Dass die Neueinwanderer oft nur auf der Durchreise waren, wird in einem weiteren Kapitel thematisiert.<sup>14</sup> Ferner sollen die Menschen identifiziert und charakterisiert werden, die während des Pogroms als Angreifer ins Scheunenviertel eindringen und brutal gegen die dort lebende jüdische Bevölkerung vorgingen. Lebensmittelunruhen hatten in den Nachkriegsjahren 1920-1923 Konjunktur in Berlin. Auf die Erfahrungen des Krieges, die militärische Niederlage und nachfolgende Revolution folgte für die Bevölkerung der Schock der Inflation. Scheinbar festgefügte ökonomische und soziale Beziehungen gerieten aus den Fugen, weite Teile der Bevölkerung waren materieller Not und Existenzängsten ausgesetzt. Versorgungs- und Verteilungskämpfe nahmen in diesen Jahren zu.<sup>15</sup> In Kriegszeiten waren vor allem Frauen die Träger solcher gewalttätiger Unruhen. In den darauffolgenden Jahren und mit zunehmendem Anstieg der Arbeitslosigkeit ging die Gewalt meist von Jugendlichen und Arbeitssuchenden aus. Die antisemitische Hetze dieser Jahre, vor allem gegen die ostjüdische Bevölkerung, führte zu einer Radikalisierung einiger Bevölkerungsgruppen und ließ die vormaligen subsistenzorientierten Unruhen zu Angriffen mit antisemitischem Hintergrund werden, wie sich im Fall des Scheunenviertelpogroms zeigte. Danach soll die Entwicklung der Schutzpolizei der Weimarer Republik betrachtet werden. Die Polizei der jungen Republik war geprägt durch eine starke Militarisierung. Durch mehrfache Umstrukturierungen, auch auf Anweisung der Alliierten, wurde der Schutzpolizei der Weg zu einer Professionalität ihrer Arbeit geebnet. Bis zum Entstehen einer Polizeitruppe mit demokratischem Hintergrund blieben genügend Hürden. Die ungenügende ideologische Schulung der neuen Polizei, die noch immer „alten Zöpfen“ des Kaiserreiches nachhing oder durch die völkische Propaganda beeinträchtigt war, erschwerte den Aufbau. Die gestiegene Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen und die ideologische Verunsicherung der Polizisten führten oft zu einem unverhältnismäßigen Vorgehen bei

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu: Saß, Anne-Christin: Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik. Göttingen 2012, S. 14.

<sup>14</sup> Vgl. dazu: Kapitel 4.1.

<sup>15</sup> Vgl. dazu: Lefèvre, Andrea: Lebensmittelunruhen in Berlin 1920-1923. In: Gailus, Manfred/ Volkmann, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994, S. 346.



Unruhen. Staatlich lizenzierte Polizeigewalt führte später in der Zeit des Nationalsozialismus dazu, dass diese Teil des polizeilichen Alltags wurde.<sup>16</sup> Ausgehend von diesen Vorüberlegungen und der Charakterisierung der verschiedenen Gruppen, die während des Scheunenviertelpogroms am 05. und 06. November 1923 entweder als Täter oder Opfer, als Ordnungshüter oder Beschützer der Opfer in die Ereignisse involviert waren, soll diese Arbeit dazu dienen, die Rolle des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten dabei näher zu beleuchten.

## **2. Inhaltliche und methodische Vorbetrachtungen**

### **2.1. Fragestellung**

In der Forschung wird das Thema des Scheunenviertelpogroms meist im Kontext der sich steigernden Aggressivität, Brutalität und Massenwirksamkeit des Antisemitismus nach Beendigung des Ersten Weltkrieges dargestellt. Die Rolle des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten wird dabei oft nur am Rand thematisiert. Für den Verlauf des Pogroms mag dies auch richtig sein, da die Anwesenheit der Reichsbundmitglieder keine großen Auswirkungen hatte. Die geringe Anzahl von Personen, die sich einer vieltausendköpfigen Menge entgegenstellten, mutete wie der Kampf von David gegen Goliath an.

In diesem Zusammenhang sollen Opfer und Täter dieses Pogroms skizziert werden, bevor sich die Arbeit der eigentlichen Fragestellung zuwendet.

Die meisten Historiker, die sich mit der Geschichte des Reichsbundes beschäftigt haben, unterteilen seine Entwicklung in zwei Teile, die Zeit der Weimarer Republik und die Zeit nach der Machtergreifung Hitlers.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Vgl. dazu: Davis, Belinda: Polizei und Gewalt auf der Straße. Konfliktmuster und ihre Folgen im Berlin des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Luedtke, Alf/ Reinke, Herbert/ Sturm, Michael (Hrsg.): Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2011, S. 94.

<sup>17</sup> Der scheinbare Gegensatz zwischen dem Eintreten des Reichsbundes für die Republik während der Weimarer Zeit und die Separierung von seinen „undeutschen“ Glaubensbrüdern in der ersten Zeit des Nationalsozialismus, ließ Historiker zu völlig unterschiedlichen Bewertungen des Reichsbundes kommen. Zu einer positiven Bewertung: vgl. dazu: Pierson, Ruth: Embattled Veterans. The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. In: Leo Baeck Institute Yearbook. Nr. 19 (1974), S. 139-154. Zu einer negativen Bewertung: vgl. dazu: Rheins, Carl J.: German Jewish Patriotism 1918-1935: Study of the Attitudes and Actions of the Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, the Verband nationaldeutscher Juden, the Schwarzes

Meiner Meinung nach, ist diese Unterteilung nicht korrekt. Ich bin der Meinung, dass es eine Dreiteilung in der Entwicklung des Reichsbundes gab. Eine erste Entwicklungsstufe fällt in die Zeit von 1919-1923 als Phase des Aufbaus, die Zeit von 1924-1933 würde ich als Konsolidierungsphase bezeichnen und die dritte Stufe in der Zeit von 1933 bis zur Auflösung als Umbruch.

Weiterhin möchte ich der Frage nachgehen, ob die Hilfeleistung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten für die bedrängten Bewohner des Scheunenviertels eine unmittelbare Auswirkung auf die Programmatik des Bundes hatte und wenn ja, in welche Richtung entwickelte sich dieser entwickelte.

## **2.2. Forschungsstand**

Über die jüdische Bevölkerung in der Weimarer Republik, die ostjüdischen Einwanderer sowie die Entwicklung des Antisemitismus in dieser Zeit sind zahlreiche Publikationen erschienen.

Cornelia Hecht hat in ihrer 2003 erschienenen Monografie über die deutschen Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik versucht, die deutsch-jüdische Wahrnehmung des Antisemitismus anhand der deutsch-jüdischen Presselandschaft zu rekonstruieren. Mit Hilfe von sieben Tageszeitungen kann Hecht eine lange Kette von gewalttätigen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung nachweisen, auch für die angeblich ruhigeren Jahre zwischen 1924-1929.<sup>18</sup> In seiner wichtigen Studie über antisemitische Gewalt zeichnet Dirk Walter die verschiedenen Etappen dieser Gewalt nach, wobei ein Hauptaugenmerk auf der strafrechtlich verfolgbar antisemitischen Kriminalität liegt.<sup>19</sup> Eine erste Darstellung der Problematik der ostjüdischen Einwanderer hat Trude Maurer mit ihrer 1986 erschienenen Dissertation vorgelegt. Sie gibt in diesem Werk einen Überblick über die soziokulturelle Zusammensetzung, die rechtlichen

---

Fähnlein, Jungenschaft, and the Deutscher Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden. (Ph.D. Dissertation State University of New York) New York 1978.

<sup>18</sup> Vgl. dazu: Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik. Bonn 2003.

<sup>19</sup> Vgl. dazu: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999.

Rahmenbedingungen sowie die Haltung der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und der deutsch-jüdischen Gemeinschaft gegenüber den Zuwanderern.<sup>20</sup> Neben diesen grundlegenden Forschungen machte Ludger Heid eine spezifische Gruppe zum Gegenstand seiner Arbeit. Seine Analyse der osteuropäischen jüdischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bietet einen differenzierten Blick auf die Zuwanderung osteuropäischer Juden nach Deutschland.<sup>21</sup> In der neu erschienenen Studie von Anne-Christin Saß wird erstmals die Gesamtheit der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten betrachtet, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Räume, die Herkunftsländer, das Berliner Umfeld, aber auch jüdische Emigrationszentren weltweit.<sup>22</sup>

Einem heute in dieser Form verschwundenen Stadtviertel setzte Eike Geisel mit seinem Buch über das Scheunenviertel, in dem er durch Bilder und Dokumente die untergegangene Welt dieses Viertels wiederauferstehen lässt und die er als „Schrottplatz der vorgeblich goldenen Zwanziger Jahre“ bezeichnete, ein Denkmal. Nicht umsonst nennt er die Einführung zu diesem Buch „Das Scheunenviertel. Beschreibung eines Zenotaphs.“<sup>23</sup>

Die Historiker hatten schon immer verschiedene Meinungen zum Charakter und zu den Auswirkungen der Ereignisse vom 05. und 06. November 1923 im Scheunenviertel. Während Robert Scholz die Ereignisse als Subsistenzunruhen bewertete<sup>24</sup>, sah Trude Maurer in ihrem Werk über die Ostjuden den Pogrom als Ergebnis systematischer völkischer Agitation.<sup>25</sup> In seiner Monografie über den Rechtsradikalismus im Berlin der Weimarer Republik beschreibt Bernd Kruppa die Auseinandersetzungen als „erstes Judenpogrom“, das von einem durch Rechtsradikale aufgeputschten Mob

---

<sup>20</sup> Vgl. dazu: Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986.

<sup>21</sup> Vgl. dazu: Heid, Ludger: Maloche- nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiten in Deutschland 1914-1923. Hildesheim/ Zürich/ New York 1995.

<sup>22</sup> Vgl. dazu: Saß, Anne-Christin: Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik. Göttingen 2012.

<sup>23</sup> Vgl. dazu: Geisel, Eike (Hrsg.): Im Scheunenviertel. Bilder, Texte, Dokumente. Berlin 1981.

<sup>24</sup> Vgl. dazu: Scholz, Robert: Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914-1923. In: Gailus, Manfred (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980). Berlin 1984, S. 17.

<sup>25</sup> Vgl. dazu: Mauer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986, S. 329-344.

ausgelöst wurde.<sup>26</sup> Zu einer ähnlichen Bewertung kommt auch Rainer Zilkenat, der den Auslöser in einer geplanten Aktion antisemitischer Agitatoren sieht.<sup>27</sup> Im Gegensatz dazu, bewertet Dirk Walter die Ereignisse als „pogromartig“, da soziale Unruhen in antisemitische Bahnen gelenkt worden waren.<sup>28</sup> Und für David Clay Large waren die Geschehnisse teils Pogrom, anderenteils Straßenpolitik.<sup>29</sup>

Ulrich Duncker versuchte in seiner 1977 publizierten Dissertation dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten in seiner Gänze gerecht zu werden. In seinem Werk spiegelt sich das vielschichtige Identitätsproblem des deutschen Judentums wieder, das sich für den Weg der Assimilation und Akkulturation entschieden hatte. Trotz der spärlichen Quellenlage ist es Duncker gelungen, genügend Material zu finden, um die Organisationsgeschichte des Bundes aufzuzeigen.<sup>30</sup> Nachdem viele Jahre keine neuen Erkenntnisse zur Geschichte des Reichsbundes publiziert wurden, erschienen in den letzten Jahren einige Neubewertungen. Einen ersten Einstieg ins Thema bietet die Abhandlung von Michael Berger zu jüdischen Soldaten in deutschen Armeen.<sup>31</sup> Erheblich mehr Untersuchungen zum RjF kommen aus dem angelsächsischen Sprachraum. Neben dem bereits vor Duncker erschienenen Aufsatz von Ruth Pierson<sup>32</sup> und der Dissertation von Carl J. Rheins<sup>33</sup> sind es neuere Aufsätze wie der von Tim Grady, der die Geschichte des Reichsbundes nach 1933 betrachtet. Er

---

<sup>26</sup> Vgl. dazu: Kruppa, Bernd: Rechtsradikalismus in Berlin 1919-1928. Berlin/ New York 1988, S. 242.

<sup>27</sup> Vgl. dazu: Zilkenat, Rainer: Der Pogrom am 5. und 6. November 1923. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin 1994, S. 96.

<sup>28</sup> Vgl. dazu: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 151-152.

<sup>29</sup> Vgl. dazu: Clay Large, David: „Out with the Ostjuden“: The Scheunenviertel Riots in Berlin, November 1923. In: Hoffmann, Christhard/ Bergmann, Werner/ Walser Smith, Helmut (Hrsg.): Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern German History. Michigan 2002, S. 123-141.

<sup>30</sup> Vgl. dazu: Duncker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977.

<sup>31</sup> Vgl. dazu: Berger, Michael: Eisernes Kreuz und Davidstern. Die Geschichte jüdischer Soldaten in Deutschen Armeen. Berlin 2006.

<sup>32</sup> Vgl. dazu: Pierson, Ruth: Embattled Veterans. The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. In: Leo Baeck Institute Yearbook. Nr. 19 (1974), S. 139-154.

<sup>33</sup> Vgl. dazu: Rheins, Carl J.: German Jewish Patriotism 1918-1935: Study of the Attitudes and Actions of the Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, the Verband nationaldeutscher Juden, the Schwarzes Fähnlein, Jungenschaft, and the Deutscher Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden. (Ph.D. Dissertation State University of New York) New York 1978.

beschreibt darin, dass die Aktionen des RjF in nationalsozialistischer Zeit auf einer paradoxen Mischung aus Akzeptanz und Ablehnung seitens der nichtjüdischen Umwelt beruhen und damit keine „ideale“ Reaktion auf die Gegebenheiten ermöglicht hätten.<sup>34</sup> Weiterführend dazu die 2011 erschienene Monografie von Tim Grady, die die Geschichte deutsch-jüdischer Soldaten in der Zeit vom Ersten Weltkrieg bis in die Zeit nach 1945 skizziert und in der auch der Reichsbund seinen Platz findet.<sup>35</sup>

In seiner 2002 erschienenen Dissertation versuchte Greg Caplan, die Geschichte des RjF in neuen Zusammenhängen zu sehen. So argumentiert er, dass der Reichsbund ein Modell von „Männlichkeit“ vertrat, das ihm den Zulauf neuer jugendlicher Anhänger sicherte, andererseits aber durch sein Festhalten an Werten, wie extremem Nationalismus, viele Unterstützer verloren hat. Durch die Bestrebungen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, sich während der nationalsozialistischen Zeit an die Machthaber anzunähern, wurden sie für Caplan damit zu „bösen Söhnen“ des jüdischen Volkes.<sup>36</sup>

### **2.3. Quellen und methodische Aspekte**

Da das Archiv des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten vermutlich im Zweiten Weltkrieg oder bereits in der Zeit des Nationalsozialismus zerstört wurde oder verloren ging, ist die Beurteilung der Arbeit des Reichsbundes nur anhand der verstreuten Restakten möglich. Einzelne Archivalien zum Verbotsverfahren des Reichsinnenministeriums gegen den Reichsbund vom Januar 1924 finden sich im Geheimen Staatsarchiv Berlin.<sup>37</sup> Im Landesarchiv Berlin können die Verhandlungsunterlagen zum Berufungsprozess gegen die wegen Misshandlung mehrerer Reichsbundmitglieder angeklagten Polizisten vom Mai 1925 eingesehen

---

<sup>34</sup> Vgl. dazu: Grady, Tim: Fighting a lost Battle: The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten and the Rise of National Socialism. In: German History. Nr. 28 (2010), S. 1-20.

<sup>35</sup> Vgl. dazu: Grady, Tim: The German-Jewish Soldiers of the First World War in History and Memory. Liverpool 2011.

<sup>36</sup> Vgl. dazu: Caplan, Greg: Wicked Sons, German Heroes. Jewish Soldiers, Veterans, and Memories of World War I in Germany. Saarbrücken 2008.

<sup>37</sup> Vgl. dazu: Bericht des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

werden.<sup>38</sup> Die Prozessunterlagen der Verhandlung gegen die Reichsbundmitglieder im Zusammenhang mit deren Hilfeleistung für die ostjüdischen Bewohner des Scheunenviertels sind in den 1970er Jahren vernichtet worden. Da während des Pogroms vor allem ostjüdische Einwanderer, die in der Regel keinen deutschen Pass hatten, von den gewalttätigen Auseinandersetzungen betroffen waren, geben die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes einen kleinen Einblick in die diplomatischen Nachwirkungen des Pogroms.<sup>39</sup> Einige autobiografische Zeugnisse in verschiedenen Archiven lassen einen Blick in die Gedankenwelt ehemaliger Reichsbundangehöriger zu.

Aufgrund der spärlichen Quellenlage über den RjF beruht der größte Teil dieser Arbeit jedoch auf der Auswertung der vereinseigenen Zeitschrift *Der Schild*. Diese Zeitschrift wurde vom RjF als ein Medium zur Selbstdarstellung genutzt. Neben den Berichten über die verschiedenen Aktivitäten des Reichsbundes wurde *Der Schild* vor allem zur Auseinandersetzung mit den Kriegserfahrungen deutscher Juden genutzt. Dazu gehörte die Widerlegung des Vorwurfes der „Drückebergerei“ im Ersten Weltkrieg genauso wie die Veröffentlichung von Kriegserinnerung jüdischer Soldaten. Ferner wurden antisemitische Vorkommnisse und die eigenen Abwehrmaßnahmen dokumentiert.

Daneben soll ein Blick in die zeitgenössische jüdisch-deutsche Presse eine andere Perspektive auf die Arbeit des Reichsbundes aufzeigen. An erster Stelle ist dabei die Zeitung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) zu nennen, die bis 1922 *Im deutschen Reich* hieß, danach *CV-Zeitung*.<sup>40</sup> Als Organ der größten jüdischen Organisation der Weimarer Republik, repräsentierte sie die Mehrheit der deutschen jüdischen Bevölkerung. Die zionistische *Jüdische Rundschau* beschränkte sich bei ihrer Berichterstattung vor allem auf die Entwicklung des deutschen und internationalen Zionismus sowie den Aufbau Palästinas. Durch die Mitgliedschaft zionistischer Veteranen im Reichsbund spielte die

---

<sup>38</sup> Vgl. dazu: Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-01, Nr. 2743, Film B 388 und B 389.

<sup>39</sup> Vgl. dazu: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA): Abt. IV a, Polen, Politik 2 D, Nr. 1.

<sup>40</sup> Vgl. dazu: Hecht, Cornelia: *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*. Bonn 2003, S. 22.

Berichterstattung über Aktivitäten des RjF innerhalb dieser Zeitschrift eine gewisse Rolle.

### **3. Der Scheunenviertelpogrom in Berlin**

#### **3.1. Der Pogrom am 05. November 1923**

Am 05. November 1923 fand in Berlin ein Pogrom<sup>41</sup> im Scheunenviertel statt, in dem zahlreiche ostjüdische Migranten und Flüchtlinge lebten.

Zahlreiche Erwerbslose versammelten sich vor dem Arbeitsamt in der Gormannstraße, nahe des Alexanderplatzes, um Unterstützungsgelder abzuholen, sich nach Arbeit zu erkundigen oder die Stempelkarte<sup>42</sup> vorzuweisen. An diesem Tag wurde der Brotpreis auf 140 Milliarden Reichsmark erhöht<sup>43</sup>, was eine Versechsfachung des Brotpreises innerhalb einer Woche bedeutete.<sup>44</sup>

---

<sup>41</sup> Pogrom (russ. Zerstörung, Verwüstung) ursprünglich für Ausschreitungen gegen national und religiöse Minderheiten gebraucht, ging der Begriff nach den antijüdischen Wellen von 1881-1883 und 1903- 1906 in dem auf antijüdische Ausschreitungen bezogenen Sinn in den internationalen Sprachgebrauch ein. Heute werden Pogrome als Angriffe von einer Mehrheit auf Personen oder Eigentum einer ethnischen, rassischen oder kommunalen Minderheit definiert. Die Gewalt kann sich auf Sachbeschädigung, Körperverletzung oder Plünderung beschränken oder mit vielen Opfern einhergehen. Keine Einigkeit herrscht darüber, ob ein Eingreifen von Sicherheitsbehörden bestehen muss, um von einem Pogrom zu sprechen oder nicht. Die ältere Begriffsbestimmung definiert das Einschreiten der Sicherheitsbehörden als Unterscheidungsmerkmal zwischen Ausschreitung und Pogrom, während die neuere Auslegung davon ausgeht, dass die Rolle der Staatsgewalt bei einem Pogrom variieren kann. Vgl. dazu: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. (Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologien.) Berlin/ New York 2010, S. 269 f.

<sup>42</sup> Arbeitslose mussten sich dreimal wöchentlich, „Arbeitsscheue“ täglich, auf dem Arbeitsamt melden und ihre Stempelkarte abstempeln lassen, um Unterstützung zu beziehen. Vgl. dazu: Dettmer, Klaus: Arbeitslose in Berlin. Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923. Berlin 1977.

<sup>43</sup> Vgl. dazu: Zilkenat, Rainer: Der Pogrom am 5. und 6. November 1923. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin 1994, S. 98.

<sup>44</sup> Die folgenden Ereignisse sind rekonstruiert aus den folgenden Zeitschriften: Vossische Zeitung. Nr. 525; Nr. 526; Nr. 527 (06. November 1923; 07. November 1923); Vorwärts. Nr. 519; Nr. 520 (06. November 1923); Berliner Tageblatt. Nr. 521 (06. November 1923); Neue Preußische Zeitung. Nr. 515; Nr. 516; Nr. 517; Nr. 518 (06. November 1923; 07. November 1923); Berliner Börsencourier. Nr. 521; Nr. 522 (06. November 1923); Germania. Nr. 308; Nr. 309 (06. November 1923; 07. November 1923); Berliner Lokal-Anzeiger. Nr. 497; Nr.498; Nr. 499; Nr. 500; Nr. 501 (05. November 1923; 06. November 1923; 07. November 1923); Der Tag. Nr. 252; Nr. 253; Nr. 254 (06. November 1923; 07. November 1923; 08. November 1923).

Die aufgebrachte Menge hatte bereits jüdische oder jüdisch aussehende Passanten angerempelt oder beschimpft. Mehrere Autos wurden angehalten und vermeintlich jüdische Fahrer angepöbelt. Gegen Mittag versuchten Agitatoren<sup>45</sup>, die wartende Menge weiter gegen die jüdischen Bewohner des nahen Scheunenviertels aufzuhetzen. Als wenig später die Nachricht aus dem Arbeitsamt kam, dass kein Geld mehr zur Auszahlung der Unterstützung vorhanden war, kam es zum Eklat. Aufgehetzt durch die Aussagen der Agitatoren, an der Ecke Münz-/Grenadierstraße würde durch Juden wertbeständiges Geld der Erwerbslosen unter Kurs gegen Papiergeld eingetauscht<sup>46</sup>, wurden Rufe laut: „*Schlagt die Juden tot!*“. Einige Tausend aufgebracht Menschen zogen nun zum Scheunenviertel, um ihrem Unmut Luft zu machen.

Es kam zu Szenen, die – wie das *Berliner Tageblatt* schrieb – „*manches Vorkommnis des zaristischen Russlands in den Schatten stellten*“<sup>47</sup>.

Juden wurden überfallen, ausgezogen und beraubt und nur noch mit der Leibwäsche bekleidet durch die Straßen gejagt. Geschäfte wurden demoliert, in Wohnungen ist eingedrungen und randaliert worden, Autos wurden angehalten und die Insassen verprügelt. Ein Überfallener, der splitternaht ausgezogen worden war, flüchtete sich vor der ihn verfolgenden Menge in das Geschäft des Fleischermeisters Silberberg, Grenadier-/Ecke Hirtenstraße, der ihm Schutz gewährte. Als der antisemitische Mob sich anschickte, den Laden zu stürmen, trat ihnen Silberberg samt Schwiegersohn, bewaffnet mit einem Schlachtermesser, entgegen. Es entwickelte sich ein blutiges Handgemenge, bei dem mehrere Eindringlinge verletzt wurden. Auch der Schwiegersohn Silberbergs wurde

---

Vgl. dazu auch: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 151 ff.

<sup>45</sup> Ob es wirklich Agitatoren gab, lässt sich nicht mehr eindeutig nachvollziehen, da keine Zeugen dafür gefunden werden konnten. Vgl. dazu: Landesarchiv Berlin B, Rep. 58, Nr. 2743.

<sup>46</sup> Mehrere übereinstimmende Quellen berichten, dass durch Aufkäufer, auch ostjüdische, wertbeständiges Geld aufgekauft wurde. Dies geschah aber nicht unter dem amtlichen Kurs. Vgl. dazu: Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland. 1918-1933. Hamburg 1986, S. 329.

<sup>47</sup> Berliner Tageblatt. Nr. 523 ( 7. November 1923).



durch mehrere Messerstiche so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, wo er später verstarb<sup>48</sup>.

Die sogenannte „Abwehrleitung“ (A.W.) des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF), die den jüdischen Selbstschutz organisierte, sammelte ihre Mitglieder im Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde in der Rosenstraße. Gummiknüppel und Pistolen wurden verteilt, Gruppen zu 25 Mann gebildet, die jeweils in Untergruppen zu 4 Personen aufgeteilt waren, und diese wurden in das Krisengebiet Scheunenviertel geschickt.<sup>49</sup> Die Mitglieder des Trupps unter der Leitung des Arztes Dr. Hugo Bernhardt begaben sich in die gefährdeten Straßenzüge und wurden dort von der aufgebracht Menge als Juden erkannt, umringt, angegriffen und beschimpft. Als die Gruppe in der Linienstraße, unweit des Bülowplatzes angekommen war, wurde die Situation immer bedrohlicher. Als ein Personenwagen der Schutzpolizei, in dem sich mehrere Polizisten und ein höherer Polizeioffizier befanden, vorbeifuhr hielten die RjF-Mitglieder den Wagen an und baten um Hilfe. Der Polizeioffizier hielt es aber nicht für nötig, den Bedrängten zu helfen und fuhr weiter. Die Abfahrt des Wagens wurde von der Menge mit Hurrarufen quittiert und zum Anlass genommen, wieder gegen die jüdische Abteilung vorzugehen. In der entstehenden Schlägerei fiel ein Schuss, der einen Angreifer tötete. Die Menge ging in diesem Moment davon aus, dass der Schuss von einem Mitglied des Reichsbundes abgegeben worden war, was zu einem neuen Gewaltausbruch führte. Ein mit 18 Polizisten besetzter Mannschaftswagen der Schutzpolizei hielt daraufhin an. Die Polizisten unter der Führung des Polizeiwachtmeisters Max Domei versuchten die aufgebrachte Menge zurückzudrängen. Nachdem Rufe laut wurden wie „Die Juden haben geschossen“, wurden die Reichsbundmitglieder entwaffnet, auf den Lastkraftwagen verladen und zur Alexanderwache transportiert. Als Schütze wurde das Mitglied des Reichsbundes Max Goldlust identifiziert. Außerdem wurden einige Zivilpersonen als Zeugen der Ereignisse mitgenommen. Auf

---

<sup>48</sup> Es ist nicht zur Gänze geklärt, ob er wirklich starb, da er im Adressbuch der Stadt Berlin 1924-1926 weiter geführt wird. Vgl. dazu: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 153.

<sup>49</sup> Vgl. dazu: Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin gegen Domei u.a. Polizeibeamte, die an den Ausschreitungen am 05. November 1923 eine herbeigeeilte Schutztruppe des RjF verhafteten und misshandelten. In: Landesarchiv Berlin: A Rep. 358-01, Nr. 2743, Film B 388 und B 389.

der Fahrt zur Kaserne wurden die Festgenommenen durch die Polizisten beschimpft, geschlagen, mit den Karabinerkolben gestoßen und mit Fußtritten misshandelt. Dr. Bernhardt trug bei dieser Fahrt einen gebrochenen Mittelhandknochen davon. Angekommen, mussten die RjF-Mitglieder in zwei Reihen antreten, die Arme hochhalten und in dieser Stellung längere Zeit verharren. Sie wurden durch Domei nochmals nach Waffen durchsucht und dann in die Wache der Kaserne abgeführt.

Domei brüllte auf dem Hof: *„Euch Judenjungen werden wir das zeigen!“* und ein Polizeihauptmann Dubbe drohte: *„Aufhängen müsste man die ganze Judenbande!“*<sup>50</sup>

Im späteren Gerichtsverfahren leugneten die beteiligten Polizeibeamten diese Handlungen und Drohungen. Da sich aber genügend Zeugen fanden, die diese Situation bestätigen konnten, kam es zur Verurteilung mehrerer Polizeibeamter zu Geldstrafen, Freiheitsentzug sowie Entlassung aus dem Polizeidienst.<sup>51</sup> Die am 20. Juni 1925 von der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin verhängten Geld- und Haftstrafen gegen mehrere der beteiligten Polizisten wurden durch die am 21. August des gleichen Jahres erlassene „Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit in Preußen“ gegenstandslos.

Die Polizei erschien am 05. November 1923 sehr spät im Scheunenviertel und war in der Folge bemüht, in ihren internen Berichten den antijüdischen Charakter und Umfang der Ausschreitungen zu leugnen. Außerdem versuchten sie, den jüdischen Opfern die Schuld an den Exzessen zuzuschieben. So hieß es im Bericht der Polizei-Inspektion Alexanderplatz vom 7. November 1923: *„Der Ursprung der Plünderung am 5.11. ist lediglich auf das Verhalten der Ostjuden in der Dragoner- und der Grenadierstraße zurückzuführen.“*<sup>52</sup> Polizeioberst Kaupisch erklärte, *„wie er das Verhalten der Schutzpolizei während der Plünderungen und Krawalle im Scheunenviertel beurteile, daß er eine antisemitische Einstellung der Schutzpolizei sowohl bei den Mannschaften wie im Offizierskorps für vollkommen ausgeschlossen halte. Das Vorgehen der Beamten im Scheunenviertel sei durch die Eigenart der Verhältnisse sehr erschwert*

---

<sup>50</sup> Ebenda.

<sup>51</sup> Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-01, Nr. 2743, Film B 388 und B 389.

<sup>52</sup> Ebenda.

worden.“<sup>53</sup> So soll der preußische Innenminister, Carl Severing, erst am Abend durch einen Journalisten von den Ausschreitungen erfahren haben.<sup>54</sup> Die Plünderungen und Ausschreitungen gingen indes im Scheunenviertel weiter, vor allem in der Nacht vom 05. zum 06. November 1923. Nichtjüdische Geschäftsleute versuchten sich durch das Anbringen von Schildern mit der Aufschrift „Christliche Geschäftsleute“ vor dem Mob zu schützen, was ein eindeutiger Hinweis auf den antisemitischen Charakter der Unruhen war.<sup>55</sup>

Erst am 06. November gelang es der Polizei der Situation Herr zu werden. Viele jüdische Bewohner des Scheunenviertels waren in diesen Tagen geflohen und hatten bei Verwandten in anderen Stadtteilen Unterschlupf gefunden.

Die von der Polizei veröffentlichte Bilanz zeigte, dass in den zwei Tagen 55 Kleider- und Schuhgeschäfte und 152 Lebensmittelläden geplündert worden waren, davon hatten 146 christliche und 61 jüdische Besitzer.<sup>56</sup> Im polnischen Generalkonsulat in Berlin gingen 113 Beschwerden von polnischen Staatsbürgern ein, die durch die Ausschreitungen verletzt oder in ihrem Vermögen geschädigt wurden. Außerdem beschwerte sich die polnische Gesandtschaft über die Untätigkeit der deutschen Polizei:

*„Durch diese Protokolle wird unwiderlegbar festgestellt, dass in einer großen Anzahl von Fällen die Sicherheitsbehörden durch ihr tatenloses und passives Verhalten den Angreifern gegenüber große Schuld tragen, welches Verhalten in einzelnen Fällen sogar von den Angreifern als Genehmigung für weitere Ausschreitungen gedeutet werden konnte.“<sup>57</sup>*

Die jüdische Gemeinschaft von Berlin war durch das Scheunenviertelpogrom polarisiert. Alle jüdischen Zeitungen von der *Jüdischen Rundschau* bis zum

---

<sup>53</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 96 (09. November 1923).

<sup>54</sup> Israelitisches Familienblatt. Nr. 48 (29. November 1923).

<sup>55</sup> Vgl. dazu: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 153.

<sup>56</sup> Die Zählung der Plünderungen begann schon vor dem Scheunenviertelpogrom und sollte vom Auswärtigen Amt an das deutsche Konsulat in Holland übermittelt werden, da sich holländische jüdische Organisationen über die Erregung der jüdischen Bevölkerung Sorgen gemacht hatten. Vgl. dazu: Mauer, Trude: Ostjuden in Deutschland. 1918-1933. Hamburg 1986, S. 336.

<sup>57</sup> Verbalnote des Polnischen Generalkonsulates Berlin an das Auswärtige Amt (22. November 1923). In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA): Abt. IV a, Polen, Politik 2 D, Nr. 1, Übersetzung Bl. 3.

*Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden* waren sich einig darüber, dass antisemitische Hetze zu den Ausschreitungen geführt hat. Die *Jüdische Rundschau* bezeichnete die Ereignisse als „*Schicksalsstunde des deutschen Judentums*“<sup>58</sup>. Damit sah diese zionistische Zeitung in den Ereignissen mehr, als andere jüdische Zeitungen darin zu sehen bereit waren. Man wollte den Pogrom als gegen alle Juden, und nicht nur gegen ostjüdische Einwanderer gerichtet, verstanden wissen. Aus dieser Tatsache zogen sie die Schlussfolgerung, dass eine gemeinsame Front gebildet werden sollte. „*Das deutsche Judentum muss heute solidarisch und entschlossen auf den Plan treten. Es gilt nicht nur den Schutz von Leib und Leben, es gilt auch die Wahrung unserer Ehre. [...] Der Ruf „Tod den Juden“ gilt allen. Der Haß gilt allen. Der gemeinsame Feind – wenn schon nicht mehr – schließt uns zusammen. Für jeden Juden, dem heute in Deutschland um seines Judentums willen ein Haar gekrümmt wird, muß das gesamte Judentum solidarisch eintreten.*“<sup>59</sup> Weiterhin sah man die „Früchte der Emanzipation“ in Gefahr und wies darauf hin, dass man „nie geglaubt“ hätte, dass ihnen ähnliche Erfahrungen wie den russischen Juden bevorstehen könnten. Als Konsequenz aus den Ereignissen forderten die Zionisten, eine Allianz aller Juden in Deutschland. „*In den Straßen von Berlin hat ein Judenpogrom stattgefunden. Berlin war der Schauplatz trauriger und beschämender Ereignisse, wie sie bisher nur das Merkmal minderkultivierter Staaten gewesen sind. Die Früchte der Saat, die durch fünf Jahre systematisch ausgestreut worden ist, sind gereift. Der Antisemitismus, der in ganz Deutschland wie eine Pest um sich gegriffen hat, hat, nachdem er in letzter Zeit vor allem in Bayern zur offiziellen Regierungsmaxime geworden ist, nun auch in Berlin seine Opfer gefordert. Die Judenfrage ist in Deutschland akut geworden. Die von Haß verzerrten Gesichter, die auf das Judengespenst stieren, die ungetrübte Einigkeit der Judenfeindschaft, die Zustimmung weitester Kreise der Bevölkerung zu den erbärmlichen Schandtaten gegen Juden zeigt uns, daß die Juden heute fast vogelfrei sind.*“<sup>60</sup>

---

<sup>58</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 96 (09. November 1923).

<sup>59</sup> Ebenda.

<sup>60</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 96 (09. November 1923)

Dass andere jüdische Zeitungen durchaus zu anderen Bewertungen der Ereignisse kamen zeigt Cornelia Hecht in ihrem Buch. So wollte das *Israelitische Familienblatt* die Ausschreitungen als Einzelfall verstanden wissen, in einer Stunde, die nur zeige, dass „die Zeit aus den Fugen“ ist. Trotzdem bewertete auch diese Zeitung die Ereignisse als jüdisches, nicht nur ostjüdisches Pogrom, sah jedoch das Schicksal der Juden von anderen Faktoren bestimmt.<sup>61</sup>

Der Verband nationaldeutscher Juden ließ in seiner Zeitung wissen, „*wir nationaldeutschen Juden denken anders. Es mag die Schicksalsstunde anderer sein. Das Schicksal der deutschen Juden in ihrer Gesamtheit wird durch Anderes bestimmt, wird dadurch bestimmt, wie wir selbst es gestalten. Deutschlands Schicksal ist auch das Schicksal des deutschen Juden.*“<sup>62</sup> Ähnlich wie die *Jüdische Rundschau* sah auch der Verband in den Ausschreitungen einen Angriff gegen alle Juden, allerdings machten sie dafür die ostjüdischen Einwanderer verantwortlich, in dem sie feststellten, dass bezahlte Agitatoren die Tatsache, dass sich „ostjüdische Elemente“ unter das „Schiebergesindel“ gemischt hätten, dazu benutzen, um die Bevölkerung gegen die „Juden“ aufzuhetzen. Der *Israelit*, das Organ der Orthodoxen, empörte sich darüber, dass die Zionisten im Namen des gesamten deutschen Judentums von Krise und Gefahr redeten und riet, „*auf Gottes Beistand zu vertrauen*“.<sup>63</sup>

Zumindest einige nichtjüdische Zeitungen sahen den Ursprung der Ereignisse auch in der antisemitischen Hetze. So schrieb der *Vorwärts*: „*Die planmäßig betriebene Hetze der Deutschvölkischen beginnt, ihre Früchte zu tragen. Allem Anschein nach ist ihr Werk, was wir gestern in den Straßen von Berlin, besonders in der Gegend der Grenadier-, Dragoner-, Münz- und Linienstraße erlebt haben. Die Plünderungen von Schaufenstern und Läden, die dort vorgekommen sind, betrafen vorwiegend Geschäfte von Juden. Das könnte Zufall sein, aber die Schimpf- und Drohworte, die auf den Straßen*

---

<sup>61</sup> Israelitisches Familienblatt. Nr. 46 (15. November 1923). Zit. nach: Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik. Bonn 2003, S. 182.

<sup>62</sup> Mitteilungsblatt des Verbandes Nationaldeutscher Juden. Nr. 5 (Oktober-November-Dezember 1923). Zit. nach: Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik. Bonn 2003, S. 182.

<sup>63</sup> Der Israelit. Nr. 46 (15. November 1923).

*immer wieder gegen die Juden laut wurden, lassen erkennen, das System in dieser Plünderung lag.*<sup>64</sup>

Doch wie konnte es überhaupt zu diesem Pogrom kommen?

### **3.2. Die Vorgeschichte: Antisemitismus und Gewalt in der Weimarer Republik**

Die Kriegsniederlage nach dem Ersten Weltkrieg, Systemwechsel und territoriale Verluste führten zu einer politisch instabilen und konfliktbehafteten Umbruchsituation und ließ die Juden schnell als die Sündenböcke für die militärische Niederlage Deutschlands erscheinen. Für die Judenfeinde entstand nach 1918 eine Situation, in der die Bekämpfung der Juden mit der des neuen demokratischen Staates zusammenfiel, während sie vorher im Rahmen einer bejahten Staatsform stattfand. So entstand im Klima innenpolitischer Gewalt ein bis dahin nie gekannter radikaler Antisemitismus. In einer für die Bevölkerung mit Existenznot und Zukunftsangst verbundenen Zeit wuchs die Anfälligkeit für judenfeindliche Deutungsmuster und zunehmend aktive und sich völkisch radikalisierte antisemitische Gruppen hatten regen Zulauf. Jahrelang hatte der 1908 gegründete Alldeutsche Verein seine Mitglieder und das deutsche Volk ideologisch darauf vorbereitet, *„die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen.*<sup>65</sup> In diesem Verein, wie auch in nationalistischen Verbänden wie dem Bund der Landwirte oder dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband war der Antisemitismus Weltanschauung. Thematisiert wurde vor allem die Rücknahme der Emanzipation der Juden seit 1871, „konkrete“ Vorstellungen gab es aber nicht. Sehr „konkret“ waren hingegen Anträge an den Reichstag, die osteuropäischen Juden auszuweisen oder den deutschen Juden die Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Diese Anträge fanden bei den konservativen und nationalliberalen Parteien keine Mehrheit. Von den antisemitischen Agitatoren konnten die unsinnigsten Behauptungen aufgestellt werden, die etablierten Politiker und Parteien des Kaiserreichs

---

<sup>64</sup> Vorwärts. (06. November 1923).

<sup>65</sup> Vgl. dazu: Jochmann, Werner: Die Ausbreitung des Antisemitismus. In: Mosse, Werner E. (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Tübingen 1971, S. 440.

konnten keine befriedigenden Antworten nach den Ursachen der Kriegsniederlage und des Zusammenbruchs geben. Besonders die Soldaten, die bereits an der Front der antisemitischen Propaganda ausgesetzt waren<sup>66</sup>, trugen dieses Gedankengut nach der Demobilisierung in die Freikorps, die Einwohnerwehren und häufig in die Polizei. Das Bürgertum, das nach der Revolution um Beruf und Existenz bangte, war dankbar dafür, dass gegenrevolutionäre Gruppen oder Menschen bereit waren, mit Gewalt gegen die Revolution vorzugehen. Um alle antisemitischen Kräfte zu organisieren, begannen die Alldeutschen die Empörung bestimmter Schichten des Volkes zu steigern. *In „diesem Kampf, in dem es für alle Bürger um Sein oder Nichtsein“ gehe, dürfe man sich auf keinen Fall „aus Furcht vor dem Vorwurf der Grausamkeit“ dazu verleiten lassen, „irgendwelche Rücksichten zu nehmen“.*<sup>67</sup> Zu diesem Zweck gründeten sie den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (DSTB)<sup>68</sup>, der 1919 bereits eine Viertelmillion Mitglieder hatte sowie die Deutschnationale Volkspartei (DNVP). Der DSTB hatte sich dem Kampf gegen „den unterdrückenden und zersetzenden Einfluss des Judentums“ verschrieben. Beide Organisationen entfalteten einen nie dagewesenen Propagandafeldzug: allein 1920 wurden 7,9 Millionen Klebmarken, 7,5 Millionen Flugblätter und 4,8 Millionen Handzettel an die Bevölkerung ausgegeben.<sup>69</sup> Dazu kamen 20 Millionen Zeitschriften, Broschüren und Bücher mit antisemitischem Inhalt. Durch das Ausbleiben eines Dementis der Regierungen und Parteien des Reichstages über jüdische Kriegssabotage oder die Schuld der Juden an der Niederlage, sahen sich diese bald als Nutznießer der jüdischen „Allmacht“ verleumdet. Neuen Antrieb und neue Munition fanden die antisemitischen Agitatoren in der Tatsache, dass niemals zuvor so viele Juden im politischen Leben

---

<sup>66</sup> Vgl. dazu: Kapitel 4.1.

<sup>67</sup> Deutsche Zeitung. Nr. 158 (07. April 1919). Zit. nach: Jochmann, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. Hamburg 1988, S. 130.

<sup>68</sup> Der DSTB wurde vom Alldeutschen Verband in Zusammenarbeit mit einigen bereits bestehenden antisemitischen Gruppen wie dem Reichshammerbund gegründet und hatte die Funktion, die Massenbasis der extrem reaktionären Teile des deutschen Monopolkapitals mit Hilfe antisemitischer, antidemokratischer und antikommunistischer Hetze und der Propagierung der völkischen Idee zu verbreitern. Nach dem Mord an Walter Rathenau wurde der DSTB in Deutschland verboten. Vgl. dazu: Fricke, Dieter (u.a.) (Hrsg.): Lexikon der Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). (Band 2) Leipzig 1984, S. 562.

<sup>69</sup> Vgl. dazu: Bergmann, Werner: Geschichte des Antisemitismus. München 2006, S. 74.

Deutschlands präsent waren als nach 1918. Dass der jüdische Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Hugo Preuß, die Weimarer Verfassung entwarf, disqualifizierte die Republik in den Augen der Antisemiten endgültig als „Judenrepublik“. Während der Antisemitismus vor 1918 sich eher des geschriebenen oder gesprochenen Wortes bediente, war er nach 1918 auch auf Aktion ausgelegt. Die frühen Weimarer Jahre waren gekennzeichnet durch Gewalt, Mordanschläge und Putschversuche gegen Juden, Kommunisten und politische Vertreter der Republik. Die in diesen Jahren verübten Morde an jüdischen Politikern, wie Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Gustav Landauer und Walter Rathenau waren zwar von Extremisten oder der Organisation Consul<sup>70</sup> begangen worden, hatten aber einen antisemitischen Hintergrund.

Antisemitische Gewalt war aber nicht nur bei Organisationen zu finden, sie war auch Teil der staatlichen Politik und in Teilen der Bevölkerung. Trägerschichten des Antisemitismus waren vor allem jene Bevölkerungsgruppen, die sich in Konkurrenz zu den Juden sahen, wie der selbstständige Mittelstand, Kaufleute, Kleinunternehmer, freiberufliche Akademiker (Juristen, Ärzte) sowie Studenten.

Die Gefahr, die dem Reich durch die Überflutung durch ostjüdische Einwanderer drohte, wurde durch die Antisemiten völlig übertrieben dargestellt.<sup>71</sup> Am Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Ostjuden lassen sich die Verheerungen, die die antisemitische Propaganda angerichtet hatte, gut erkennen. Diese Menschen sahen sich vielerorts Ausschreitungen und Anfeindungen ausgesetzt und selbst in innerjüdischen Kreisen glaubten nicht wenige, in den Zuwanderern die Hauptursache für den sich zunehmend radikalierenden Antisemitismus zu erkennen. Seit dem 19. Jahrhundert waren die Ostjuden Zielscheibe von Schmähungen in Deutschland. Breite Bevölkerungsschichten sahen in ihnen ein Ärgernis, das sich nach und nach zu einer „Gefahr“ auswuchs. Zu einer „Ostjudenfrage“ kam es im Verlauf des Ersten Weltkrieges. „Schieber“ und „Schleichhändler“ waren nach dem Ersten Weltkrieg synonym verwendete Begriffe, die auf alle Ostjuden Anwendung fanden. Im Sommer 1920 startete der DSTB eine

---

<sup>70</sup> Vgl. zur Organisation Consul: Sabrow Martin: Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar. München 1994, S. 27-44.

<sup>71</sup> Siehe dazu auch Kapitel 4.1.



Flugschriftenkampagne, um eine Volksabstimmung über die „Ostjudenfrage“ einzuleiten: *„Durch Volksabstimmung muß darüber entschieden werden, ob noch weitere Millionen Juden aus dem Osten nach Deutschland einwandern dürfen, da diese durch ihre uns fremde Lebensauffassung eine wirtschaftliche und kulturelle Gefahr bedeuten. Deutsches Land soll den deutschen Menschen als Heimat und Vaterland erhalten bleiben. Darum fordern wir ein Verbot der Einwanderung der Juden. Deutschland den Deutschen!“*<sup>72</sup>

Auch die deutsche Presse widmete sich intensiv der Auseinandersetzung um die Ostjuden. Auf jüdische Zuwanderer bezogene antisemitische Propaganda fand fast ausschließlich im rechtskonservativen bis völkischem Spektrum statt. Linksorientierte und in der Mitte stehende Zeitungen kreideten die antisemitische Propaganda an, sie nahmen die Zuwanderer in Schutz und versuchten bestimmte Stereotypisierungen aufzuweichen. So bezeichnete der *Berliner Lokalanzeiger*, eine rechtsgerichtete Zeitung, das Berliner Scheunenviertel als „Schieberviertel“, die ostjüdischen Einwanderer als „Schmarotzer aus dem Osten“, „Kaftanträger“ und „ehemalige Deserteure“. Außerdem seien *„sämtliche während des letzten halben Jahres in einer Polizeiinspektion einer Straftat überführten ausländischen Verbrecher jüdische Galizier gewesen“*.<sup>73</sup> Die *Münchener Neuesten Nachrichten* berichten über die *„angebliche Tatsache, dass jüdische Zuwanderer aus Osteuropa Einheimischen Wohnraum streitig machen und dem Staat zur Last fallen.“* Die Nächstenliebe habe *„beim Hausgenossen, also beim Deutschen zu beginnen“*, da genug damit zu tun sei, *„uns selbst über Wasser zu halten und sittlich und materiell wieder aufzurichten“*.<sup>74</sup>

Im Verlauf der Weimarer Republik kam es zu unterschiedlichen Zeiten zu regionalen Ausbrüchen antisemitischer Gewalt. Diese konzentrierte sich in den beiden Großstädten München und Berlin sowie in Bayern, Pommern, Schlesien und Ostpreußen. Anders als in der Vorkriegszeit sahen sich Juden nach 1918 auch in alltäglichen Situationen mit antisemitischer Gewalt

---

<sup>72</sup> Zit. nach: Heid, Ludger: Achtzehntes Bild: „Der Ostjude“. In: Schoeps, Julius H./ Schlör, Joachim (Hrsg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. München 1995, S. 245.

<sup>73</sup> Berliner Lokalanzeiger. Nr. 120 (05. März 1920). Zit. nach: Herzig, Simone: „Schwarze Schmach“ und „Ostjudengefahr“. Französische Kolonialsoldaten und jüdische Zuwanderer aus Osteuropa in der Pressediskussion der frühen Krisenjahre der Weimarer Republik 1918-1924. In: Erich Remarque Friedenszentrum (Hrsg.): Krieg und Literatur. Nr. 13 (2007), S. 57.

<sup>74</sup> Münchener Neueste Nachrichten. Nr. 39 (28. Januar 1920). Zit. nach: Ebenda.

konfrontiert.

Bereits im Frühsommer 1919 kam es im gesamten Reich zu Ausschreitungen gegen Juden, an denen auch Soldaten der Reichswehr beteiligt waren.<sup>75</sup> Während des Kapp-Putsches 1920 verteilte die in Berlin einmarschierte Brigade Ehrhard mit Hakenkreuzen an den Stahlhelmen Flugzettel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. So schrieb Dr. Alfred Wiener<sup>76</sup>, ein führendes Mitglied des RjF, im April 1920: *„Aus einem mit Soldaten der neuen Regierung gefüllten Kraftwagen wurden schon am Sonnabend, den 13., nachmittags, Unter den Linden Hunderte der bunten Handzettel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes geworfen, und in der gleichen Gegend wurden in den Abendstunden des Sonnabends einige friedliche Straßengänger ob ihres jüdischen Aussehens angerempelt und geschlagen, wozu – o, ihr Rassenfanatiker! – auch einige christliche Mitbürger gehörten.“*<sup>77</sup> Da aber alle Regierungsparteien, außer den Sozialdemokraten, eher Gewalttaten der radikalen Linken fürchteten und die Freikorps im Kampf gegen die Linken gebraucht wurden, war man bereit, den antisemitischen Extremisten mit Milde und Nachsicht zu begegnen. Auch aus anderen Gegenden wie den Seebädern und Kurorten Kolberg (Pommern), Bad Salzbrunn (Niederschlesien) und Cranz (Ostpreußen) wurden antisemitische Übergriffe durch Soldaten gemeldet.<sup>78</sup> Im Rahmen ihres Selbstzuchtprogrammes rief der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten seine jüdischen Mitbürger dazu auf, gerade in den Seebädern, auf übermäßigen Prunk zu verzichten, um keine antisemitischen Reaktionen zu provozieren.<sup>79</sup>

Im Berliner Scheunenviertel führten Regierungssoldaten ohne konkreten Anlass Hausdurchsuchungen durch, bei Teuerungsunruhen wurden speziell

---

<sup>75</sup> Vgl. dazu: Jochmann, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. Hamburg 1988, S. 143.

<sup>76</sup> Dr. Alfred Wiener (1885-1964) war ein Politiker und Publizist. Von 1919-1923 war er Syndikus des Berliner Landesverbandes des CV, später bis 1933 Syndikus des Bundes und stellvertretender Vorsitzender des CV. Er war Mitglied des RjF und Bnei Brith, er arbeitete bei Keren Hajessod sowie der Jewish Agency mit. Nach seiner Auswanderung 1933 nach Holland, war er seit 1940 Leiter der „Wiener Library“ in London. Vgl. dazu: Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. München/ New York/ London/ Paris 1988, S. 387.

<sup>77</sup> Im deutschen Reich. Nr. 4 (April 1920).

<sup>78</sup> Im deutschen Reich. Nr. 7/ 8 (Juli/August 1919).

<sup>79</sup> Vgl. dazu: Kapitel 5.2, S. 66.

jüdische Geschäfte geplündert.<sup>80</sup> Schon in dieser frühen Zeit stellte der Reichsbund zusammen mit anderen jüdischen Organisationen einen Patrouillendienst im Scheunenviertel, um die Bewohner zu schützen.

In der Anfangszeit der Weimarer Republik war das massive öffentliche Verteilen oder Ankleben antisemitischer Schmähchriften oft Anlass zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. So kam es in Berlin im Sommer 1919 zu Menschaufläufen bei der Verteilung des *Deutschen Wochenblattes*, das von den Verkäufern mit dem Ausrufen der antisemitischen Schlagzeilen angepriesen wurde. *Im deutschen Reich*, der Zeitung des CV, wurde ein Artikel veröffentlicht, in dem es hieß: „*In einer Beschwerde hat uns der Polizeipräsident mitgeteilt, dass die Beamten einem derartigen Treiben der Verkäufer energisch entgegentreten werden. Wir bitten unsere Berliner Mitglieder, auf das Verhalten der Verkäufer zu achten und uns antisemitische Ausschreitungen beim Verkauf des Deutschen Wochenblattes sofort mitzuteilen.*“<sup>81</sup> In München wurden vier jüdische Männer verprügelt, nachdem sie ein antisemitisches Flugblatt von einem Anschlagbrett abgerissen hatten. An anderer Stelle wurden die Verteiler hetzerischer Flugschriften durch die Polizei verhaftet.<sup>82</sup> Dass diese einfachen Konflikte der Anfangsjahre oft noch einen offenen Ausgang hatten, beschreibt Dirk Walter sehr schön.<sup>83</sup> Oft unterteilen sich die Zeugen solcher Ereignisse in zwei gegensätzliche Lager, die auch mit Gewalt, über das für und wider des Antisemitismus stritten.

Der Leipziger Antisemit Heinrich Pudor, obwohl schon während des Krieges unter polizeilicher Kontrolle stehend, kalkulierte bereits kurz nach Kriegsende antisemitische Gewalt ein.<sup>84</sup> Ein Flugblatt von 1918 schloss mit den Worten: „*Pogrome in Deutschland! Entweder deutsche oder jüdisch-englische Weltherrschaft! Papier und Tinte nützen nichts mehr: der Antisemitismus muß endlich betätigt werden, er muß aus einer Theorie zur*

---

<sup>80</sup> Vgl. dazu: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 23.

<sup>81</sup> *Im deutschen Reich*. Nr. 11 (November 1920).

<sup>82</sup> Vgl. dazu: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 25.

<sup>83</sup> Vgl. dazu: Ebenda.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 27.

*Praxis werden, er muß Tat werden!*<sup>85</sup> Nach den Pogromen 1918/19 in Polen, Weißrussland und der Ukraine mit Zehntausenden Toten fand der Begriff auch in Deutschland Eingang in den Sprachgebrauch. So weist Dirk Walter jedoch darauf hin, dass der Pogrombegriff in dieser Zeit nicht explizit eine direkte Gewaltausübung gegen Juden meint, sondern eher allgemein von einer sehr radikalen Aktion wie Vertreibung oder Aussiedlung der jüdischen Bevölkerung ausging.<sup>86</sup> In einem Schreiben des Reichsbankdirektoriums an den Reichsminister des Inneren werden im Februar 1919 „geeignete Maßnahmen“ gegen die „galizischen und polnischen Juden“ des Berliner Scheunenviertels gefordert: *„Für uns besteht nicht der geringste Zweifel an der überaus großen Gefährlichkeit dieser Elemente. Da sie es bei ihrem Raffinement, bei ihren Verbindungen untereinander und mit Dritten und bei ihrer Geschicklichkeit, Ausnahmebestimmungen auszunutzen, anscheinend sehr gut verstehen, gesetzliche Vorschriften zu umgehen, so ist trotz aller hie und da verhängten Strafen und sonstigen Nachteilen gegen das Unwesen ein durchgreifender Erfolg kaum zu erhoffen, wenn es sich nicht ermöglichen läßt, die unerwünschten ausländischen Gäste, deren Anwesenheit für uns auch aus politischen wie aus Ernährungs- und Wohnungsrücksichten nicht gerade von Vorteil sein dürfte, von Deutschland fernzuhalten.“*<sup>87</sup>

Ab 1920 unternahmen Bayern und Preußen den Versuch, die ostjüdischen Einwanderer in Lagern unterzubringen und auszuweisen. So wurden im November 1920 sowie im Februar 1921 in manchen preußischen Provinzen und Städten ostjüdische Menschen auf Straßen oder am Arbeitsplatz verhaftet und in die Konzentrationslager Stargard und Cottbus gebracht.<sup>88</sup> Der *Berliner Lokal Anzeiger* schrieb dazu mit Überschrift *„Die lästigen Ausländer in ein Konzentrationslager“*, das Eingreifen des Staates dürfte

---

<sup>85</sup> Flugblatt des Deutschen Volksrates vom 30. Oktober 1918. zit. nach: Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919-1939. Hamburg 2007, S. 70.

<sup>86</sup> Vgl. dazu: Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 37.

<sup>87</sup> Deutsches Zentral-Archiv Potsdam, Reichminister des Inneren, Nr. 14051/1, 01. Februar 1919. Zit. nach: Mohrmann, Walter: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Berlin (DDR) 1972, S. 176 f.

<sup>88</sup> Vgl. dazu: Fox, John P.: Weimar Germany and the Ostjuden, 1918-1923: acceptance or expulsion? In: Bramwell, Anna C. (Hrsg.): Refugees in the age of total war. London 1988, S. 61.

wohl die „größte Genugtuung wecken“. Die Behörden hätten „wiederholt die Ausländer-Schlupfwinkel im Bezirk der Grenadier- und Dragonerstraße [...] zu säubern versucht“<sup>89</sup>, diese Versuche seien aber erfolglos geblieben. Nun seien „neue Scharen kriminell und politisch unzuverlässigster Elemente aufgetaucht, so dass ein Eingriff [der Polizei, G.M.] immer dringlicher“ geworden sei. Der *Vorwärts*, die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie, erklärte dazu, es sei grundfalsch, „immer anzunehmen oder sich von der Rechtspresse einreden zu lassen, dass die Ostjuden nach Deutschland kämen mit der Absicht, unser ohnehin wirtschaftlich niedergebrochenes Land ‚auszusaugen‘ und zu ‚brandschatzen‘“. Der Zuzug der Ostjuden erkläre sich ganz einfach daraus, dass Deutschland das „Durchgangsland von Russland nach Amerika“ sei und somit nicht als „neue Heimstätte“ fungieren solle, sondern nur als „Nachtasyl gewissermaßen“.<sup>90</sup> In Bayern scheiterte im April 1922 der Versuch, alle nach 1914 in Bayern niedergelassenen Juden binnen weniger Tage auszuweisen. 1923 wurden dann unter dem Beifall der Nationalsozialisten, die hier erste diesbezügliche Erfahrungen sammelten, binnen Stunden, zahlreiche jüdische Familien aus Bayern ausgewiesen. Manche waren ostjüdische Einwanderer, andere waren bereits seit Generationen in Bayern beheimatet. In den Jahren zwischen 1922 und 1932 waren zirka 15% der aus dem Reich ausgewiesenen Personen (39.000) ostjüdischer Herkunft.<sup>91</sup>

Ein gewalttätiges Vorgehen gegen Juden war für die jüdische Bevölkerung des Reiches natürlich nichts Neues. Im 19. Jahrhundert gab es temporale und lokal begrenzte Ereignisse, die man aber von jüdischer Seite durch Aufklärung und Emanzipation überwunden glaubte. Trotzdem spielten Pogromerwartungen eine gewisse Rolle bei den Zukunftserwartungen deutscher Juden.<sup>92</sup> Bereits im August 1918 wies die *Allgemeine Zeitung des Judentums* darauf hin, dass in Berlin Pogromstimmung herrsche, „was man

---

<sup>89</sup> Berliner Lokal Anzeiger. Nr. 143 (28. März 1920). Zit. nach: Herzig, Simone: „Schwarze Schmach“ und „Ostjudengefahr“. Französische Kolonialsoldaten und jüdische Zuwanderer aus Osteuropa in der Pressediskussion der frühen Krisenjahre der Weimarer Republik 1918-1924. In: Erich Remarque Friedenszentrum (Hrsg.): Krieg und Literatur. Nr. 13 (2007), S. 57.

<sup>90</sup> Vorwärts. Nr. 498 (08. Oktober 1920). Zit. nach: Ebenda. S. 57.

<sup>91</sup> Vgl. dazu: Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914-1945. München 1997, S. 23.

<sup>92</sup> Vgl. dazu: Zimmermann, Moshe: Zukunftserwartungen deutscher Juden im ersten Jahr der Weimarer Republik. In: Archiv für Sozialgeschichte. Nr. 37 (1997), S. 69.

*in Deutschland seit Jahrhunderten nicht kannte*".<sup>93</sup> In den folgenden Jahren beschäftigte sich die jüdische Presse intensiv mit der Frage, wie nahe die deutschen Juden einem Pogrom waren. Im Sommer 1919 legte das RjF-Mitglied Dr. Alfred Wiener in einem Artikel dar, weshalb die derzeitige antisemitische Propaganda als „*Pogromhetze*“ zu bezeichnen war.<sup>94</sup> Als Hauptadressaten der „*antisemitischen Sturmflut*“ sah Wiener die Arbeiterschaft und das Militär. Nur wenn die Arbeiterschaft für den Antisemitismus gewonnen würde, könnte er dauerhaft Fuß fassen und das Militär sei unerlässlich für die Durchführung von Pogromen, entweder um mitzumachen oder tatenlos zuzusehen, so Wiener. Dass die Pogrompropaganda als solche haarsträubend war, änderte nichts an der Tatsache, dass es in der aufgeladenen innenpolitischen Situation des Jahres 1919 nur ein kleiner Schritt zu einer Gewalttat war.

Anders als vor dem Krieg wurden antisemitische Äußerungen jetzt nicht durch einen kleinen Kreis von Agitatoren verbreitet, sondern in aller Öffentlichkeit von unzähligen Grüppchen und Verbänden. In Caféhäusern, in der Straßenbahn und auf offener Straße wurde über die angeblichen Verbrechen von Juden gesprochen. So schrieb Betty Scholem im November 1923 an ihren Sohn Gerhard: „*Der Antisemitismus hat das Volk so durchsetzt und verseucht, daß man allenthalben auf die Juden schimpfen hört, ganz öffentlich, in so ungenierter Weise wie nie bisher.*“<sup>95</sup> Antisemitische Hetzblattverteiler taten dies unter Rufen wie „*Tod den Juden*“, Häuserwände wurden mit Hakenkreuzen beschmiert, Juden erhielten Drohbriefe und „*Fahrkarten*“ nach Jerusalem mit der Post.<sup>96</sup> In der Sommerfrische marschierten Hakenkreuztruppen auf den Promenaden auf<sup>97</sup> und auf den Straßen wurden Juden angepöbelt und misshandelt.

Die politischen Morde an Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und Leo Jogiches wurden vor dem Hintergrund antisemitischer Hetz- und

---

<sup>93</sup> Allgemeine Zeitung des Judentums. Nr. 48 (29. November 1918).

<sup>94</sup> Im deutschen Reich. Nr. 7/ 8 (Juli/August 1919).

<sup>95</sup> Vgl. dazu: Shedletzky, Ida (Hrsg.): Scholem, Betty/ Scholem, Gershom: Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946. München 1989, S. 94.

<sup>96</sup> Vgl. dazu: Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik. Bonn 2003, S. 120.

<sup>97</sup> Vgl. dazu: Bajohr, Frank: Bäder-Antisemitismus in Deutschland. In: Herzig, Arno/ Rademacher, Cay (Hrsg.): Die Geschichte der Juden in Deutschland. Hamburg 2007, S. 180-188.

Diffamierungskampagnen verübt. Diese Politiker und fälschlicherweise auch Karl Liebknecht, der kein Jude war, galten als Personifikationen der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“. Bereits während des Krieges waren Männer wie Theodor Wolff und Maximilian Harden, die sich für einen Verständigungsfrieden einsetzten oder Oskar Cohen, der am politischen Umsturz beteiligt war, ins Kreuzfeuer der Antisemiten geraten.<sup>98</sup> Walther Rathenau, der während des Krieges und in der Republik eine führende politische Stellung einnahm, war in dieser Zeit der am meisten gehasste Jude und jahrelang im Fokus der antisemitischen Propaganda, bevor er von Mitgliedern der Organisation Consul ermordet wurde.

Viele Juden sahen im politischen Engagement jüdischer Politiker den Hauptgrund für das starke Anwachsen des Antisemitismus in den frühen Jahren der Weimarer Republik. So schrieb die *Allgemeine Zeitung des Judentums* im Dezember 1918 an die Glaubensgenossen: „Haltet euch zurück – drängt euch nicht vor. Wahrt, wenn ihr zu verantwortlichen Stellen berufen werdet, von denen ihr euch nicht feige zurückziehen werdet, Bescheidenheit und Würde; denkt nicht an euch, denkt an das Ganze! Jeder eurer Schritte wird belauert, jedes eurer Worte gewogen. Jeder Fehler, den ihr macht, jede Blöße, die ihr euch gebt, wird nicht nur euch schuld geben, sondern der Glaubensgemeinschaft, er ihr angehört. Bedenkt das!“<sup>99</sup>

Nach dem Rathenaumord, der die gesamte jüdische Gemeinschaft schwer erschütterte, betonte die jüdische Presse noch einmal die Gefahren der antisemitischen Hetze und forderte die Reichsregierung auf, entschlossener gegen diese vorzugehen. Auch wurde noch einmal der Zusammenhang zwischen Republik- und Judenfeindschaft hervorgehoben. So schrieb die *CV-Zeitung* am 30. Juni 1922: „Dem Juden galt die Hetze, der Republik die Kugel.“<sup>100</sup>

---

<sup>98</sup> Theodor Wolff (1868-1943) war als Journalist Chefredakteur des *Berliner Tageblattes* und Mitbegründer der *Freien Bühne* Berlin. 1918 gründete er die Deutsche Demokratische Partei und war Berater der Reichskanzler Stresemann und Brüning. Maximilian Harden (1861-1927) war Schriftsteller und Publizist und gründete die politische Wochenschrift *Die Zukunft*. Oskar Cohen (1869-1934) war der einzige zionistische Parlamentarier Deutschlands und SPD-Mitglied. Setzte sich vor allem für die Rechte der Ostjuden ein. Vgl. dazu: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): *Neues Lexikon des Judentums*. Gütersloh 2000.

<sup>99</sup> *Allgemeine Zeitung des Judentums*. Nr. 50 (13. Dezember 1918).

<sup>100</sup> *CV-Zeitung*. Nr. 10 (30. Juni 1922).

Obwohl diese ersten Jahre der Republik es nicht bei verbalen Angriffen auf Juden beließ, war es doch nicht, wie befürchtet, zu Pogromen gekommen. Erst im Jahr 1923 änderte sich dies. Aufstände und Putschversuche von links und rechts, Mordanschläge auf politische Gegner, Fememorde und andere Gewalttaten waren an der Tagesordnung; die Versailler Reparationsforderungen und Gebietsabtretungen dienten dazu, Hassgefühle aufkommen zu lassen. Der so genannte Ruhrkampf erforderte Kraft und Ressourcen; im Frühsommer 1923 kam es zum schnellen Verfall der Wirtschaft und der Währung, Arbeitslosigkeit und Hunger wurden auf die Spitze getrieben. Im Oktober 1923 kam es in der größten jüdischen Gemeinde Oberschlesiens, in Beuthen, zu pogromartigen Auseinandersetzungen, bei denen sich Hunderte Menschen zusammenrotteten und jüdische Passanten angriffen und oft schwer verletzten.<sup>101</sup> Nach der oberschlesischen Teilung<sup>102</sup>, die 1922 vollzogen wurde und bei der ein großer Teil an Polen fiel, verließen viele Juden diesen Teil Oberschlesiens, um nach Deutschland auszuwandern. Etliche hatten bei der Volksabstimmung für Deutschland votiert und fürchteten jetzt antisemitische Gewaltakte der Polen. Im deutschen Teil Oberschlesiens, zu dem auch Beuthen gehörte, stieg beim Einmarsch der Reichswehr die Angst vor antisemitischen Ausschreitungen. Im Mai 1923 wurde gegen das gerade enthüllte Denkmal für die deutsch-jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges eine Handgranate geworfen, bevor sich dann im Oktober die gewaltsamen Übergriffe auf Juden häuften.<sup>103</sup> Die *CV-Zeitung* wies darauf hin, dass es sich um ein „verabredetes Pogrom“ gehandelt und das das „Publikum“ tatenlos zugesehen habe.<sup>104</sup> Das Verhalten der Polizei monierte die *Jüdische Rundschau* vom 23. Oktober 1923 und wies darauf hin, dass viele Polizeibeamte mit den rechten Gewalttätern sympathisieren und deshalb nicht mit aller Härte gegen sie vorgehen würden.

Auch aus anderen deutschen Städten kamen im Herbst 1923 Meldungen, in denen es um gewalttätige Übergriffe auf jüdische Mitbewohner ging. In Bayern ging der Generalstatthalter von Kahr gewaltsam gegen die Ostjuden

---

<sup>101</sup> CV-Zeitung. Nr. 41 (11. Oktober 1923).

<sup>102</sup> Vgl. dazu: Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. München 1993, S. 45.

<sup>103</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 91 (23. Oktober 1923).

<sup>104</sup> CV-Zeitung. Nr. 41 (11. Oktober 1923).



vor und ließ sechszehn Familien ausweisen. In Berlin richteten sich die Ausschreitungen des Jahres 1923 hauptsächlich auf jüdische Wohn- und Geschäftsviertel, d.h. auf die Gegend um den Kurfürstendamm und auf das Scheunenviertel.

### **3.3. Der Ort: Das Scheunenviertel**

Im 17. Jahrhundert war Berlin-Cölln eine Stadt mit gewaltigen Festungsanlagen. Doch die mit Stroh oder Schindeln gedeckten Häuser sowie die zahlreichen Handwerksbetriebe stellten eine große Feuergefahr dar. So erließ Kurfürst Friedrich Wilhelm 1672 eine Feuerordnung.<sup>105</sup> Diese sah vor die Scheunen sowie andere brennbare Materialien aus der Stadt zu verbannen. Den betroffenen Bauern und Handwerker wurden Plätze zugewiesen, an denen sie sich niederlassen konnten. Einer dieser Plätze befand sich nördlich von Berlin, zwischen Spandauer und Georgentor.

In den kommenden Jahrzehnten wuchs Berlin in alle Richtungen. Bereits 1737 war das Scheunefeld komplett von Vorstädten umschlossen und ab Mitte des 18. Jahrhunderts waren mehrere Gassen angelegt, die bewohnt waren.<sup>106</sup> Die Scheunen mussten weichen und auf ihren Grundrissen wurden Wohngebäude errichtet. Es entstanden schmale Gassen mit winzigen Höfen, voller Keller und Mansarden, miserabel beleuchtet und kaum durchlüftet. Durch das nahegelegene Militär erhielten die Straßen Militärnamen wie Dragoner-, Artillerie- oder Grenadierstraße.

In den Anfangsjahren waren die Wohnmöglichkeiten ausreichend, aber durch die geringe Breite der Gassen musste dreigeschossig gebaut werden und durch die geringen Grundstücksgrößen war es nicht möglich, die Gebäude zu vergrößern. Da genug anderweitiger Wohnraum für Zahlungskräftige entstand, wurden die preiswerten Mietwohnungen auch an Zuwanderer vermietet.<sup>107</sup>

---

<sup>105</sup> Vgl. dazu: Keller, Elke: Vom Scheunefeld zum Scheunenviertel. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin 1994, S. 12-16.

<sup>106</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>107</sup> Vgl. dazu: Raschke, Thomas: Vom Vorstadtquartier zum dunklen Berlin. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin 1994, S. 16-20.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich das östlich des Alexanderplatzes gelegene Scheunenviertel zu einem Wohngebiet für Industriearbeiter und Handwerker. Das immense Bevölkerungswachstum sorgte jedoch dafür, dass auch immer mehr kriminelle Elemente im Viertel Unterschlupf fanden und dass das Scheunenviertel ein Synonym für Elend und Gewalt wurde. Es kam zu einem Miteinander verschiedener Nationalitäten, von Armut, Prostitution, Kriminalität und dem ganz alltäglichen Leben der kleinen Arbeiter und Angestellten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das Scheunenviertel so desolat, dass ein Abriss bereits beschlossene Sache war. Einige Teile um den Bülowplatz wurden abgerissen, um die Volksbühne zu bauen.<sup>108</sup> Es gab kein anderes Berliner Stadtviertel mit einer so hohen Bevölkerungsdichte. Eine im Jahr 1925 in Berlin durchgeführte Grundstücks- und Wohnungsaufnahme sowie ein damit verbundener Sonderbericht für das Scheunenviertel ergaben katastrophale Wohnbedingungen.

*„Das Äußere der Häuser ist oft verwahrlost: der Putz bröckelt ab, besonders von den Hofmauern, die Treppen sind ausgetreten, die Beleuchtung ist mangelhaft, die Luft in den Treppenhäusern ist verbraucht und mit üblen Gerüchen durchsetzt, die teils von den schlecht zu lüftenden Wohnungen, teils von den zahlreichen an den Treppen liegenden und nicht sauber gehaltenen Aborten herrühren.“<sup>109</sup>*

Es gab Wohnungen, die keine Fenster hatten, so dass die geöffnete Wohnungstür die einzige Lichtquelle darstellte. Da in einigen Höfen Pferde- und andere Ställe lagen, vermehrte sich das Ungeziefer sehr gut.<sup>110</sup>

In einer Wohnung lebten bis zu 4 Haushaltungen. So wurde eine 4-Zimmer Wohnung beschrieben, in der in jedem Zimmer eine Familie lebte (insgesamt 15 Personen) und zusätzlich noch ein Kolonialwarenladen

---

<sup>108</sup> Vgl. dazu: Geisel, Eike: Das Scheunenviertel. Beschreibung eines Zenotaphs. In: Ders. (Hrsg.): Im Scheunenviertel. Bilder, Texte, Dokumente. Berlin 1981, S. 10-34.

<sup>109</sup> Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin (Hrsg.): Die Siedlungs-, Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse in der Dragoner-, Grenadier-, Linien-, Rücker- und Mulackstraße. Nr. 5 (1929), S. 5.

<sup>110</sup> Vgl. dazu: Morgner, Frank: Wohnungsnot und Wohnungselend. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin, S. 103-113.

betrieben wurde.<sup>111</sup> Häufig mussten sich bis zu 10 Mietparteien einen Abort teilen.<sup>112</sup>

Anhand des Untersuchungsberichtes ließ sich auch feststellen, dass die Zahl der im Scheunenviertel wohnenden und arbeitenden Prostituierten zehnfach so hoch war, wie in allen anderen Stadtvierteln von Berlin. Allein in drei Straßen waren 113 Prostituierte gemeldet.<sup>113</sup> Die Dunkelziffer lag sicher höher.

Wer keine eigene Wohnung fand oder sich leisten konnte, hatte die Möglichkeit, für 5 Pfennig bis 1,50 Mark als Schlafgänger in sogenannten Pennen unterzukommen. Meist lagen diese Schlafquartiere im Kellergeschoß und waren zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht geeignet.

Verschiedene Lokalitäten bereicherten das Viertel. So genannte Bouillonkeller, die erst um 22 Uhr öffneten und nur Suppe, belegte Brote und Schokolade verkaufen durften, da sie keine Konzession hatten. Die Kommunikationszentren des Viertels waren die zahlreichen Kneipen wie die „Mulackritze“, in der man auch Prominenten wie Berthold Brecht, Gustaf Gründgens oder Henny Porten begegnen konnte.<sup>114</sup>

Vor allem neu eingewanderte osteuropäische Juden ließen sich, wenn sie arm waren, im Scheunenviertel nieder. So waren in den ersten Nachkriegsjahren 20 Prozent der in Deutschland lebenden Juden osteuropäische Einwanderer. Dabei darf man allerdings nicht aus den Augen verlieren, dass die gesamte jüdische Bevölkerung des Reichsgebietes nur 0,9 Prozent (ca. 550.000 Personen) der Gesamtbevölkerung ausmachte und rückläufig war.<sup>115</sup> 1933 lebten ein Drittel aller Juden in Berlin, davon die Hälfte aller Ostjuden.<sup>116</sup>

In diesem Lebensmittelpunkt der ostjüdischen Zuwanderer gab es Synagogen, Gasthäuser und Geschäfte mit koscheren Lebensmitteln, Buchläden, die Gebetsbücher sowie Utensilien zur Einhaltung religiöser

---

<sup>111</sup> Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin (Hrsg.): Die Siedlungs-, Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse in der Dragoner-, Grenadier-, Linien-, Rücker- und Mulackstraße. Nr. 5 (1929), S. 9.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>113</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>114</sup> Vgl. dazu: Wieke, Doris: Ein Viertel mit Ruf. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin, S. 65-76.

<sup>115</sup> Vgl. dazu: Richarz, Monika (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945. (Band 3) Stuttgart 1982, S. 15.

<sup>116</sup> Ebenda, S. 17.

Gebote anboten. Es gab Schlächtereien, Schneidereien, Friseure und eine zweifelhafte Damenkneipe.<sup>117</sup> So lässt Carl Zuckmayer seinen späteren „Hauptmann von Köpenick“ beim Kleintrödler Kracauer in der Grenadierstraße seine Uniform erstehen.<sup>118</sup> Zahlreiche Hilfsorganisationen, wie das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands, der Berliner Asylverein oder das Jüdische Volksheim hatten ihren Sitz im Scheunenviertel.<sup>119</sup> Das jüdische Volksheim, gegründet 1916, sollte nicht nur Armenhilfe betreiben, sondern eine Begegnungsstätte für Migranten und deutsche Juden, für Kinder und Erwachsene sein. Basierend auf der britischen Settlement-Bewegung war es das Ziel, einen Ort zu schaffen, an dem sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und Bildung treffen und miteinander lernen sollten. So sollten deutsche Juden im Umgang mit osteuropäischen ihre Wurzeln entdecken und umgekehrt sollte den osteuropäischen Juden ein Mittel zur Integration geschaffen werden. Neben zahlreichen Unterstützern, wie Gustav Landauer, gab es aber auch Gegner wie Gerschon Sholem und Franz Kafka, der über seine Freundin Felice Bauer mit dem Heim verbunden war.<sup>120</sup> Er kritisierte vor allem, dass die Aktivisten des Volksheimes zumeist westjüdische Vertreter seien, die zum Zionismus tendieren, aber von jüdischen Dingen kaum Ahnung hätten. Die Konzeption des Volksheimes zog zahlreiche Intellektuelle wie Martin Buber an, die sich zu Vortragsabenden trafen. In wie weit sich der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hier engagierte, lässt sich leider nicht mehr feststellen.

---

<sup>117</sup> Vgl. dazu: Geisel, Eike: Das Scheunenviertel. Beschreibung eines Zenotaphs. In: Ders. (Hrsg.): Im Scheunenviertel. Bilder, Texte, Dokumente. Berlin 1981, S. 10-34.

<sup>118</sup> Vgl. dazu: Zuckmayer, Carl: Der Hauptmann von Köpenick. In: Kirschey-Feix, Ingrid (Hrsg.): Treffpunkt Scheunenviertel. Leben im Shtetl. Berlin 1993, S. 101-104.

<sup>119</sup> Vgl. dazu: Alt, Arthur Tilo: Yiddish and Berlin's Scheunenviertel. In: Shofar. An interdisciplinary Journal of Jewish Studies. Volume 9, Nr. 2 (1991), S. 29-43.

<sup>120</sup> Vgl. dazu: Waller, Anja/ Haustein, Sabine: Jüdische Settlements in Europa. Ansätze einer transnationalen sozial-, geschlechter- und ideenhistorischen Forschung. In: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung. Nr. 4 (2009). Online unter [http://www.medaon.de/pdf/A\\_Haustein-Waller-4-2009.pdf](http://www.medaon.de/pdf/A_Haustein-Waller-4-2009.pdf) [24.07.2012].

## 4. Opfer, Täter und Ordnungskräfte

### 4.1. Die Opfer - Die ostjüdischen Bewohner des Scheunenviertels

Mehrere Parteien trafen während des Scheunenviertelpogroms am 05. und 06. November 1923 in Berlin aufeinander. Eine erste Gruppe waren die ostjüdischen Bewohner des Scheunenviertels, gegen die sich dieses Pogrom richtete. Der Begriff „Ostjude“ war am Beginn des 20. Jahrhunderts durchaus gebräuchlich und wurde erstmals von Nathan Birnbaum aufgebracht, der diesem Begriff jedoch keinen negativen Beigeschmack geben wollte.<sup>121</sup> Zuvor nannte man die eingewanderten osteuropäischen Juden „Ausländer“, aber auch „Pollacken“ oder „Schnorrer“.<sup>122</sup> Der negativ besetzte Begriff setzte sich nach dem Okkupation Polens im Ersten Weltkrieg durch, vor allem in Verbindung mit der „Ostjudengefahr“ und der „Ostjudenfrage“. Ostjuden wurden als laut, roh, schmutzig und kulturell rückständig und damit als Gegenpol zum emanzipierten und akkulturierten deutschen Juden angesehen. Mit seiner Parole *„Die Juden sind unser Unglück!“* zeichnete Heinrich von Treitschke 1879 das Bild des Ostjuden, die *„aus unerschöpflicher polnischer Wiege“* nach Deutschland drängten.<sup>123</sup> Damit begründete er den modernen rassistischen Antisemitismus in Deutschland.

Bereits in gegen Ende des 19. Jahrhunderts zeigten sich jüdische Organisationen wie der Deutsch-Israelische Gemeindebund (DIGB) und die *Allgemeine Zeitung des Judentums* besorgt über die ostjüdische Einwanderung. So appellierte der DIGB an die deutschen Behörden, den Zuzug besser zu kontrollieren und zu begrenzen. Man war der Meinung, die schwer erkämpfte Respektabilität und gesicherte Staatsbürgerschaft der deutschen Juden würde durch die Taten der Einwanderer diskreditiert.<sup>124</sup>

---

<sup>121</sup> Vgl. dazu: Birnbaum, Nathan: Was sind Ostjuden? Wien 1916, S. 4.

<sup>122</sup> Vgl. dazu: Heid, Ludger: Achtzehntes Bild: „Der Ostjude“. In: Schoeps, Julius H./ Schlör, Joachim (Hrsg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. München 1995, S. 241.

<sup>123</sup> Vgl. dazu: von Treitschke, Heinrich: Unsere Aussichten. In: Preußische Jahrbücher. (November 1879). Zit. nach: Heid, Ludger: Achtzehntes Bild: „Der Ostjude“. In: Schoeps, Julius H./ Schlör, Joachim (Hrsg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. München 1995, S. 242.

<sup>124</sup> Vgl. dazu: Volkov, Shulamit: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert: 10 Essays. München 1990, S. 171.

Krieg und Revolution brachten für die jüdischen Bewohner Berlins große Veränderungen mit sich. Zum einen das Erstarken des Antisemitismus und zum anderen die verstärkte Zuwanderung von ostjüdischen Immigranten. Aufgrund von Pogromen und den überaus schwierigen Lebensbedingungen in ihren Heimatländern kamen erste große Zuwanderungswellen ostjüdischer Einwanderer in der Zeit von 1880-1914 nach Berlin. Die jüdische Bevölkerung Großberlins betrug 1910 mit 144.000 Personen zirka vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie stieg bis 1925 auf 175.000 Personen an und betrug damit dreißig Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung des Reiches.<sup>125</sup> Ein Viertel aller Berliner Juden hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit und stammten vor allem aus Polen, Russland und Galizien oder anderen Teilen der früheren Habsburgermonarchie. Viele waren während des Krieges als Arbeitskräfte angeworben worden. Es kamen jedoch auch Studenten, Schriftsteller und Künstler nach Berlin, das damit ein geistiges Zentrum des europäischen Judentums wurde.

Die meisten dieser Zuwanderer waren allerdings nur auf der Durchreise. Zu Berlin als Transitstation schrieb der Schriftsteller Joseph Roth:

*„Kein Ostjude kommt freiwillig nach Berlin. Wer in aller Welt kommt freiwillig nach Berlin? Berlin ist eine Durchgangsstation, in der man aus zwingenden Gründen länger verweilt. Berlin hat kein Ghetto. Es hat ein jüdisches Viertel. Hierher kommen Emigranten, die über Hamburg oder Amsterdam nach Amerika wollen. Hier bleiben sie oft stecken. [...] Die Ostjuden, die nach Berlin kommen, haben oft ein Durchreisevisum, das sie berechtigt, 2 bis 3 Tage in Deutschland zu bleiben. Es sind schon manche, die nur ein Durchreisevisum hatten, 2 bis 3 Jahre in Berlin geblieben.“<sup>126</sup>*

Trotzdem wuchs die jüdische Bevölkerung Berlins zwischen 1910 und 1925 nur um 45.000.<sup>127</sup> Politische Gründe waren ausschlaggebend dafür, dass Berlin eine Transitstation blieb. Bereits in den 1880er Jahren versuchten die preußischen Behörden durch verschiedene Maßnahmen, wie die verstärkte

---

<sup>125</sup> Vgl. dazu: Richarz, Monika: Erfolg und Gefährdung in der Weimarer Republik. In: Hammer, Manfred/ Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Juden in Berlin 1671-1945. Ein Lesebuch. Berlin 1988, S. 179.

<sup>126</sup> Vgl. dazu: Roth, Joseph: Juden auf Wanderschaft. Köln 1985, S. 47.

<sup>127</sup> Vgl. dazu: Alexander, Gabriel E.: Die jüdische Bevölkerung Berlins in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Demographische und wirtschaftliche Entwicklungen. In: Rürup, Reinhard (Hrsg.): Jüdische Geschichte in Berlin: Essays und Studien. Berlin 1995, S. 117-148.

polizeiliche Meldepflicht und der damit in Zusammenhang stehenden Ausweisung, den Zuzug von osteuropäischen Ausländern zu begrenzen. Als jedoch während des Ersten Weltkrieges etliche der Einwanderungsländer zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik fanden, hatte dies Auswirkungen auf alle Transitstationen, nicht zuletzt auf Berlin. Viele Durchwanderer mussten nach dem Krieg einen längeren Aufenthalt in Berlin nehmen, meist aufgrund fehlender Papiere. So wurde Berlin und auch das Scheunenviertel für einige Jahre das Zentrum der jiddischsprachigen Diaspora in Europa. Dabei war es aber immer eine heterogen zusammengesetzte Gruppe, die aus Menschen aller Länder des östlichen Europas bestand.

Die instabile und unübersichtliche Lage in den frühen Jahren der Weimarer Republik erleichterte es den Flüchtlingen, nicht abgeschoben zu werden. Zugleich steigerte die ostjüdische Zuwanderung die Revolutionsfurcht der Behörden. Die revolutionären Aktivitäten einiger prominenter Zugereister wie Rosa Luxemburg oder Kurt Eisner verbanden sich zu einem Gesamtbild, gegen das sich die antisemitische Stimmung richtete.

Die ostjüdischen Zuwanderer waren zumeist mittellose, traditionell lebende Menschen, die Jiddisch sprachen und im Scheunenviertel mit seinem billigen Wohnraum einen ersten Anlaufpunkt in Berlin hatten. Trotzdem unterschieden sie sich in ihren Auswanderungsmotiven, in ihrer sozialen und regionalen Herkunft, in ihrem Selbstverständnis als Juden sowie in ihren politischen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen. Martin Beradt schickt dazu in seinem Roman „Die Straße der kleinen Ewigkeit“ den Protagonisten Frajim Feingold ins Scheunenviertel: *„Er kam unmittelbar aus einer Judengasse von Piaseczno und wusste genau, in welche Gasse er hier zu gehen hatte; es gab nur eine. In Amsterdam gibt es ein Viertel für Ostjuden, in New York füllen sie ganze Stadtteile, in London lange Straßenzüge. Hier, in einer Stadt mit 4 Millionen Einwohnern, einer der größten und bedeutendsten der Welt, waren so ausgeprägt nur wenige Gassen; die wichtigste betrat er. Dreitausend Menschen hatte sie bisher beherbergt, jetzt sollte es einer mehr sein.“*<sup>128</sup>

Die Straßen des Scheunenviertels waren für die Neuankömmlinge eine große Kontakt- und Informationsbörse, auf der Adressen der

---

<sup>128</sup> Vgl. dazu: Beradt, Martin: Die Straße der kleinen Ewigkeit. Frankfurt am Main 2001, S. 53.

Vermieterinnen und Pensionen ebenso weitergegeben wurden wie Erfahrungen mit den Behörden.

*„Frauen sitzen vor der Türe oder wandern auf und ab. Das Umschlagtuch um die Schultern und viele mit dem „Scheitel“. Kinder spielen herum und überall stehen die lebhaft gestikulierenden Männer – meist Galizier – in den langen schwarzen Röcken. [...] Sie gehen hierher wie andere in die Börse, ins Café oder in das Theater.“<sup>129</sup>*

„Westliche“ Juden assoziierten ihre „östlichen“ Glaubensgenossen mit Tradition und Rückständigkeit. Die Unterschiede manifestierten sich auch im Berliner Stadtbild. Die bürgerlichen Wohnviertel lagen in Berlins Westen, während die Arbeiterwohnviertel im Osten lagen. Auf innerjüdischer Ebene schien es jedoch eine kulturelle und soziale Distanz zwischen Ost und West zu geben. Die Begegnung der assimilierten deutschen Juden mit diesem ursprünglichen Judentum erschütterte diese in ihrem Selbstverständnis. Die private Geringschätzung der „fremden Brüder“ verband sich jedoch häufig mit einem sozialpolitischen Engagement. In den Ostjuden sahen sich die deutschen Juden an ihren Minderheitenstatus erinnert, den es mit aller Macht abzuschütteln galt, durch Assimilation in die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Bei den Neuankömmlingen konnte man noch erkennen, wovon man sich distanzieren wollte, dem „Anderssein“, der jüdischen „Vergangenheit“. Die meisten dieser assimilierten deutschen Juden gehörten der Mittelschicht an, ihre jüdische Identität war religiös definiert, sie sahen sich als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“.

Bereits während des Ersten Weltkrieges wurde zwischen dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) und den zionistischen Organisationen erbittert über die „Ostjudenfrage“ gestritten.

Die deutschjüdischen Soldaten des Ersten Weltkrieges, etliche von ihnen waren später Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, sahen bei ihrer Begegnung mit Ostjuden in deren Heimatländern diese aus der Sicht des deutschen Patrioten. Viele fanden ihre Vorurteile bestätigt, andere erkannten in den Ostjuden ein ursprünglicheres Judentum. Bei den deutschen Zionisten lösten diese Begegnungen eine ostjüdische „Nostalgiewelle“ aus. Trotzdem waren jene Juden der Meinung, dass die

---

<sup>129</sup> Vgl. dazu: Eschelbacher, Klara: Die Wohnungsfrage. In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. Nr. 1-6 (Januar-Juni 1920), S. 11-16.



Ostjuden einer Reform unter der Anleitung der deutschjüdischen Gemeinschaft bedurften. So schrieb der Philosoph und Schriftsteller Gustav Landauer 1916: *„Mehr oder auch weniger Wohlmeinende, deutsche Juden, die jetzt allererst mit Juden aus östlichen Gemeinden in umständlichere Berührung gekommen sind, sprechen mit Entsetzen und Grauen von der Gesunkenheit und dem Schmutz, den sie antrafen. Und nicht wenige gibt es, die es laut oder leise sagen, nichts Schlimmeres könnte den zivilisierten Juden Westeuropas geschehen, als die Überflutung der Gebiete, in denen sie selbst eine so ansehnliche Stellung einnehmen, mit diesen Stammesgenossen, deren sie sich schämen.“*<sup>130</sup>

Bei den deutschen Glaubensbrüdern, soweit nicht orthodox oder zionistisch, waren die Neuankömmlinge wenig willkommen. Nichts desto trotz war man der Meinung, etwas tun zu müssen, wie etwa die Verteidigung gegen antisemitische Angriffe und durch die Unterstützung eines Hilfswerkes. Trude Maurer sagt dazu: *„Sie mussten die Ostjuden verteidigen, weil sie [...]erkannten, dass das negative Ostjudenstereotyp auch auf sie zurückprojiziert wurde.“*<sup>131</sup>

Nachdem die „Ostjudenfrage“ zunehmend Gegenstand der Innenpolitik wurde, gewann sie auch an Bedeutung als innerjüdische Frage.<sup>132</sup> Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, ließ kurz wissen, dass er den ostjüdischen Einwanderern als Opfer von Pogromen herzliche Anteilnahme entgegenzubringen bereit war.<sup>133</sup> Auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten gab bei diesem Thema seine sonst neutrale Haltung auf, als sein Vorstandsmitglied Dr. Werner auf einer Versammlung in Kassel von den Ostjuden sagte, dass diese in Berlin den Antisemitismus befördern würden, in dem sie mit Brillanten und Pelzen auf der Straße flanieren würden.<sup>134</sup> Diese Aussage im Sinne der vom Reichsbund initiierten Selbstzuchtaktion, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Reichsbund bei Gefahr für alle jüdischen Mitbürger einstand.

---

<sup>130</sup> Landauer, Gustav: Ostjuden und das Deutsche Reich. In: Der Jude. Eine Monatsschrift. Nr. 7 (1916), S. 433-439.

<sup>131</sup> Vgl. dazu: Mauer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986, S. 758.

<sup>132</sup> Vgl. dazu: Heid, Ludger: Maloche- nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiten in Deutschland 1914-1923. Hildesheim/ Zürich/ New York 1995, S. 71.

<sup>133</sup> CV-Zeitung. Nr. 1 ( 22. Mai 1922).

<sup>134</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 49 (19. Juni 1923).

Andererseits formierte sich auch innerjüdischer Widerstand gegen diese Form des Umgangs mit den Ostjuden. Auf einer Beratung aller großen jüdischen Organisationen am 06. Juni 1921 ermahnte der Vorsitzende des Hilfsvereins der deutschen Juden, Paul Nathan, die Anwesenden, dass man den Antisemitismus nicht dadurch bekämpfen könne, in dem man die Ostjuden über die Grenze zurücktreibt. Man einigte sich darauf, dass das Arbeiterfürsorgeamt, eine zur Unterstützung der in Deutschland lebenden Ostjuden geschaffenen Organisation, die finanzielle und moralische Unterstützung des gesamten deutschen Judentums benötigte.<sup>135</sup> Als im März 1920 auf Befehl des militärischen Oberbefehlshabers, General von Seeckt, zirka 1.000 Personen, meist ausländischer Herkunft, festgenommen, zur Alexanderkaserne überstellt und weiter ins Konzentrationslager Wünsdorf bei Zossen überführt wurden, versuchten Vertreter des Arbeiterfürsorgeamtes, diese zu befreien. Abgesehen von ca. 35 Russen und Balten, waren die Festgenommenen ausschließlich Ostjuden. Die Kommission aus Vertretern des Arbeiterfürsorgeamtes, der Polizei und des Reichswehrministeriums sowie einem Rabbiner konnte in den ersten drei Tagen 300 Personen befreien.<sup>136</sup> In der Folge und nach Feststellung der Verfassungswidrigkeit dieser Aktion wurde zugesichert, dass Verbrecher von der Polizei zu verhaften und vor ein ordentliches Gericht zu stellen sind. Dem Arbeiterfürsorgeamt wurde zugesichert, für die Verhafteten, so sie Juden sind, „Fürsorge“ leisten zu dürfen. Derartige Razzien durch das Militär fanden nicht mehr statt, trotzdem rissen die gewaltsamen Übergriffe auf Ostjuden nicht ab.

#### **4.2. Die Täter - Frauen, Jugendliche und Arbeitslose**

Die Gruppe der Täter lässt sich nur sehr schwer fassen, da sie anonym blieb. Bekannt ist, dass die Gewalt des 05. und 06. Novembers 1923 von einer Gruppe Arbeitsloser vor dem Arbeitsamt in der Gormannstraße ausging. Zu dieser Gruppe kamen dann wahrscheinlich Passanten sowie zwielichtiges Volk, wie Taschendiebe oder herumlungernde Jugendliche, die

---

<sup>135</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 50 (24. Juni 1921).

<sup>136</sup> Vgl. dazu: Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986, S. 352.

schon damals das Gebiet um den Alexanderplatz bevölkerten. Im Laufe der Geschichte der Weimarer Republik waren vor allem immer wieder Frauen, Jugendliche sowie Arbeitslose Träger von gewalttätigen Aktionen.

Das Jahr 1923 war geprägt von einer umfassenden Radikalisierung der Bevölkerung. Die Rheinlandbesetzung und das rücksichtslose Vorgehen der Besatzungstruppen verstärkten die Radikalität und Gewaltneigung der Rechten. Die schnell steigende Arbeitslosigkeit und die Verelendung der Bevölkerung erhöhte deren Bereitschaft zu radikalem Verhalten. Engagement für eine radikale Partei oder Gewaltanwendung in einer paramilitärischen Gruppe waren ebenso Ausdruck dieses Verhaltens wie „sozialer Protest“. Gewalt war ein Mittel, die früher geltenden Grenzen des sozialen und politischen Miteinanders zu überschreiten. Diese Gewalt konnte verschiedene Ursachen haben, von einfacher Wut und Enttäuschung, die spontan abreagiert wird, bis zu vorbereiteten und organisierten Aktionen.<sup>137</sup>

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges kam es zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Durch Heeresanziehungen und die Abwanderung der Arbeiter in kriegswichtige Industriezweige, wurden in den Betrieben viele gewachsene Verbindungen zerstört. Sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, die Aufhebung von Arbeitsschutzbestimmungen besonders für Jugendliche und Frauen, die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit sowie vermehrte und verschärfte Akkordarbeit verlangten nach einer Gegenwehr durch die Beschäftigten. Die Gewerkschaften hatten sich jedoch dem „Burgfrieden“ angeschlossen, so dass es eine aussichtslose Situation war. Weiter gesteigert wurde der Unmut durch sinkende Löhne und eine beginnende Verteuerung der Lebensmittel. Da die Regierung nicht einen länger anhaltenden Krieg einkalkuliert hatte, begann die Versorgungslage schnell schwierig zu werden. Die ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zeichneten sich durch Spontanität und geringe Homogenität der Träger aus. Diese Unruhen waren nicht institutionalisiert und meist illegal.<sup>138</sup> Im Februar 1915 kam es in den Markthallen in der

---

<sup>137</sup> Vgl. dazu: Schumann, Dirk: Der aufgeschobene Bürgerkrieg. Sozialer Protest und Politische Gewalt in Deutschland 1923. In: Zeitschrift für Geschichte. Nr. 44 (1996), S. 526 f.

<sup>138</sup> Vgl. dazu: Volkmann, Heinrich/ Tenfelde, Klaus: Zur Geschichte des Streiks in Deutschland. In: Dies.: Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung. München 1981, S. 19.

Andreasstraße zu Unruhen, ausgelöst durch eine unregelmäßige Versorgung mit Kartoffeln, an denen vor allem Frauen beteiligt waren. Auch im Oktober 1915, als es in Lichtenberg zu Unruhen kam, an denen bis zu 2000 Personen beteiligt waren, war der Auslöser die hohen Lebensmittelpreise. Auch in diesem Fall waren die Hauptakteure vor allem aufgebrachte Frauen. So erklärte der Lichtenberger Polizeichef: *„In den frühen Nachmittagsstunden bestanden die Teilnehmer an den Aufläufen fast nur aus Frauen und Kindern. Bei Einbruch der Dunkelheit erschienen auch Männer jeden Alters in großer Zahl. Dazu gesellte sich zahlreich arbeitsscheues Gesindel und Janhage<sup>139</sup> beiderlei Geschlechts.“*<sup>140</sup> Neben den Frauen spielten auch Jugendliche bei diesen Unruhen eine maßgebliche Rolle. Die fehlende „väterliche Hand“ sowie die notgedrungen erwerbstätige Mutter führten in Arbeiterkreisen zu einer zunehmenden Verwahrlosung der Jugend sowie zu steigender Jugendkriminalität.

Alle staatlichen Maßnahmen wie Höchstpreisfestsetzungen und Rationierung von Lebensmitteln zerrten an den Nerven der oft stundenlang vor den Geschäften wartenden Kunden. Aber auch die gereizte Stimmung der Verkäufer, die nach Meinung der Kunden Lebensmittel horteten, trug zu einer Situation bei, die sich oft in gewaltsamen Auseinandersetzungen Luft machte. Der sogenannte „Kohlrübenwinter“ 1916/17 verschärfte die Lebensmittelsituation noch einmal. Kartoffeln waren nicht zu bekommen, Fleisch und Fett teuer, das Brot von schlechter Qualität. Einzig Kohlrüben waren zu haben. In dieser Situation genügte der kleinste Anlass um die wartenden Frauen in Wut zu versetzen. So plünderten aufgebrachte Frauen im Dezember 1916 einen Brothändler, der zu früh schließen wollte. Im März 1917 nötigte eine aufgebrachte Frauenmenge den Charlottenburger Magistrat, eine Aufbewahrungsstelle für Gemüse zu öffnen und direkt zu verkaufen. Im Juli 1917 meldete der Polizeibericht, dass 300 Frauen einen Gemüsemarkt in Lichtenberg gestürmt hätten.<sup>141</sup> Nach dem Juli 1917 flaute diese Art der „Selbsthilfe“ jedoch ab. Die staatliche Rationierung und später auch die Preisbindung wurden zurückgeschraubt und damit brachen 1919

---

<sup>139</sup> Janhage ist eine altnorddeutsche Bezeichnung für Pöbel oder hergelaufenes Volk.

<sup>140</sup> Zit. nach: Scholz, Robert: Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914-1923. In: Gailus, Manfred (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980). Berlin 1984, S. 84.

<sup>141</sup> Ebenda, S. 94.

wieder Lebensmittelunruhen aus. Im Jahr 1920 kam es in Berlin zu Obst- und Kartoffelkrawallen, bei denen wieder Frauen die Agierenden waren.<sup>142</sup> Sie wurden bei ihrem täglichen Einkauf mit wucherischen Praktiken der Verkäufer konfrontiert und gingen über verbale Auseinandersetzungen und Drohgebärden zur direkten Konfrontation über und verschafften damit den bestehenden Preisverordnungen und Wucherbestimmungen wieder Geltung. Dass die Frauen bei diesen Unruhen an vorderster Front standen, lag in der gesellschaftlichen Rollen- und Arbeitsverteilung begründet. Frauen waren für die Beschaffung der Nahrung bzw. deren Zubereitung zuständig und damit für die Reproduktion der männlichen Arbeitskraft, die die Familie zu versorgen hatte. Vor allem bei den etablierten Arbeiterparteien stieß diese Form der Eigeninitiative der Frauen auf Ablehnung. *Die Rote Fahne*, das Blatt der Kommunisten, schrieb dazu: „Den Arbeiterfrauen brauchen wir bei dieser Gelegenheit nicht noch einmal zu sagen, daß nicht das Umstürzen der Marktkörbe die wahren Schuldigen an der Teuerung trifft. Die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, alles was die hohen Preise macht (...), bleibt dabei ohne Harm und lacht sich ins Fäustchen. In dem Kampf gegen die Teuerung müssen die Betriebsräte der Stadt, die Guts- und Kleinbauernräte auf dem Land, die Gewerkschaften und die Konsumvereine zusammenstehen. Das ist der Weg, und nur der kann beschritten werden.“<sup>143</sup>

Interessant ist, dass das Versagen der Regierenden in der Versorgungsfrage nie Thema eines breiten sozialen Diskurses war. Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaften weigerten sich, an einer „Politik der Straße“ teilzuhaben. Vielmehr richtete sich der Unmut der Bevölkerung auf neue „Feinde“ wie „Preistreiber“, „Spekulanten“, „Wucherer“ und „Kriegsgewinnler“.<sup>144</sup> Damit waren diejenigen identifiziert, die in der neuen Gesellschaft führende Positionen in der Industrie, den Kriegsgesellschaften und in der Landwirtschaft einnahmen und aufgrund der Inflationskonjunktur satte Gewinne einstrichen. Dieser Kategorie wurden

---

<sup>142</sup> Vgl. dazu: Lefèvre, Andrea: Lebensmittelunruhen in Berlin 1920-1923. In: Gailus, Manfred/ Volkmann, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994, S. 355.

<sup>143</sup> Rote Fahne. Nr. 117 (30. Juni 1920).

<sup>144</sup> Vgl. dazu: Geyer, Martin H.: Teuerungsprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit. München 1920-1923. In: Archiv für Sozialgeschichte. Nr. 30 (1990), S. 181-215.

natürlich auch die jüdischen Personen zugeordnet. Anlässlich der Rheinlandbesetzung 1923 drängten die Gewerkschaften in Gesprächen mit der Regierung darauf, einschränkende Maßnahmen gegen den „Wucher“ zu ergreifen. Dazu gehörten neben Preisfestsetzungen auch die Einrichtung von Standgerichten ohne Revisionsmöglichkeiten sowie die Einführung von Gerichtstagen an Wochenmarkttagen. Ähnliche Vorschläge kamen sowohl aus dem kommunistischen als auch als dem nationalsozialistischen Lager.<sup>145</sup> Das sich nur durch härtestes Vorgehen eine Notlage beheben ließe, war auch ein wichtiges Argument der verschiedenen Diktaturpläne der Nachkriegszeit.

Während in der Kriegszeit eher Frauen und Jugendliche an gewaltsamen Unruhen beteiligt waren, stieg mit der Arbeitslosigkeit auch der Anteil der Männer, die Träger gewaltsamer Aktionen waren. Die Arbeitslosigkeit war hoch, die Frauen waren von den heimkehrenden Männern wieder aus den Betrieben vertrieben wurden. Löhne und Gehälter waren trotz Streiks nicht wieder auf der Kaufkraft des Vorkriegsniveaus. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von Juni 1922 bis zum Jahresende in Berlin von 88.000 auf 150.000.<sup>146</sup> Im November 1923 waren auf dem Höchststand der Arbeitslosigkeit 360.000 Berliner arbeitslos und 150.000 bezogen Kurzarbeitergeld. Das waren 13 Prozent der gesamten Berliner Bevölkerung.<sup>147</sup>

Die große Masse an Arbeitslosen wurde von der Regierung als Basis spartakistischer Umsturzpläne angesehen, die es allerdings nicht gab. Eine diffamierende Pressekampagne gegen die angeblich Arbeitsscheuen, ließ die Erbitterung der Arbeitslosen wachsen. Vor allem die Unfähigkeit der Regierenden, die wirtschaftspolitischen Probleme zu bewältigen, verursachte eine Radikalisierung der Massen. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) engagierte sich im Rahmen der Erwerbslosenarbeit und unterstützte die Forderungen der Arbeitslosen.<sup>148</sup> Im Sommer 1921

---

<sup>145</sup> Vgl. dazu: Geyer, Martin H.: Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914-1923. In: Gailus, Manfred/ Volkmann, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994, S. 323.

<sup>146</sup> Vgl. dazu: Dettmer, Klaus: Arbeitslose in Berlin. Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923. Berlin 1977, S. 213.

<sup>147</sup> Ebenda. S. 219.

<sup>148</sup> Vgl. dazu: Ehls, Marie-Luise: Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Berlin/ New York 1997, S. 233.

organisierte die Partei mehrere Aktionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die auf der Änderung des bestehenden politischen Systems beruhten und die gewalttätig endeten.<sup>149</sup> Im Juni 1921 stürmten arbeitslose Berliner, aufgeputscht durch Agitatoren der linksradikalen Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), das Gewerkschaftshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) am Engelufer.<sup>150</sup> Mehrere Gewerkschaftsangestellte sowie etliche arbeitslose Demonstranten wurden verletzt. Dabei ergingen sich *der Vorwärts*, das Blatt der SPD, sowie die *Rote Fahne*, das Blatt der KPD, in gegenseitigen Schuldzuweisungen über den Urheber der Gewalttätigkeiten. Bis zum November 1921 gab es noch einige Auseinandersetzungen von aufgebrachten Arbeitslosen mit der Polizei, die dann aber abflauten. Grund hierfür war die gestiegene Erwerbstätigkeit sowie die Ausgliederung vieler Arbeitsloser in die Sozialfürsorge. Die Uneinigkeit und Konkurrenz der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften hatte dazu geführt, dass sich die Arbeitslosen in ihrer Not radikalisierten.

Als im Juli 1922 der freie Fall der deutschen Mark begann, führte die Hyperinflation zu einer Massenarbeitslosigkeit und verstärkte damit den Prozess der sozialen Radikalisierung. In die sozialen Proteste der Arbeitslosen mischte sich bereits ab dem Winter 1919/20 ein wachsender Antisemitismus. In Dresden waren im August 1922 die hohen Lebensmittelpreise Anlass zu einer Demonstration Erwerbsloser, die aber friedlich verlief. In den darauf folgenden Tagen erschienen im Straßenbild Hakenkreuze sowie Plakate mit der Aufschrift: „*Kauft nicht bei Juden!*“<sup>151</sup>. Im November 1922 endete eine Demonstration in Dresden mit der Plünderung eines Delikatessengeschäftes und einer Zahnbürstenfabrik. Vorher waren jedoch Rufe zu hören wie: „*Heute muß es losgehen; auf in die Geschäfte zu den Juden; wir lassen uns nicht mehr verkohlen, wir haben Hunger; die Regierung muß runter!*“<sup>152</sup>

---

<sup>149</sup> Ebenda. S. 232.

<sup>150</sup> Vgl. dazu: Scholz, Robert: Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914-1923. In: Gailus, Manfred (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980). Berlin 1984, S. 106.

<sup>151</sup> Vgl. dazu: Geyer, Martin H.: Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914-1923. In: Gailus, Manfred/ Volkmann, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994, S. 331.

<sup>152</sup> Vgl. dazu: Ebenda. S. 331.

Als es im November 1923 zum Pogrom im Scheunenviertel kam, waren es neben Jugendlichen und Arbeitslosen vor allem sozial desintegrierte Bevölkerungsgruppen, die hier gewalttätig wurden. So schrieb der *Vorwärts* am 06. November 1923: „*Der Mob, der überall dabei sein muß, wo was los ist, mengte sich unter die Hungernden und brachte Zug in die Sache.*“<sup>153</sup>

Es wäre aber zu einfach, anzunehmen, dass es nur aufgrund der Teilnahme krimineller und sozial deklassierter Gruppen zu diesem Pogrom kam. Vielmehr waren diese Ausschreitungen ein Ventil, das die lange aufgestaute Wut in einer vieltausendköpfigen Menge, in der soziale Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt waren, zum Explodieren brachte. Diese Explosion wurde zusätzlich befeuert durch völkische Agitatoren. Einer der Führer der Deutschvölkischen Arbeiterpartei (DvAP), einer Vorläuferpartei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), bestritt den Vorwurf, Anhänger seiner Partei hätten die schweren Unruhen verursacht. Gleichzeitig forderte er aber in einem Schreiben vom 07. November 1923 an Reichskanzler Stresemann die Ablösung des Berliner Polizeivizepräsidenten, Dr. Bernhard Weiß<sup>154</sup>, da „der Jude Dr. Weiß“ in diesem Amt eine Provokation für die völkische Bewegung Berlins sei.<sup>155</sup>

---

<sup>153</sup> Vorwärts. Nr. 519 (06. November 1923).

<sup>154</sup> Dr. Bernhard Weiß (1880-1951) war Jurist und stammte aus einem liberalen jüdischen Elternhaus. Während des Ersten Weltkrieges diente er als Reserveoffizier in Bayern, wurde zum Rittmeister befördert und für besondere Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Nach dem Krieg ins Innenministerium berufen, war Weiß 1919-1924 stellvertretender Chef der Kriminalpolizei und leitete die berühmte Abteilung IA, die politische Polizei. Ab 1927 war er Polizeivizepräsident. Er setzte sich als einer der wenigen höheren Polizeioffiziere gegen Rechtsbrüche ein und versuchte die Polizei demokratisch zu reformieren. Besonders das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung stellte er auf eine demokratiewürdige Basis. Ihm ist es zu verdanken, dass die Mörder Walther Rathenaus ermittelt werden konnten. In der Folgezeit war Weiß das Opfer regelmäßiger Diffamierungsbestrebungen der Nationalsozialisten unter der Führung von Joseph Goebbels. In Weiß hatte Goebbels das perfekte Feindbild gefunden, ein Bürger jüdischer Herkunft und Vertreter einer demokratischen Republik. Weiß wehrte sich gegen die Herabsetzung durch Goebbels und überzog ihn mit 60 Gerichtsverfahren, die er allesamt gewann. Nachdem 1932 beim sogenannten Papenstreich mit Preußen die letzte demokratische Bastion fiel, wurde Weiß abgesetzt und inhaftiert. Später wieder freigelassen konnte er 1933 nach London fliehen und wurde von den Nationalsozialisten ausgebürgert. Kurz vor seinem Tod 1951 erreichte ihn in England die Nachricht seiner Wiedereinbürgerung. Vgl. dazu: Behring, Dietz: Rittmeister der Reserve Bernhard Weiß; zur Biographie eines preußischen Juden. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Katalog im Auftrag des Bundesministeriums zur Wanderausstellung. Freiburg 1982, S. 146-153.

<sup>155</sup> Vgl. dazu: Kruppa, Bernd: Rechtsradikalismus in Berlin 1918-1928. Berlin/ New York 1988, S. 242.



Die Aggression der Menge richtete sich gegen eine Minderheit, die beschuldigt wurde, rechtswidrige Devisengeschäfte getätigt zu haben. Außerdem sah sich diese Gruppe antijüdischen Ressentiments und einem in den Inflationsjahren weit verbreiteten Fremdenhass gegenüber. An den ostjüdischen Einwanderern des Scheunenviertels wurde damit stellvertretend für alle Geschäftemacher, deren man nicht habhaft werden konnte, ein Exempel statuiert. Die mangelnde Tatkraft der Schutzkräfte trug mit dazu bei, die Situation eskalieren zu lassen.

### **4.3. Die Ordnungshüter - Die Berliner Schutzpolizei**

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges brach das vor allem auf „Schutzmännern“ basierende Polizeisystem des Kaiserreiches in sich zusammen. Danach folgte eine kurze Phase vielgestaltiger Sicherheitssysteme, die von Ort zu Ort unterschiedlich und von den jeweiligen Arbeiter- und Soldatenräten abhängig waren. Das Gewaltmonopol lag in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zum geringsten Teil in den Händen der Polizei, sondern vor allem die Oberste Heeresleitung, die Reichswehr sowie die Freikorps, die zur Niederschlagung innerer Unruhen sowie für den Einsatz in den Grenzgebieten im Osten gegründet worden waren, waren für die innere Sicherheit zuständig. Als Unterstützung dieser Organisationen wurden, zumeist in ländlichen Regionen, bewaffnete Einwohnerwehren gegründet, die zuallererst das Eigentum der besorgten Bürgerschaft schützen sollten. Unter dem damaligen Reichswehrminister Gustav Noske begann ab 1919 die Restrukturierung der Polizei in Preußen. In einer von Hauptmann Waldemar Papst<sup>156</sup> verfassten Denkschrift zur Reorganisation der Polizei wurde die nichtgeklärte Versorgungsklage der vielen Soldaten und Freikorpsangehörigen angesprochen, die nicht in die neue Reichswehr übernommen werden konnten. Es wurde angeregt, die uniformierte Polizei in eine Ordnungs- und eine Sicherheitspolizei aufzuteilen. Die bestehende Berliner Schutzpolizei sollte der unbewaffneten

---

<sup>156</sup> Hauptmann Waldemar Papst (1880-1970) war Freikorpsmitglied, beteiligt am Kapp-Lüttwitz-Putsch, verantwortlich für den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und ein enger Freund Hermann Görings. Vgl. dazu: Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933: die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1993, S. 120.

Ordnungspolizei zugesellt werden und der Berliner Stadtverwaltung unterstellt werden. Die bewaffnete Sicherheitspolizei (Sipo) sollte aus jungen Männern bestehen, die kaserniert werden und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung und zur Bekämpfung von Aufruhr und Unruhen in der Lage sein sollte.<sup>157</sup> Die Kriminalpolizei sollte unangetastet bleiben. Außerdem wurde die bereits 1871 entstandene politische Polizei wiedereingeführt, die sich vor allem um „politische“ Verbrechen kümmern sollte. Innenminister Heine nahm diese Vorschläge so auf und die Berliner Sicherheitspolizei entstand aus einem Bataillon der in Berlin stationierten Truppen der Armee. Die gesamte Führung der Sicherheitspolizei bestand aus von der Armee abkommandierten Offizieren, die Bewaffnung kam aus Beständen des Heeres. Der Aufbau der Truppe sollte möglichst rasch beendet werden, da ständig mit der Bekanntgabe der alliierten Friedensbedingungen gerechnet wurde und man sich mit einer restrukturierten Polizei eine bessere Ausgangsposition in Versailles erhoffte. Mit Bekanntgabe der Friedensbedingungen im Mai 1919 zerplatzte diese Hoffnung jedoch. Die Begrenzung der Mannschaftstärke der Reichswehr auf 100.000 sowie die deutliche Trennung von Polizei und Militär ließen das Bündnis zwischen diesen beiden Einrichtungen hinfällig werden. Die alliierten Befürchtungen, die neu entstandene Sicherheitspolizei könnte jetzt als Ersatzheer dienen, sollten von der Reichsregierung in einer Denkschrift beschwichtigt werden. In dieser Schrift wurde argumentiert, dass ein 100.000-Mann Heer keineswegs innerstaatlichen Polizeiaufgaben gerecht werden könne.<sup>158</sup> Die Antwort der Alliierten ließ nicht lange auf sich warten und forderte von der Reichsregierung die Reorganisation der Sicherheitspolizei. Mit Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putsches im Januar 1920 änderte sich die Stellung der Polizei als eine dem Heer nachgeordnete Instanz grundlegend. Die Verstrickung der Freikorps in den Putsch sowie die „Neutralität“ vieler Offiziere der Reichswehr gegenüber den Putschisten und der Reichsregierung, ließ es angebracht erscheinen, zukünftig die militärischen Behörden von Fragen der inneren Sicherheit fern

---

<sup>157</sup> Vgl. dazu: Leßmann, Peter: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf. Düsseldorf 1989, S. 47.

<sup>158</sup> Vgl. dazu: Leßmann-Faust, Peter: Reichswehr und preußische Schutzpolizei im ersten Jahrfünft der Weimarer Republik. In: Nitschke, Peter (Hrsg.): Die deutsche Polizei und ihre Geschichte. Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis. Hilden 1996, S. 124.

zu halten und nur noch hinzuzuziehen, wenn militärische Gewalt unabwendbar war. Aber auch in der Sicherheitspolizei gab es erheblichen Zweifel an der Loyalität etlicher Polizeioffiziere, die ja ausschließlich aus der Armee stammten. Neben einigen Dienstenthebungen und Disziplinarverfahren erhielten einige Polizeioffiziere die Möglichkeit sich zukünftig zu bewähren. Einer von ihnen, Walther Stennes, erhielt auch die Zusage der Rehabilitation und wurde ein unrühmliches Beispiel für einen Offizier der Sipo. Als ehemaliger Freikorpsführer in Westfalen zur Sicherheitspolizei gekommen, war Stennes dort als Kommandeur einer Elitetruppe für den Schutz des Regierungsviertels zuständig. In einem ersten Prozess waren Mitglieder seiner Einheit wegen Amtsmissbrauchs angeklagt, als sie einen harmlosen Passanten schwer misshandelten. In einem Mordprozess, bei dem der Mord an einem Mitglied der Elitetruppe verhandelt wurde und bei dem Stennes zumindest verdächtig war, ging es vor allem um die politische Zuverlässigkeit der gesamten Truppe, die zu recht stark angezweifelt wurde. Der Prozess endete mit der Suspendierung Stennes, der Auflösung der Truppe und dem Freispruch der beiden Hauptangeklagten. Stennes machte dann später in der SA Karriere, und stieg bis zum obersten SA-Führer Norddeutschlands auf, bevor er bei Hitler in Ungnade fiel und aus der NSDAP ausgeschlossen wurde.<sup>159</sup>

Unter dem 1920 ernannten preußischen Innenminister Carl Severing wurde der Umbau der Sicherheitspolizei fortgesetzt. So wurden Zivilkommissare eingesetzt, die die einseitige Personalpolitik der Sipo-Kommandeure im Auge behalten sollten. Außerdem sollten diese Kommissare die Vermittlung zwischen lokalen Polizei-Dienststellen und der Bevölkerung im Falle von Streiks und Demonstrationen verbessern. Weiterhin wurde versucht, die frühere Bevorzugung von ehemaligen Soldaten, Offizieren und Angehörigen der Freikorps einzuschränken und vermehrt Arbeiter für den Polizeidienst zu gewinnen, da man sich der politischen Unzuverlässigkeit des bestehenden Personals bewusst war. Probleme entstanden außerdem durch das Nebeneinander von Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei, vor allem was die Aufgabenverteilung betraf.

---

<sup>159</sup> Vgl. dazu: Sauer, Bernhard: Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Nr. 53 (2005), S. 35.

Trotz aller Versuche, mit der Neustrukturierung der Polizei, den Auflagen der Alliierten gerecht zu werden, stellten diese im Juni 1920 der Preußischen Regierung ein Ultimatum. In diesem verlangten sie die Auflösung der Sicherheitspolizei zum 06. Oktober 1920, da diese immer noch militärisch organisiert sei.<sup>160</sup> An ihre Stelle sollte eine dezentral organisierte, nichtmilitärische Truppe treten, die zahlenmäßig verstärkt werden konnte. Personelle Übernahmen von der Sicherheitspolizei zur neuen Truppe sollten möglich sein, Übertritte zur Reichswehr hingegen nicht.

So wurde im Oktober 1920 die Sicherheitspolizei aufgelöst und eine zivile Schutzpolizei gegründet, deren technischer Aufbau aber noch weitere zwei Jahre benötigte. Der ideologische Umbau fand jedoch auch in den folgenden Jahren wenig Beachtung. In seinem Bestreben eine Nachfolgeorganisation für die Sipo aufzubauen, beharrte Innenminister Severing, dass straffste Disziplin die Hauptbedingung für die Polizei sein müsse. Deshalb wurde auch ein erheblicher Teil der Polizei in Kasernen untergebracht.

In Berlin betrug die Personalstärke der Schutzpolizei etwa 14.000 bis 16.000 Mann, einschließlich der Offiziere.<sup>161</sup> Die meisten der Polizisten der frühen Weimarer Jahre waren ehemalige Soldaten, die durch den Krieg entwurzelt, nicht mehr in ihre alten Berufe zurückkehrten. Bei der Einstellung mussten sich Polizeianwärter nur einer oberflächlichen Prüfung ihrer Vergangenheit stellen, körperliche Eignung war wichtiger als demokratische Gesinnung. Anstelle einer Auslese bei der Rekrutierung wurde auf politische Bildung während des Polizeidienstes gesetzt. Dass viele Ausbilder wegen demokratiefeindlicher Gesinnung auf diese Posten strafversetzt worden waren, machte die Polizeischulen häufig zu einem Hort des Militarismus.<sup>162</sup> Der preußische Staat garantierte den Polizisten die gleichen Rechte wie allen Bürgern. Sie durften wählen, wen sie wollten und eigene politische Ansichten haben. In Ausübung ihres Dienstes hatten sie sich aber unpolitisch zu verhalten. Das Verbot der Parteizugehörigkeit von

---

<sup>160</sup> Vgl. dazu: Leßmann, Peter: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf. Düsseldorf 1989, S. 89.

<sup>161</sup> Vgl. dazu: Liang, Hsi-Huey: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik. Berlin/ New York 1977, S. 61.

<sup>162</sup> Vgl. dazu: Die Reform des Polizeischulwesens. In: Vossische Zeitung. Nr. 261 (05. Juni 1928).

Polizisten zu einer kommunistischen oder nationalsozialistischen Partei erging aber erst 1930.<sup>163</sup> Das Polizeipräsidium verließ sich darauf, dass Fälle von politischer Unterwanderung durch leitende Beamte oder Denunziation zur Anzeige gebracht wurden. Dabei war von Seiten der Polizeiführung nicht mit dem starken Korpsgeist innerhalb der Truppe gerechnet worden. Untergebene zeigten nicht ihre republikfeindlichen Vorgesetzten an, Offiziere setzten sich lieber selbst mit antidemokratischen Beamten auseinander, es sei denn, sie teilten deren Auffassungen.<sup>164</sup> Aber auch wenn ein Fall bis zur hierarchischen Spitze vordrang, wurde der Betreffende oft nur in eine andere Einheit versetzt. Der Geist, der im Polizeikorps herrschte, zeigte sich auch noch einmal während der Berufungsverhandlung gegen die angeklagten Polizisten, die während des Scheunenviertelpogroms die verhafteten Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten misshandelt hatten. Dieser Berufungsprozess fand am 18. und 20. Juni 1925 statt, nachdem in einer ersten Verhandlung die meisten Angeklagten für schuldig befunden und zu Geldstrafen bzw. zu einer Haftstrafe verurteilt worden waren. Alle dreißig, als Zeugen vereidigten Polizeibeamten sagten nun aus, keinerlei Misshandlungen an den RjF-Mitgliedern gesehen zu haben. Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer dazu aus, dass man nur annehmen könne, dass die Beamten an diesem Tag unter einer „allgemeinen Suggestion“ stehen würden, anderenfalls wären gerade 30 Meineide geschworen worden. In einer Verhandlungspause ging einer der Zeugen, Polizeimajor Rank, an einem jüdischen Verhandlungsteilnehmer vorbei und pfiff dabei das Ehrhard-Lied.<sup>165</sup> Für die jüdischen Prozessbeobachter war damit die politische Gesinnung der Polizeioberen und damit auch der Mannschaften klar.

An anderen Stellen war die neue Polizei ausgesprochen modern. So war das Leitbild polizeilichen Handelns, anders als im Kaiserreich, die Polizei als „Freund“ des Bürgers zu verstehen. Ziele mit einfachen Mitteln erreichen, die Psychologie der Menschenmassen verstehen, Anordnungen in

---

<sup>163</sup> Vgl. dazu: Liang, Hsi-Huey: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik. Berlin/ New York 1977, S. 88.

<sup>164</sup> Vgl. dazu: Schmidt, Daniel: Keine Kommissare. Preußische Polizeioffiziere zwischen soldatischem Selbstverständnis und polizeilicher Professionalität 1919 bis 1935. In: Militärgeschichtliche Zeitung. Nr. 69 (2010) Heft 1, S. 51.

<sup>165</sup> Lied der Freikorpsbrigade Ehrhard Vgl. dazu: Der Schild. Nr. 13 (03. Juli 1925).

unerschütterlicher Ruhe zu geben und Absichten mit geringem Aufwand an Machtmitteln durchzusetzen, entsprach dieser Vorstellung.<sup>166</sup> Leider blieb das polizeiliche Auftreten oft genug hinter diesen Erwartungen weit zurück. Das Zurückfallen in alte militärische Verhaltensmuster bestimmte im Einsatz weiterhin den Ablauf der Ereignisse. Die, in der Weimarer Republik, zunehmend gewalttätigen Auseinandersetzungen mündeten 1929 im so genannten Berliner „Blutmai“. Bei diesem Ereignis ging die Polizei mit unverhältnismäßiger Brutalität gegen Anwohner des Stadtbezirkes Neukölln und Demonstranten der Maikundgebungen der KPD vor. Durch die aufgebrachte Menge in die Enge getrieben, verschossen die Polizisten mit Pistolen, Karabinern und Maschinengewehren über 10.000 Patronen. 33 Menschen wurden getötet, 198 weitere verletzt.<sup>167</sup> Von diesem Fall staatlich lizenzierter Polizeigewalt war es nur ein kleiner Schritt zur Integration polizeilicher Gewalt in der Nazizeit. Gewaltausübung durch die Polizei erscheint zunächst legitimiert durch die Aufgabe, Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten. Andererseits lässt ihr unterschiedliches Vorgehen im Rahmen rechtlicher Richtlinien gegen verschiedene Gruppen der Bevölkerung, diese Gewaltausübung in einem anderen Licht erscheinen. Wenn, wie im Fall von Beuthen, die Polizei mit rechten Gewalttätern sympathisierte oder während des Scheunenviertelpogroms selbst jüdische Bürger misshandelte, bestätigt sich die Vermutung, dass die Polizei keineswegs politisch neutral handelte, sondern antisemitisches Gedankengut die Amtsführung beeinflusste. Deutlich wurde dies bei der Behandlung der ostjüdischen Bewohner des Scheunenviertels, die des Öfteren Ziel polizeilicher Willkür waren. So wurde die alte Bestimmung, dass Passanten auf der Straße nicht stehenbleiben dürfen, weil dadurch der Verkehr behindert würde, oft schikanös von den Polizeibeamten angewendet. In der Mulackstraße, in der es kaum Verkehr gab, fuhren die Polizisten mit ihren Polizeiwagen in Gruppen zusammenstehender ostjüdischer Bürger, um sie auseinander zu treiben. Geschah dies nicht

---

<sup>166</sup> Vgl. dazu: Bessel, Richard: Militarisierung und Modernisierung: Polizeiliches Handeln in der Weimarer Republik. In: Luedtke, Alf (Hrsg.): „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“: Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/ Main 1992, S. 335.

<sup>167</sup> Vgl. dazu: Davis, Belinda: Polizei und Gewalt auf der Straße. Konfliktmuster und ihre Folgen im Berlin des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Luedtke, Alf/ Reinke, Herbert/ Sturm, Michael (Hrsg.): Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2011, S. 94.

schnell genug, wurden sie auch handgreiflich. 1923 wurde eine Gruppe Passanten nach dem Verlassen der Synagoge verhaftet, da sie stehengeblieben waren. Ein als Zeuge vernommener Polizist sagt später vor Gericht aus, der Revierhauptmann hätte angeordnet, stehenbleibende Passanten rund um die Grenadierstraße nicht mehr zum Weitergehen zu animieren, sondern sofort zu inhaftieren.<sup>168</sup> Später wurden die Inhaftierten wegen nicht gerechtfertigter Härte freigesprochen. In den ersten beiden Jahren der Weimarer Republik führte die Berliner Polizei in regelmäßigen Abständen Razzien im Scheunenviertel durch, angeblich um „Schieber“ ausfindig zu machen. Auffällig dabei war, dass immer gleich hunderte Personen festgenommen wurden, aber nur vereinzelte später auch in Haft blieben. So berichtete die *Allgemeine Zeitung des Judentums* am 07. Mai 1920: „Die Razzien im Scheunenviertel gehen weiter, obwohl das bisherige Ergebnis dieser Menschenjagden durchaus unbefriedigend war. Die Truppen sperren das erbeutete ostjüdische Wild in den Hof der Alexanderkaserne und können schließlich von 200 bis 300 Personen 3 bis 5 Prozent in Haft nehmen.“ Höhepunkt der Diskriminierung der ostjüdischen Scheunenviertelbewohner war dann aber das Scheunenviertelpogrom, als die Polizei erst mit großer Verspätung eintraf und dann auch noch, die zum Schutz der Bewohner herbeigeeilten Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten festnahm.

## **5. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF)**

### **5.1. Jüdische Soldaten und „Juden­zählung“ im Ersten Weltkrieg**

Nach der rechtlichen Gleichstellung der Juden war 1871 ein langer Emanzipationsprozess zum Abschluss gekommen. Das jüdische Bürgertum stand loyal zur neuen Regierung, man war zufrieden mit einem Staat, der im europäischen Vergleich nicht als rückständig oder diskriminierend empfunden wurde.<sup>169</sup> Trotzdem waren die Entfaltungsmöglichkeiten für

---

<sup>168</sup> Vgl. dazu: Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986, S. 348.

<sup>169</sup> Vgl. dazu: Sieg, Ulrich: Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe. Berlin 2001, S. 27.

Juden begrenzt. Obwohl es eine Verfassungszusage zur Gleichstellung der Juden gab, war es in Verwaltung und Heer fast unmöglich, diese durchzusetzen. Zwischen 1885 und 1910 leisteten zwanzig- bis dreißigtausend Juden ihren Dienst als „Einjährig-Freiwillige“, aber nicht ein jüdischer Bewerber wurde zum Reserveoffizier oder gar zum aktiven Offizier befördert.<sup>170</sup> Diese Ausgrenzungen waren auf die antisemitischen Vorurteile der meist adligen Offiziersriege und auf die, der meist aus dem Bürgertum stammenden Reserveoffiziere, zurückzuführen. Die Ersteren hegten von jeher eine Abneigung gegenüber religiösen Minderheiten und sahen die jüdischen Mitbürger als Fremdkörper in einem christlichen Staat. Gesellschaftlich nicht geachtet, wurden sie politisch entweder der linken oder der umstürzlerischen Opposition zu geschrieben. Außerdem wurden ihnen jegliche soldatische Fähigkeiten, wie Mut und Opferbereitschaft, abgesprochen. Anders sah es bei den meist aus dem Bürgertum stammenden Reserveoffizieren aus. Diese neigten eher zu extremem Nationalismus und zu den antisemitischen Bewegungen dieser Zeit. Sie waren anfälliger für die Strahlkraft des völkischen Rassenantisemitismus, da diese Gesellschaftsgruppe in den jüdischen Mitbürgern meist auch eine wirtschaftliche Konkurrenz sah. Im jüdischen Lager bedauerte man die Zurücksetzung in Staat und Heer, war aber der Meinung, Pflichterfüllung, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft wären ein Beweis dafür, dass Juden gute Staatsbürger, gute Patrioten und gute Soldaten seien und dass dies auch in Zukunft allgemein anerkannt werden würde. Für einen Reserveoffizier war es in dieser Zeit möglich, in sämtliche Staatsämter aufzusteigen. Aus diesem Grund stellte diese Karriere auch für jüdische Männer einen Anreiz dar. Während der „Befreiungs- bzw. Einigungskriege“ 1870/71 war es zeitweise für Juden auch in der Armee möglich, zumindest ein Stückweit aufzusteigen, wie zum Beispiel der Major Menno Burg während der „Befreiungskriege“.<sup>171</sup> In Friedenszeiten wurden diese Ausnahmen wieder zurückgenommen. Als Begründung wurde angeführt, dass christlichen Soldaten keine jüdischen Vorgesetzten zugemutet werden

---

<sup>170</sup> Vgl. dazu: Angress, Werner T.: Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen Nr. 1 (1976), S. 77.

<sup>171</sup> Vgl. dazu: Messerschmidt, Manfred: Juden im preußisch-deutschen Heer. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche Jüdische Soldaten. Von der Epoche der Emanzipation bis zum Zeitalter der Weltkriege. Potsdam 1996, S. 41.



könnten. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte sich diese Praktik zum wiederholten Mal.

Die deutsche Bevölkerung erlebte den Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit großer Begeisterung. Alle wollten dem Vaterland in der Stunde der Not beistehen. Der Begeisterungstaumel riss auch die jüdische Bevölkerung mit.

*„Ich bin als Deutscher ins Feld gezogen, um mein bedrängtes Vaterland zu schützen. Aber auch als Jude, um die volle Gleichberechtigung meiner Glaubensbrüder zu erstreiten.“*<sup>172</sup> Dieser Satz des Testaments des jüdischen Leutnants Zürndorfer spiegelte im August 1914 noch die Annahme der deutschen Juden wieder, ihr engagiertes Eintreten für das Vaterland würde die Integration der Juden voranbringen. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glauben rief die deutschen Juden in einem Flugblatt vom 1. August 1914 auf: *„[...]über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterland zu widmen!“*<sup>173</sup> Auch die orthodoxen<sup>174</sup> sowie die zionistischen<sup>175</sup> Vertreter bekannten öffentlich ihre Loyalität zur deutschen Nation und riefen zum freiwilligen Kriegsdienst auf. Der Kriegseinsatz wurde als notwendiger Verteidigungskrieg empfunden, der gleichzeitig die Möglichkeit schuf, die ständig von Pogromen bedrohten russischen und polnischen Glaubensbrüder zu befreien. Über 10.000 deutsche Juden meldeten sich freiwillig zum Kriegsdienst.<sup>176</sup> Die jüdischen Bürger begrüßten den Krieg in doppelter Form. Zum einen als deutsche Patrioten, zum anderen als deutsche Juden, die durch Pflichterfüllung, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft jeden Zweifel an ihrer nationalen Zuverlässigkeit zerstreuen wollten. Viele orientierten sich an dem Kaiserwort zum Burgfrieden: *„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur*

---

<sup>172</sup> Vgl. dazu: Walle, Heinrich: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Freiburg 1982, S. 14.

<sup>173</sup> Im deutschen Reich. Nr. 9 (September 1914).

<sup>174</sup> Zum Begriff der Orthodoxie vgl.: Breuer, Mordechai: Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871-1918. Die Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit. Frankfurt/ Main 1986, S. 342 f.

<sup>175</sup> Zum Begriff des Zionismus vgl.: Poppel, Stephen Murray: Zionism in Germany 1897-1933. The Shaping of a Jewish Identity. Philadelphia 1976, S. 77-83.

<sup>176</sup> Vgl. dazu: Berger, Michael: Eisernes Kreuz und Davidstern. Die Geschichte jüdischer Soldaten in deutschen Armeen. Berlin 2006, S. 142.

*noch Deutsche.*<sup>177</sup> In den ersten Kriegsmonaten sah es so aus, als ob diese Anstrengungen zum Erfolg führen würden.

In der Anfangszeit des Krieges wurden die Beschränkungen aufgehoben, die den Juden den Zugang zu hohen Stellen in Verwaltung und Militär versperrt hatten. Vor allem war es ihnen jetzt möglich, in der preußischen Armee zu Offizieren befördert zu werden. Allerdings hatte diese Möglichkeit nichts mit der Überwindung des im Offizierskorps weit verbreiteten Antisemitismus zu tun, sondern war allein der Tatsache geschuldet, dass bei Kriegsausbruch ein Mangel an Offizieren herrschte. Bedingt durch ein rapides Ansteigen der antisemitischen Stimmung, vor allem unter den Reserveoffizieren gab es bereits 1915 wieder einen dramatischen Rückgang an jüdischen Ernennungen zum Reserveoffizier.

Natürlich gab es auch kritische jüdische Stimmen, die keineswegs begeistert waren über den Kriegsausbruch wie die skeptischen Reaktionen Albert Ballins<sup>178</sup> oder Walther Rathenaus<sup>179</sup>, die sich beide gleichwohl in den Dienst des Reiches stellten.<sup>180</sup>

Bereits in den ersten Kriegsmonaten zeichnete sich eine antisemitische Stimmung ab, nachdem die anfängliche Begeisterung abgeebbt war und die militärischen Aktionen nicht den gewünschten Erfolg zeigten. In die Armee und in die übrige Bevölkerung kehrte die antijüdische Stimmung der Vorkriegsjahre zurück. Diese verschaffte den alldeutschen und völkischen Kreisen eine breite Basis und erhöhte ihr politisches Gewicht in verschiedenen Massenorganisationen wie dem Alldeutschen Verband, dem Bund der Landwirte oder dem Deutschnationalen Handlungs-

---

<sup>177</sup> Gesprochen von Kaiser Wilhelm II. während der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages am 04. August 1914 in Berlin. Vgl. dazu: Verhey, Jeffrey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft. Hamburg 2000, S. 262.

<sup>178</sup> Albert Ballin (1857-1918) war Generaldirektor der weltgrößten Reederei HAPAG und warnte vor dem Ersten Weltkrieg vor einem Wettrüsten zwischen Deutschland und Großbritannien. Er versuchte mehrfach ein deutsch-englisches Flottenabkommen herbeizuführen und gegen Ende des Krieges sollte er die Friedensverhandlungen mit den Westmächten übernehmen. Vgl. dazu: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 2000, S. 94.

<sup>179</sup> Walther Rathenau (1867-1922) war seit 1900 im Vorstand der AEG und baute ab 1914/15 die Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium auf. Vgl. dazu: Ebenda, S. 691.

<sup>180</sup> Vgl. dazu: Picht, Clemens: Zwischen Vaterland und Volk. Das deutsche Judentum im ersten Weltkrieg. In: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München 1994, S. 737.

gehilfenverein.<sup>181</sup> Die Kriegsbegeisterung der Deutschen, gleich welcher Konfession, schwand in dem Maße, wie der Krieg andauerte und die Schrecken des Krieges auf die Menschen zu wirken begann. Vereinzelt bereits im Herbst 1914, vermehrt jedoch gegen Ende 1915 erschienen Artikel in der konservativen bis völkischen Presse, in Broschüren, aber auch in verbalen Angriffen im Reichstag oder in verschiedenen Landtagen, in denen die deutschen Juden als „Drückeberger“<sup>182</sup> oder „Kriegsgewinnler“<sup>183</sup> betitelt wurden. Im August 1914 forderte der aggressiv-antisemitische Reichshammerbund seine Mitglieder und andere sympathisierende Verbände auf, Untersuchungen gegen Juden anzustrengen.<sup>184</sup> Jüdischen Unternehmen wurde vorgeworfen, Güter zurückzuhalten, um die Preise zu manipulieren. Es wurde unterstellt, viele jüdische Wehrfähige würden sich in Kriegsgesellschaften verschanzen<sup>185</sup> oder als Soldaten Posten in der Etappe<sup>186</sup> bekleiden.

Der Verband deutscher Juden (VdDJ) versuchte eine Gegendarstellung und übergab dem im Februar 1915 geschaffenen Büro für Statistik der Juden die Aufgabe, über Kriegseinsatz, Beförderungen und Auszeichnungen, aber auch über Verwundungen und Verluste im Kampf genaue Zahlen zu sammeln, um die Anschuldigungen widerlegen zu können. Da die Anzahl der Beschuldigungen und diskriminierenden Anschuldigungen gegen Juden immer weiter stieg, sah sich die Oberste Heeresleitung (OHL) gezwungen einzugreifen. Im Oktober 1916 erhielten die radikalen Antisemiten und die OHL Rückenwind durch den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger, der vor dem Haushaltsausschuss des Reichtages eine genaue Aufschlüsselung

---

<sup>181</sup> Vgl. dazu: Düwell, Kurt: Zur Entstehung der deutschen Antisemitenparteien in Deutschland und Österreich. In: Ginzler, Günther B. (Hrsg.): Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute. Bielefeld 1991, S. 176.

<sup>182</sup> Vgl. dazu: Ullrich, Volker: Drückeberger. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg. In: Schoeps, Julius H./ Schlör, Joachim (Hrsg.): Bilder der Judenfeindschaft. Antisemitismus, Vorurteile und Mythen. Augsburg 1999, S. 210–217.

<sup>183</sup> Vgl. dazu: Jochmann, Werner: Die Ausbreitung des Antisemitismus. In: Mosse, Werner E. (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923. Tübingen 1971, S. 415.

<sup>184</sup> Vgl. dazu: Messerschmidt, Manfred: Juden im preußisch-deutschen Heer. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche jüdische Soldaten. Von der Epoche der Emanzipation bis zum Zeitalter der Weltkriege. Potsdam 1996, S. 50.

<sup>185</sup> Ebenda, S. 425.

<sup>186</sup> Vgl. dazu: Michalka, Wolfgang: Zwischen Patriotismus und Judenzählung. Juden und Militär während des Ersten Weltkrieges. In: Ders./ Vogt, Martin (Hrsg.): Judenemanzipation und Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Eggingen 2003, S. 110.

der in den Kriegsgesellschaften tätigen Personen forderte.<sup>187</sup> Diese sollte getrennt nach Alter, Geschlecht, Einkommen und vor allem nach Religion vorgelegt werden. Die Regierung lehnte ein solches Ansinnen ab, die Heeresleitung jedoch ordnete mit Erlass von 01. November 1916 einen exakten Nachweis der beim Heer wehrpflichtigen sowie über die vom Waffendienst zurückgestellten oder für dienstuntauglich befundenen Juden an.<sup>188</sup> Begründet wurde dies mit der großen Zahl an eingegangenen Klagen über jüdische Drückebergerei. Mit dieser „Juden­zählung“ gewann der Antisemitismus zum ersten Mal seit Kriegsbeginn Einfluss auf die offizielle Politik. Es wurde festgestellt, dass der Anteil der jüdischen Soldaten an der jüdischen Bevölkerung dem Anteil insgesamt an der deutschen Gesamtbevölkerung entsprach. Die Auswirkungen dieser „Juden­zählung“ waren verheerend, zumal sich ihre Initiatoren weigerten, die Ergebnisse zu publizieren und damit den antisemitischen Spekulationen die Grundlage zu entziehen. Durch dieses Zurückhalten von Ergebnissen ergab sich für die Antisemiten die Möglichkeit zu behaupten, die Statistik würde aus Rücksicht auf die Juden nicht veröffentlicht. Die jüdischen Soldaten hatten das Nachsehen, der Traum eines gemeinsamen Miteinanders war verflogen und die antisemitischen Vorurteile in der Truppe hatten sich potenziert. Auch in der Heimat bekamen die antisemitischen Vorurteile neue Nahrung. Dort befand man sich auf jüdischer Seite in einer schwierigen Situation. Einerseits konnte man diesen Affront nicht hinnehmen, andererseits wollte man nichts unternehmen, was die Aussicht auf einen baldigen Sieg schmälern könnte. So wurde der Weg des stillen Protestes gewählt, der es Vertretern des deutschen Judentums ermöglichte, im Kriegsministerium vorzusprechen. Genützt hat dieser Versuch allerdings nichts, auch die Möglichkeit, über die Nichtzeichnung von Kriegsanleihen Druck auf die Regierung auszuüben, wurde vertan.<sup>189</sup>

Nach Friedensschluss nahm die Debatte um die jüdischen Kriegseleistungen ihren Fortgang. Das Stigma der „Drückebergerei“ blieb jedoch haften, trotz

---

<sup>187</sup> Vgl. dazu: Jochmann, Werner: Die Ausbreitung des Antisemitismus. In: Mosse, Werner E. (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Tübingen 1971, S. 425.

<sup>188</sup> Vgl. dazu: Ebenda, S. 425.

<sup>189</sup> Als am 07. Oktober 1916 Zeichnungsschluss für die fünfte Kriegsanleihe war, hatten sich wieder jüdische Bürger in einer großen Zahl daran beteiligt. Vgl. dazu: Rosenthal, Jacob: Die Ehre des jüdischen Soldaten. Die Juden­zählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen. Frankfurt/ Main 2007, S. 68.

vielfach erbrachter Gegenbeweise<sup>190</sup>. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Leistungen anerkannt, für viele Veteranen kam diese Ehrenrettung aber zu spät.

Obwohl die militärische Niederlage sich lange angekündigt hat, warf sie einen langen Schatten auf den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Bereits am Beginn der Weimarer Republik spielten antisemitische Motive bei der Erörterung der „Kriegsschuldfrage“ eine herausragende Rolle. Die Juden wurden als die allgemeinen Nutznießer des Zusammenbruchs und als Teil einer weltumfassenden Verschwörung dargestellt. Der Historiker und Schriftsteller Golo Mann sagte über diese ersten Jahre der Weimarer Republik: *„Die ungeheure moralische Verwilderung im Zeichen der Niederlage, die folgende totale Verarmung und Deklassierung vieler Millionen Menschen durch die Inflation, Vorgänge, die über den Verstand der meisten durchaus hinausgingen, haben dem Ruf ‚Die Juden sind unser Unglück‘ zum ersten Mal ein starkes Echo verschafft.“*<sup>191</sup> Trotz der Stigmatisierung als „Sündenböcke“ für die Niederlage versuchten viele jüdische Bürger sich mit den Gegebenheiten der Weimarer Republik zu arrangieren.<sup>192</sup> Um die heroischen Kriegseleistungen der jüdischen Soldaten zu würdigen und dieses Stigma zu widerlegen wurden von den Überlebenden des Krieges Veteranenverbände wie der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten gegründet.

---

<sup>190</sup> So gab der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mehrere Bücher über die Leistungen jüdischer Kriegsteilnehmer heraus und veröffentlichte die Namenslisten aller bekannten jüdischen Soldaten des Krieges. Allein von dem 1925 erschienen Buch von Felix A. Theilhaber über „Jüdische Flieger im Weltkrieg“ wurde in den ersten Wochen 6.000 Exemplare vertrieben. Vgl. dazu: Schulz, Jürgen Michael: Die Zeitschriften *Der Schild* und *Jüdische Front*: Ansätze für die Formation eines deutsch-jüdischen und österreichisch-jüdischen konservativen Milieus in Deutschland und Österreich. In: Grunewald, Michel/ Puschner, Uwe (Hrsg.): Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960). Bern 2003, S. 257.

<sup>191</sup> Mann, Golo. Zit. nach: Berger, Michael: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Abwehrverein und Interessenvertretung. In: Kleine-Kranenburg, Andreas (Hrsg.): Jüdische Soldaten in deutschen Armeen. Berlin 2008, S. 61.

<sup>192</sup> Vgl. dazu: Sieg, Ulrich: Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe. Berlin 2001, S.108.

## 5.2. Gründung und Aufbau des Reichsbundes 1919 - 1923

Am 08. Februar 1919 wurde der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF), der sich in der Anfangszeit noch Vaterländischer Bund jüdischer Frontsoldaten nannte, in Berlin gegründet.<sup>193</sup> Ursprünglich gedacht als Zusammenschluss aller Frontsoldaten, gleich welcher Konfession, musste sein Gründer, Reserve-Hauptmann Dr. Leo Löwenstein<sup>194</sup>, jedoch schnell einsehen, dass ein überkonfessioneller Verein unmöglich war, da nichtjüdische Veteranen nicht Mitglied werden wollten.<sup>195</sup> Auch von jüdischer Seite gab es Einwände gegen einen Verein mit militärischem Charakter, zudem wurden rein jüdische Vereine nicht gern gesehen, da es die Absonderung gegenüber den Nicht-Juden verstärkte.<sup>196</sup> Hauptaufgabe des Bundes sollte die Abwehr des Antisemitismus sein. Vor allem der Vorwurf, dass Juden während des Krieges „Drückeberger“ gewesen seien und sich nicht in dem Maß am Kriegsdienst beteiligt hätten, wie der prozentuale Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung betrug, sollte widerlegt werden. Voraussetzung für die Aufnahme als Mitglied war, als aktiver Frontkämpfer im Krieg gedient zu haben. Der Gründungsaufruf, den 51 ehemalige Soldaten unterschrieben hatten und der anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Bundes im Februar 1929 noch einmal in der vereinseigenen Zeitung *Der Schild* abgedruckt wurde, wies als weitere Aufgabe die Wiederherstellung der Ehre als Deutsche und

---

<sup>193</sup> Der Schild. Nr. 67 ( 08. Februar 1929).

<sup>194</sup> Leo Löwenstein wurde am 08. Februar 1879 in Aachen geboren. Nach seiner Schulzeit studierte er Chemie, Elektrotechnik und Physik und spätere Promotion in Chemie. Eine Erfindung bei der großtechnischen Herstellung von Wasserstoffsuperoxid, dass zum Beispiel für die Raketenantriebstechnik wichtig ist, ebnete seinen Weg als Wissenschaftler. Als Einjährig-Freiwilliger in einem Bayrischen Regiment zum Reserve-Leutnant ernannt, kämpfte Leo Löwenstein im Ersten Weltkrieg in einem Nachrichten-Bataillon. 1916 wurde er dort zum Hauptmann der Reserve befördert. In dieser Zeit erfand er das sogenannte „Schallmessverfahren“, mit dem es möglich war, den Standort einer Schallquelle, zum Beispiel einer feuernden Kanone, festzustellen. 1929 erarbeitete er in Zusammenarbeit mit der Reichswehr, ein Arbeitsprogramm zur Durchführung von Versuchen auf dem Gebiet gelenkter Raketen, dass später von Wernher von Braun weitergeführt und zur Entwicklung der V 2-Rakete führte. In der Zeit von 1900-1942 wurden ihm 25 Patente erteilt, aus patriotischen Gründen verzichtete er auf die militärischen. 1943 wurde Leo Löwenstein mit seiner Frau in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, nach dem Krieg lebten sie in Schweden, Norwegen und der Schweiz. Am 13.11.1956 starb Leo Löwenstein während einer Israelreise und wurde dort begraben. Vgl. dazu: Brandt, Leo (Hrsg.): *Forschen und Gestalten. Reden und Aufsätze von Leo Löwenstein 1930-1962*. Köln 1962, S. 645-651.

<sup>195</sup> Der Schild. Nr. 67 (08. Februar 1929).

<sup>196</sup> Ebenda.

Juden aus. Man wolle „den Verleumdern im politischen, wirtschaftlichen und geselligen Leben, überall wo es geboten ist, mit allen erlaubten Mitteln mannhaft die Stirn bieten“.<sup>197</sup> Leo Löwenstein formulierte die Aufgaben des Bundes so: „Wenn man in einem Satz die Aufgabe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten umreißen will, so sage man: Der R.j.F. will, daß in unserer uns durch Jahrhunderte angestammten deutschen Heimat, für die wir gekämpft haben, und für die und um die wir immer kämpfen werden, unsere junge jüdische Generation in einer für Deutschland wie für uns selbst würdigen Weise eingegliedert wird.“<sup>198</sup>

Eine weitere Aufgabe des Bundes war die Kameradschaftspflege sowie die Hilfe für Bedürftige. Besonders betont wurde die unbedingte Neutralität gegenüber jeglicher Parteipolitik, die während der gesamten Dauer des Bestehens des Bundes immer wieder von innerjüdischer und nichtjüdischer Seite attackiert und auch im Bund selbst immer wieder kontrovers diskutiert wurde.<sup>199</sup> Der Bund umfasste im gesamten Reich etwa 200 Ortsgruppen, die zu 16 Landesverbänden (wie Bayern oder Württemberg) oder zu Provinzialverbänden (wie Brandenburg, Schlesien oder Ostpreußen) zusammengeschlossen waren. In den ersten Jahren wuchs der Bund nur sehr langsam. Im Jahr 1921 erreichte der Reichbund eine Mitgliederzahl von 15.000 Veteranen, 1923 bestanden hundert Ortsgruppen. Seine höchste Mitgliederzahl erreichte der Bund 1926 mit ca. 40.000 Mitgliedern.<sup>200</sup> Die Bundesleitung mit Sitz in Berlin, Burgstraße 26, gliederte sich in sechs Unterabteilungen. Die Abteilung „Bundespolitik und Wirtschaftshilfe“ beschäftigte sich mit Fragen der jüdischen Stellung in Deutschland, mit den Beziehungen zur Reichswehr und zu anderen militärischen Verbänden, mit innerjüdischen Fragen sowie mit Wirtschaftspolitik. Die Abteilung „Kriegsopferversorgung“ betreute Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Das „Berufs- und Bildungswesen“ kümmerte sich um Schul-, Lehr- und Universitätsfragen, um Berufsumschichtung, um Siedlung und um den Arbeitsdienst. In der Abteilung „Sport und Jugendpflege“ war der Sportbund

---

<sup>197</sup> Aus dem Gründungsaufwurf des RjF, noch einmal zum zehnjährigen Jubiläum des Bundes abgedruckt in: Der Schild. Nr. 27 (05. Juli 1929).

<sup>198</sup> Vgl. dazu: Löwenstein, Leo: Die Linie des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. In: Ders./Hirschberg, Alfred (Hrsg.) : Wille und Weg des deutschen Judentums. Berlin 1935, S. 7.

<sup>199</sup> Ebenda. S. 7.

<sup>200</sup> Vgl. dazu: Bericht des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

angesiedelt, sowie der Geländesport, die eigene Jugendpflege und fremde Jugendverbände. Die „Presse- und Propagandaabteilung“ gab den *Schild* heraus, war zuständig für die Außenpropaganda, fremde Presse und die Gedenkbücher. Als letzte Abteilung stand die „Bundesorganisation“ der Bundesleitung, der Bundesgeschäftsstelle, den Landesverbänden und Ortsgruppen vor.<sup>201</sup> Geleitet wurde der RjF während seines gesamten Bestehens vom Bundesvorsitzenden, Dr. Leo Löwenstein. Ihm beigeordnet waren seine beiden Stellvertreter sowie sechs Beisitzer. Die Hauptaufgaben der Bundesleitung bestanden in der Führung der laufenden Geschäfte, der Berufung der Hauptversammlung, der Sorge für die Durchführung ihrer Beschlüsse und in der Verwaltung des Bundesvermögens.<sup>202</sup>

Die Hauptversammlung setzte sich aus den Delegierten der Landesverbände und den Mitgliedern des Bundesvorstandes zusammen, und war das zweite Leitungsorgan des Bundes neben der Bundesleitung. Ihre Aufgabe bestand im Festsetzen eines Mindestbeitrages, den jede Ortsgruppe pro Mitglied an die Bundeskasse abzuführen hatte sowie in der alle zwei Jahre stattfindenden Wahl der Bundesleitung.<sup>203</sup>

Die Natur des Reichbundes als ein Zusammenschluss ehemaliger Soldaten brachte es mit sich, dass eine militärische Hierarchie eingehalten wurde. Bei der Umsetzung von Beschlüssen der Bundesleitung war Disziplin Voraussetzung. Zwar hatten die Ortsvereine durch das Einsenden monatlicher Berichte ein gewisses Maß an Mitbestimmung, die gefassten Beschlüsse wurden aber nicht mit den Mitgliedern diskutiert.

Die Berliner Ortsgruppe, die aufgrund der Mitgliederstärke auch den Status eines Landesverbandes hatte, gewann rasch neue Mitglieder, bereits im ersten Jahr wuchs die Zahl von dreißig auf zweihundert. Bis 1924 war die Mitgliederzahl auf fünftausend angestiegen.<sup>204</sup> Die Ortsgruppen innerhalb Berlins wurden in die Bezirke Norden, Osten, Süden, Zoo, Stadtpark, Charlottenburg sowie Moabit eingeteilt, an deren Spitze jeweils ein

---

<sup>201</sup> Vgl. dazu: Das Organisationsschema des RjF aus dem Jahr 1933, also nach der Umstrukturierung. CJA, 1, 75 D Gr 1, Nr. 7, #13319, Bl. 681.

<sup>202</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 34.

<sup>203</sup> Vgl. dazu: Ebenda, S. 35.

<sup>204</sup> Vgl. dazu Bericht des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.



Bezirksleiter stand.<sup>205</sup> Die Bezirke waren je nach Größe in mehrere Gruppen unterteilt, die je von einem Gruppenführer geleitet wurden und ihren Namen von der Stadtgegend oder einer Straße ableiteten. Im Jahr 1923 wurde die Ortsgruppe Groß-Berlin durch Dr. Alfred Wiener geleitet.

Über die Berufsstruktur der Mitglieder lässt sich nicht viel sagen, da es keine vollständigen Mitgliederlisten gibt. Anhand der noch vorhandenen Unterlagen kann man aber ablesen, dass es sich zumindest in den Führungspositionen um Kaufleute, Juristen und Ärzte gehandelt haben dürfte. 1924 setzte sich die Bundesleitung aus einem Chemiker, einem Geheimen Justizrat, zwei Lehrern und einem Kaufmann zusammen. Die Leitung der Ortsgruppe Groß-Berlin bestand aus einem Syndikus, einem Rechtsanwalt, einem Buchdruckereibesitzer sowie zwei Kaufleuten.<sup>206</sup> Man kann also sagen, die Berufsstruktur entsprach in etwa der gesamtdeutschjüdischen, bei der die mittelständischen und freien Berufe vorherrschend waren.

Ein Mittel zur internen Kommunikation war die 1921 gegründete Bundeszeitung *Der Schild*.<sup>207</sup> Schon allein die Wahl des Namens sollte ein Zeichen sein, als Organ eines Krieger- und Abwehrvereins. Die Zeitung begann als Monatsblatt, erschien während der 1920er Jahre in der Regel zweimal im Monat, manchmal sogar wöchentlich. Auf der ersten Seite stand meist ein Leitartikel, in dem die Sicht des Bundes auf eine aktuelle politische Entwicklung dargestellt wurde. Ein Aufsatz zu einem Schwerpunktthema, oft in Fortsetzungen gedruckt, schloss sich an. Mehrere Seiten waren für Bekanntmachungen und Nachrichten der Bundesleitung, der Landes- und Ortverbände reserviert. Kriegserinnerungen und militärische Aufsätze sowie mehrere Seiten Anzeigen komplettierten die Zeitung. Getreu den Statuten des Bundes sollten die Artikel politisch, aber nicht parteipolitisch sein. Die publizistische Abwehr antisemitischer Angriffe durch Gegendarstellungen, um die Position der ehemaligen jüdischen Frontsoldaten in der Öffentlichkeit zu stärken, war ein Hauptziel der Arbeit.

---

<sup>205</sup> Vgl. dazu: Ebenda.

<sup>206</sup> Vgl. dazu: Ebenda.

<sup>207</sup> Vgl. dazu: Schulz, Jürgen Michael: Die Zeitschriften *Der Schild* und *Jüdische Front*: Ansätze für die Formation eines deutsch-jüdischen und österreichisch-jüdischen konservativen Milieus in Deutschland und Österreich. In: Grunewald, Michel/ Puschner, Uwe (Hrsg.): Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960). Bern 2003, S. 239.

In vielen Artikeln sollten konservative Vorstellungen und Grundwerte vermittelt werden. Dabei stand die Vorstellung einer Gesellschaft, in der militärische Tugenden wie Disziplin, Treue oder körperliche Ertüchtigung dominieren, im Mittelpunkt der Berichterstattung. Der Wert eines Menschen wurde bestimmt durch die ihm zugeschriebenen Eigenschaften wie Mut, Tapferkeit, Ehre und Vaterlandsliebe.

Im Kampf gegen den Antisemitismus bediente sich der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten seiner Zeitung, in dem er dort das Bild des Juden als Kämpfer besonders hervorhob. Der selbstlos kämpfende Jude war das genaue Gegenteil der Stereotypen, die die antisemitische Propaganda verbreitete. Diverse Artikel mit den Titeln „*Juden im Weltkrieg*“<sup>208</sup> oder „*Drückeberger*“<sup>209</sup> behandelten das gemeinsame Kriegserlebnis als Teil der kollektiven Erinnerung und sollten den Zusammenhalt unter den Mitgliedern stärken. Zum anderen sollten Artikel wie „*Die Juden als Soldaten*“<sup>210</sup> oder „*Das Militärwesen in Alt-Israel*“<sup>211</sup> den Beweis erbringen, dass die deutschen Juden nicht minderwertig seien, wie von der radikalen Presse immer wieder propagiert wurde.

Einen viel schlagkräftigeren Beitrag zur Abwehr des Antisemitismus leistete der jüdische Selbstschutz des Reichsbundes, auch Abwehr (A.W.) genannt. Wann genau diese Abwehrgruppe ins Leben gerufen wurde, lässt sich nicht mehr feststellen, da sie häufig Aufgaben am Rand der Legalität wahrnahm und der Reichsbund verständlicherweise kein Interesse an zu viel öffentlicher Aufmerksamkeit hatte. Aus einem Kommentar Löwensteins ist ersichtlich, dass einige spätere Mitglieder des Reichsbundes an Aktionen der Freikorps in Schlesien beteiligt waren<sup>212</sup> oder sich in Einwohnerwehren engagierten.<sup>213</sup> Fest steht, dass die Selbstwehr in Zusammenarbeit mit dem Centralverein und anderen jüdischen Organisationen, wie z.B. zionistischen Jugendgruppen gegründet wurde.<sup>214</sup> Seinen wohl ersten großen Einsatz

---

<sup>208</sup> Der Schild. Nr. 4 (31. Januar 1927).

<sup>209</sup> Der Schild. Nr. 4 (25. Januar 1929).

<sup>210</sup> Der Schild. Nr. 5 (01. März 1925).

<sup>211</sup> Der Schild. Nr. 48 (28 November 1927).

<sup>212</sup> Der Schild. Nr. 15 (15. August 1933).

<sup>213</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S.45.

<sup>214</sup> Vgl. dazu: Barkai, Avraham: „Wehr dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938. München 2002, S. 117.

hatte die Selbstschutztruppe während des Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920, als die jüdischen Bürger während der fünf Tage andauernden Unruhen, antisemitischen Angriffen ausgesetzt waren. Die durch Studenten verstärkte Abwehr des Reichsbundes versuchte vor allem die jüdischen Bewohner im Scheunenviertel zu schützen. Dieser Einsatz gab vermutlich den Anstoß zum Aufbau einer dauerhaften Abwehrgruppe innerhalb des Reichsbundes. Für die Mitte des Jahres 1923 sind A.W.-Gruppen in mehreren Städten wie Königsberg, Breslau und Kassel nachweisbar.<sup>215</sup> In Breslau war es Anfang Juni 1923 zur Gründung einer Selbstschutzgruppe gekommen, zu der 620 Personen zählten. Im Monatsbericht vom November 1923 berichtet der Reichsbund-Landesverband Schlesien an die Bundesleitung in Berlin, dass die Breslauer „A.W. im letzten Monat stark zugenommen“ habe und eine „rege Tätigkeit“ zeige.<sup>216</sup> Zu diesen Tätigkeiten gehörten an Freitagen und Samstagen regelmäßige Patrouillen durch die Stadt. Als auf einer dieser Kontrollfahrten eine Gruppe von völkischen Randalierern dabei beobachtet wurde, wie sie in einer „stark jüdisch bewohnten Gegend“ in ein jüdisches Restaurant eindrangen, konnte die Patrouille die Polizei rufen, die die Eindringlinge festnahm. Die zum Aufgabengebiet der A.W. gehörende Bewachung der Synagogen verhinderte in Breslau, dass eine Synagoge mit antisemitischen Flugblättern beklebt wurde. Eine weitere Aufgabe der Abwehr war der Saalschutz eigener Versammlungen bzw. der Schutz von Versammlungen jüdischer Organisationen, die diesen dann vom RjF anforderte. Das Stören antisemitischer Reden z.B. bei Versammlungen der Deutschnationalen Volkspartei sowie das Abreißen von antisemitischen Plakaten besonders zu Wahlzeiten gehörte ebenfalls zum Aufgabebereich der Abwehr. Bei solchen Aktionen kam es auch immer wieder zu Zusammenstößen mit gegnerischen Gruppen.<sup>217</sup> Dass die Abwehrgruppen im gesamten Reich bereits eine größere Anzahl erreicht habe mussten,

---

<sup>215</sup> Vgl. zu Königsberg: Anlage b des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

Zu Breslau: Anlage e des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

Zu Kassel: Der Schild Nr. 9 (26.04.1929).

<sup>216</sup> Anlage e des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

<sup>217</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S.60.

beweist ein Antrag zur Hauptversammlung des Bundes vom 09. August 1923, in dem es um die Zusammenfassung sämtlicher Abwehrorganisationen des Bundes sowie einer einheitlichen Benennung der Ortsgruppen geht.<sup>218</sup> Die A.W.-Gruppe Berlin wurde vermutlich auch im Verlauf des Jahres 1923 gegründet und war analog zum Aufbau der Ortsgruppe Berlin des Reichsbundes in Abwehrbezirke gegliedert. Diese waren wiederum in Wachlokale aufgeteilt. Die einzureichenden Berichte der Bezirksabwehrleiter waren an die „A.W.-Leitung Groß-Berlin“ zu richten. Entsprechend ihrem militärischen Hintergrund waren die Terminologie und die Arbeit der A.W.-Gruppen. So wurde in einem Schreiben des A.W. Leiters von „Alarm“, „Lebensmittelausgabe“ sowie von „Bewachung“ gesprochen.<sup>219</sup> In einem Bericht des *Schild* vom September 1923 wird von einem Ausflug der A.W. Berlin nach Fürstenwalde berichtet, bei der die Gruppe in Marschformation und alte Kampflieder singend, durch den Ort gezogen war.<sup>220</sup> Die einzelnen Abwehrgruppen waren bewaffnet, auch wenn man sicher sein kann, dass dies im Angesicht der zahlenmäßigen Übermacht der „Feinde“ eher eine symbolische Geste war. Man wollte seinen Gegnern zeigen, dass man bewaffnet und bereit zum Kampf war. Im Bericht des Polizeipräsidenten vom Frühjahr 1924 zum angestrebten Verbot des Reichsbundes als bewaffneter Kampforganisation ist von einer Versammlung am 23. Oktober 1923 die Rede, in der es um eine „*neue Zusammenstellung des Kampfbundes und Waffenverteilung*“ ging.<sup>221</sup> Bei einer im Zuge des Verbotsverfahrens durchgeführten Hausdurchsuchung wurden in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe Groß-Berlin zehn neue Mauserpistolen mit 100 Patronen Munition sowie 40 Gummiknüppel beschlagnahmt.<sup>222</sup> Belege zeigen, dass von Seiten des Reichsbundes versucht wurde, weitere Waffen zu beschaffen.<sup>223</sup>

---

<sup>218</sup> Anlage f des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

<sup>219</sup> Anlage k des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

<sup>220</sup> Der Schild. Nr. 17 (September 1923).

<sup>221</sup> Vgl. dazu: Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA zur Auflösung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

<sup>222</sup> Vgl. dazu: Ebenda.

<sup>223</sup> Anlagen p und q des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

Bereits Anfang 1923 errang der Reichsbund einen kleinen Sieg gegen den Antisemitismus. Am 20. Juni 1922, vier Tage vor der Ermordung Walther Rathenaus, fand eine Versammlung der Deutschsozialen Partei<sup>224</sup> statt, auf der der Parteisekretär der Partei, Scheibler, schwere antisemitische Äußerungen und Hetzreden vortrug, die in dem Satz endeten: *„Kampf den Juden, auch wenn der Gegner sein Leben dabei lassen müßte.“*<sup>225</sup> Der Leiter der A.W., Paul Toller, der im Saal zugegen war, zeigte den Redner daraufhin an. Bei dem im Februar 1923 stattfindenden Prozess gegen Scheibler, bei dem Toller Nebenkläger war, wurde dieser zu 10.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf die Frage des Richters an Toller, in wie weit er sich in diesem Fall berufen fühle, antwortete Toller, dass er als Mitglied des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, als ein Mann, der für sein Vaterland viermal schwer verwundet wurde, wohl ein Anrecht darauf habe, dagegen aufzutreten, wenn er als Jude aufs Schwerste beleidigt wurde.<sup>226</sup>

Unter dem von Dr. Ludwig Holländer<sup>227</sup> geprägten Motto: *„Stiefkinder müssen besonders artig sein“* initiierte der Reichsbund ab 1922 einen Maßnahmenkatalog zur Vermeidung öffentlichen Luxus' sowie für gute Manieren, das Selbstzuchtprogramm. Damit wollte man den Topos des Juden als „Kriegsgewinnler“ widerlegen. Der Reichsbund versuchte seine jüdischen Mitbürger vor allem in den Großstädten und in den Seebädern dazu zu bewegen, in Zukunft „bescheidener“ aufzutreten. In einem Aufruf vom Dezember 1921 heißt es dazu: *„Ihr aber, die mit uns fühlt, KÄMPFT MIT UNS! Jeder wirke ernstlich in seinem Bereiche, auf daß kein deutscher Jude seinem deutschen Vaterlande und seinem Judentum Unehre mache zur hämischen Freude boshafter Gegner. Ruft jenen zu: Heraus aus den Gaststätten der Völlerei! Fort aus dem Taumel wahnwitziger Vergnügungen! Herunter mit dem eitlen Tand! ZURÜCK ZUR EINFACHHEIT UND ZUM*

---

<sup>224</sup> Eigentlich existierte die DSP bereits seit 1918 nicht mehr, möglich, dass der Artikel eine andere nationalistische Partei meint.

<sup>225</sup> Der Schild. Nr. 15 (Februar 1923).

<sup>226</sup> Ebenda.

<sup>227</sup> Ludwig Holländer (1877-1936) war Vorsitzender des Kartell-Convents der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens, später Direktor des CV Berlin. Außerdem Chefredakteur der CV-Zeitung und Gründer des Philo-Verlages. Vgl. dazu: Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. München/ New York/ London/ Paris 1988, S. 161.

*LEBENSERNST!*<sup>228</sup> Die Frauen wurden angehalten, weniger Schmuck zu tragen, jüdische Schauspieler sollten keine Witze mehr über Juden machen. In Synagogen ausgelegte Flugblätter entsprachen vom Inhalt her dem Aufruf des Reichsbundes.<sup>229</sup> Noch einen Ton schärfer war das Flugblatt vom Februar 1923, als angesichts der desolaten innenpolitischen Lage des Reiches und der Ruhrbesetzung durch französische Truppen sich auch die antisemitische Propaganda verschärfte. Inhaltlich bezogen auf den vorherigen Aufruf hieß es dazu: *„Wir fordern Sie nachdrücklich auf: In allem Ihrem Tun sich des Anstandes, der Einfachheit und des Lebensernstes zu befleißigen und nicht ein Gebaren an den Tag zu legen, das dem Judentum schadet. Gerade in unserer bitterernsten Zeit harter Bedrängnis wirkt jeder geschmacklose Luxus wie eine Herausforderung sittlich reiner Kräfte! Wer durch sein Verhalten der Allgemeinheit des deutschen Judentums Schaden zufügt, mit dem wird außer unseren Gegnern auch abrechnen Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.“*<sup>230</sup> Diese doch sehr starken Worte können jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der Reichsbund als noch relativ unbekanntes jüdische Organisation nicht in der Position war, seinen jüdischen Mitbürgern Verhaltensvorschriften machen zu können.

Eine große Zahl von Reichsbundmitgliedern war auch in anderen Veteranenvereinen tätig. Der 1918 in Magdeburg gegründete Stahlhelm zwang seine jüdischen Mitglieder 1924 zum Austritt unter dem Hinweis, dass nur Deutsche Mitglied im Stahlhelm sein könnten. Die Gründer des Stahlhelms wollten eine Organisation schaffen, in der Herkunft, Klasse oder Glaubensbekenntnis keine Rolle spielen sollten. Aus diesem Grund traten auch viele jüdische Veteranen dem Stahlhelm bei. Mit steigenden Mitgliederzahlen verbreiteten sich bald auch antisemitische Ansichten im Verein. Nach mehreren Versuchen, einen „Arierparagraphen“ in den Statuten zu verankern, wurde dieser 1924 angenommen und die jüdischen Mitglieder verließen nach und nach den Stahlhelm.<sup>231</sup>

---

<sup>228</sup> Der Schild. Nr. 8 (Dezember 1921).

<sup>229</sup> Vgl. dazu: Memoiren Adolph Asch. Leo Baeck Institut, Archiv Jüdisches Museum Berlin. LBIJMB MM3 Adolph Asch Collection.

<sup>230</sup> Der Schild. Nr. 15 (Februar 1923).

<sup>231</sup> Vgl. dazu: Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935. Düsseldorf 1966, S. 65f.

Im 1924 gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (RB SRG)<sup>232</sup> waren hingegen viele jüdische Männer Mitglied. Bereits für einige Vorläuferorganisationen des Reichsbanners lassen sich in verschiedenen Städten, wie Bremen oder Hamburg, Beteiligungen von Mitgliedern des RjF nachweisen bzw. gehörten in Hamburg Mitglieder des Reichsbundes zu den Gründungsmitgliedern des Reichsbanners.<sup>233</sup> Die Saalschutzformation des Hamburger Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten<sup>234</sup> trat vermutlich bei Gründung des Reichsbanners diesem geschlossen bei und bildete innerhalb des Reichsbanners eine eigene jüdische Wehrgruppe. Bei der Fahnenweihe der Kameradschaft jüdischer Frontsoldaten hielt der Vorsitzende des Hamburger RjF, Dr. Siegfried Urias, die Festrede. Der CV protestierte gegen einen solchen „Separatismus“ und nahm auf den RjF Einfluss, damit diese Gruppe nicht mehr als jüdische Gruppe in Erscheinung trat. Trotzdem blieb eine offene Zusammenarbeit des CV bzw. des RjF mit dem Reichsbanner eher eine Ausnahme, da diese von antirepublikanischen Stellen argwöhnisch beobachtet wurde und antisemitischen Propagandisten reichlich Stoff lieferte. Der Berliner RjF hielt sich sehr viel strenger an die eigenen Richtlinien, die eine strikte Neutralität gegenüber innerjüdischer Politik oder innerdeutschen Politik vorsahen. Hier ist keine Zusammenarbeit jeglicher Art weder mit Vorläufervereinen noch mit dem gegründeten Reichsbanner feststellbar.

Im Rahmen der Abwehrtätigkeit arbeitete der Reichsbund auch eng mit anderen jüdischen Organisationen zusammen. Viele der Mitglieder des Reichsbundes waren schon in anderen jüdischen Organisationen wie dem Centralverein aktiv, wie z.B. Dr. Alfred Wiener, der sowohl Syndikus des Centralvereins war als auch aktiv und in Führungsposition Mitglied des RjF. Oft versuchten Mitglieder, wie Kurt Sabatzki, Syndikus des CV Leipzig und Mitglied des RjF, gleichzeitig für beide Organisationen neue Ortsgruppen zu

---

<sup>232</sup> Als das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Februar 1924 in Magdeburg gegründet wurde, konnte es auf eine Vielzahl Vorgängerorganisationen zurückblicken. Ursprünglich von SPD-Mitgliedern gegründet, stand der Verein allen republikanischen Kriegsveteranen offen. Überparteilich stand das Reichsbanner jedoch der SPD, der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und dem katholischen Zentrum nahe. Vgl. dazu: Ziemann, Benjamin: Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924-1933. Bonn 2011.

<sup>233</sup> Vgl. dazu: Thoury, Jakob: Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte. Gerlingen 1997, S. 97.

<sup>234</sup> In Hamburg behielt die Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten ihren ursprünglichen Namen bei. Vgl. dazu: Ebenda. S. 94.

bilden.<sup>235</sup> Eine frühe Zusammenarbeit mit zionistischen Organisationen wie der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) ist nicht belegbar, Anfragen hat es aber gegeben. Eine Beschwerde des Berliner Büros des ZVfD an den RjF vom 07. Juni 1923, in der es um eine Körperverletzung an einem zionistischen Diskussionsredner während einer Versammlung des CV durch ein Mitglied des Saalschutzes ging, beweist, dass der Reichsbund sich an zionistische Organisationen mit der Bitte wandte, zusammen zu arbeiten.<sup>236</sup> Unabhängig von der Zusammenarbeit der Organisationen gab es viele zionistische Mitglieder des Reichsbundes. Ein prominentes Mitglied war Herrmann Badt, der als SPD-Mitglied im Preußischen Landtag und später im Reichstag saß.<sup>237</sup>

Ein weniger enges Verhältnis hatte man mit dem Verband nationaldeutscher Juden (VnJ) unter der Führung von Max Naumann. Dieser 1921 gegründete Verein verließ den CV und ordnete sich in politischer Hinsicht auf der rechten Seite ein.<sup>238</sup> Viele Mitglieder des VnJ waren auch Mitglieder des Reichsbundes, wenn sich auch immer mehr herausstellte, dass ihnen die Positionen des RjF nicht vaterländisch genug waren. Außerdem mochte man die zahlreichen zionistischen Mitglieder des Reichsbundes nicht. Die Tatsache, dass man von Seiten des VnJ wenig bis gar keinen Einfluss auf die Belange des Reichsbundes nehmen konnte, trug auch nicht zum besseren Miteinander bei. Dies zeigte sich besonders bei einer großen Kundgebung des Reichsbundes zum Thema „*Die Juden im Heere*“, zu der Max Naumann nicht eingeladen wurde.<sup>239</sup> Der Hauptredner des Abends, Paul Nathan vom Hauptvorstand des CV, erklärte den Beschluss, Naumann nicht einzuladen, damit, dass der Reichsbund „*keinen Mann in seiner Mitte dulden könne, der den meisten deutschen Juden den Patriotismus abspreche.*“<sup>240</sup> Völlig konform waren der RjF und der VnJ jedoch in der Frage des

---

<sup>235</sup> Vgl. dazu: Caplan, Greg: *Wicked Sons, German Heroes. Jewish Soldiers, Veterans, and Memories of World War I in Germany.* Saarbrücken 2008, S. 116f.

<sup>236</sup> Anlage a des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

<sup>237</sup> Vgl. dazu: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): *Neues Lexikon des Judentums.* Gütersloh 2000, S. 91f.

<sup>238</sup> Vgl. dazu: Zimmermann, Moshe: *Die deutschen Juden 1914-1945.* München 1997, S. 32.

<sup>239</sup> Vgl. dazu: *Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden e.V.* Nr. 4 (April 1922).

<sup>240</sup> Vgl. dazu: Hambrock, Matthias: *Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921-1935.* Köln 2003, S. 239f.



Selbstzuchtprogrammes. Vergnügungs- und Verschwendungssucht durch Juden, insbesondere jüdischen Frauen, seien angesichts des gesellschaftlichen Elends und der Trauer um die Kriegstoten, unverantwortlich, ließ man übereinstimmend wissen.

Im Rahmen des Prozesses gegen die Reichbundmitglieder, der als Nachspiel auf den Scheunenviertelpogrom folgte, wurde noch einmal thematisiert, dass nicht alle Mitglieder der A.W. auch Mitglieder des Reichsbundes waren. Eine Organisation, die im Rahmen der A.W. um Mitarbeit gebeten wurde, war die Vereinigung jüdischer Akademiker. In einem Schreiben an den A.W.-Leiter Paul Toller empfahl diese Vereinigung ihren Mitgliedern unter bestimmten Bedingungen die Teilnahme an der Selbstschutzaktion. So sollten bewaffnete Aktionen nur zur Notwehr, und wenn die Maßnahmen städtischer Stellen nicht ausreichten, genehmigt werden. Vorher wollte man die Sachlage im Sinne des Religionsgesetzes prüfen, um Gewissenskonflikte zu vermeiden.<sup>241</sup> In wie weit es wirklich zu einer Zusammenarbeit der beiden Gruppen kam, ist aber nicht geklärt, da entsprechende Belege fehlen.

Als am 05. November 1923 die Nachricht von den gewaltsamen Unruhen im Scheunenviertel kam, war die jüdische Selbstwehr des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten gut gerüstet, um sich den Angriffen zu stellen und den Schutz der bedrängten jüdischen Mitbürger zu gewährleisten. Man war personell und materiell gut aufgestellt und bereit, wenn nötig, personelle Opfer im Kampf gegen den Antisemitismus zu bringen.

### **5.3. Der Reichsbund nach dem Pogrom 1924-1933**

Unmittelbar nach dem Pogrom und noch unter dem Eindruck desselben schrieb Dr. Alfred Wiener am 09. November 1923 einen Brief an die befreundeten Jugendorganisationen, in dem er auf den Ernst der Lage verweist. Er betonte in diesem Schreiben noch einmal, dass *„in erster Linie die Schutzpolizei zum Schutz von Recht und Ordnung“* verpflichtet sei. Sollte die Schutzpolizei versagen, müsse jeder Fall *„unter genauer*

---

<sup>241</sup> Anlage r des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

*Schilderung des Vorfalls, Angabe der beteiligten Beamten und Zeugen schriftlich zur Kenntnis gebracht werden.*"<sup>242</sup> Er wies darauf hin, dass den Anweisungen der A.W.-Patrouillen unbedingt Folge zu leisten sei. Weiterhin müssten größere Ansammlungen von Menschen auf der Straße unterbunden werden, solange diese nicht der Abwehr von Angriffen dienten. Außerdem sollte jeglicher Handel auf der Straße unterbleiben, Zuwiderhandlung gemeldet werden, die A.W. würde dagegen vorgehen. Die Frauen wurden aufgefordert auf Schmuck und Putz zu verzichten, jüdische Autobesitzer ihren Wagen zu Hause lassen. So wollte man der antisemitischen Welle entgegen wirken. Trotz des Abflauens der Unruhen war man von Seiten des Reichsbundes weiterhin alarmiert. Die Abwehrgruppe setzte ihre Patrouillen, die an Wochenenden und in der Nacht in Wachlokalen in Bereitschaft lagen, durch das Scheunenviertel fort.<sup>243</sup>

Im Januar 1924, also zwei Monate nach dem Pogrom, wurde durch das Innenministerium ein Ermittlungsverfahren gegen den Reichsbund wegen Geheimbündelei eingeleitet und die Auflösung des Bundes betrieben. Diverse Hausdurchsuchungen mit erheblichen Waffenfunden brachten jedoch nicht das vom Reichsbund befürchtete Ergebnis. In einem Schreiben des Innenministers an den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung hieß es dazu: *„Das gegen den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten eingeleitete Ermittlungsverfahren und das von mir von dem hiesigen Polizeipräsidenten über den Reichsbund bisher vorgelegte Material hat zwar zu erheblichen Bedenken Anlass gegeben, rechtfertigt aber für sich genommen wie im Verhältnis zu dem gegen andere Organisationen vorliegenden Materialien die Auflösung des Bundes nicht hinreichend. Vor allem ist dem Bund zu Gute zu halten, dass er seine mit Recht [...] beanstandete Tätigkeit der Entsendung von Patrouillen, Stellung von Wachtposten, im Wesentlichen erst ausgeübt hat, nachdem die schweren Ausschreitungen im sogenannten Scheunenviertel ihm Anlass gegeben*

---

<sup>242</sup> Anlage g des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

<sup>243</sup> Anlage k des Berichtes des Polizeipräsidenten Abteilung IA vom 29. Januar 1924. GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

*hatten, sich in Notwehr zu glauben.*<sup>244</sup> Der Reichsbund wurde verwarnt und in der Folgezeit weiter beobachtet. Die Ermittlungen schienen daraufhin zu deuten, dass der Reichsbund seine „unzulässigen“ Selbstschutzaktivitäten eingestellt hatte. Sehr wahrscheinlich ließ der Reichsbund seine Abwehrgruppen eine Weile ruhen, um sie später wieder aufzunehmen. Ulrich Duncker weist darauf hin, dass bereits 1927 der Posten des A.W. Leiters in einigen Berliner Ortsgruppen wieder nachweisbar ist.<sup>245</sup> Als der antisemitische Druck auf die jüdische Bevölkerung in den Jahren nach dem Pogrom wieder wuchs und vor allem die Nationalsozialisten sich als „Herren der Straße“ auführten, beschloss man innerhalb der jüdischen Gemeinde von Berlin den Jüdischen Abwehrdienst (JAD) zu gründen. Träger dieser Organisation waren der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der Jüdische Boxclub Maccabi und der zionistische Sportverein Bar Kochba.<sup>246</sup> Der JAD war eine streng geheime Gruppe, deren Mitglieder sich nur im engsten Kreis kannten und von der es keine Mitgliederliste gab. Aufgabe des Abwehrdienstes war der Schutz der Synagogen und der jüdischen Bevölkerung nach völkischen Veranstaltungen, sowie die Beobachtung der Tätigkeit nationalsozialistischer Verbände. Eine Zusammenarbeit zwischen der Berliner Schutzpolizei und dem JAD ermöglichte deren Ausrüstung mit Waffen. Wie eng diese Beziehungen waren und wie weit die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Reichsbund reichte, ist nicht mehr zu klären, da entsprechende Quellen fehlen. Die Verbindungsperson zwischen der Polizei und dem JAD war Dr. Bernhard Weiß, der eine enge Beziehung zum Boxclub Maccabi hatte.<sup>247</sup>

Ende November 1923 drückte der Centralverein seine Freude über die gute Zusammenarbeit mit der Reichsbundführung darin aus, dass er den Bund

---

<sup>244</sup> Vgl. dazu: Schreiben des Ministers des Inneren an den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 27. Juni 1924. In: GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

<sup>245</sup> Vgl. dazu : Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 62.

<sup>246</sup> Vgl. dazu: Reuveni, Gideon: Sport und die Militarisierung der jüdischen Gesellschaft. In: Brenner, Michael/ Ders. (Hrsg.): Emanzipation durch Muskelkraft. Juden und Sport in Europa. Göttingen 2006, S. 51-68.

<sup>247</sup> Da der JAD geheim war, gibt es keine Aufzeichnungen dazu. Ulrich Dunker konnte aber bei seinen Recherchen ein ehemaliges Mitglied interviewen, das die Angaben bestätigte. Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 64.

mit dem Schutz mehrerer Veranstaltungen betraute.<sup>248</sup> Ganz ungetrübt war die Freude jedoch nicht, man hatte von Seiten der CV-Führung Vorbehalte und hielt die Wahl der Mittel des Bundes im Kampf gegen den Antisemitismus nicht immer für gerechtfertigt. Während des Prozesses gegen die Reichsbundmitglieder wegen unbefugten Besitzes von Schusswaffen und Bildung eines bewaffneten Haufens im Mai 1924, schrieb die Zeitung des Centralvereins, dass der Prozess geeignet sei, *„uns die Grenzen der Abwehrtätigkeit zu zeigen“* und das diejenigen, *„die an den Dingen unmittelbar beteiligt sind, leicht der Gefahr ausgesetzt sind, über das zur Abwehr erforderliche Maß hinauszugehen“*.<sup>249</sup> In diesem Prozess wurden die Angeklagten, Leo Löwenstein, Paul Toller, Max Goldlust, Hugo Bernhardt und Salomon Thal, wegen Notwehr freigesprochen. Auch die auf illegalem Weg besorgten Waffen, wurden als Vorbereitung der Notwehr gewertet. Justizrat Dr. Hugo Sonnenfeld, der als Verteidiger bestellt war, führte dazu aus: *„Ich komme deshalb zu dem Ergebnis, dass meine Klienten nicht nur geglaubt haben, sondern tatsächlich in der Lage waren, sich ihrer Haut wehren zu müssen, und zwar zunächst einmal zu Gunsten einzelner angegriffener Juden in einem bestimmten Teil der Stadt Berlin, dass aber die Gefahr bestanden hat,[...] dass die Ausschreitungen jederzeit auf andere Teile übergreifen konnten.“*<sup>250</sup> Dass der Reichsbund stolz war über den Ausgang dieser Prozesse, machte Leo Löwenstein zum Abschluss des Berufungsprozesses gegen die Polizeibeamten, die sich der Körperverletzung schuldig gemacht hatten, klar, in dem er sagte: *„Jedenfalls hat der RjF in dieser Zeit in Berlin und im Reich durch die mutige Opferwilligkeit und Disziplin Tausender seiner Mitglieder und Freunde seine Pflicht treu erfüllt und dem deutschen Judentum und dem deutschen Vaterlande wertvolle Dienste geleistet.“*<sup>251</sup> Ein führendes Mitglied des Reichsbundes, Adolph Asch, nannte in seinen Memoiren die Freisprechung seiner Vereinskollegen einen *„Markstein in der Geschichte der deutschen*

---

<sup>248</sup> Vgl. dazu: Caplan, Greg: *Wicked Sons, German Heroes. Jewish Soldiers, Veterans, and Memories of World War I in Germany.* Saarbrücken 2008, S. 144.

<sup>249</sup> CV-Zeitung. Nr. 21 (22. Mai 1924).

<sup>250</sup> Die Unterlagen zum Prozess gegen die Reichsbundmitglieder sind im Lauf der Zeit verloren gegangen. Anlässlich des Todes von Justizrat Sonnenfeld ist sein Plädoyer im Rahmen dieses Prozesses noch einmal im Schild abgedruckt worden. Vgl. dazu: *Der Schild.* Nr. 9 (07. März 1927).

<sup>251</sup> *Der Schild.* Nr. 13 (03. Juli 1925).

*Justiz.*<sup>252</sup> Dass man die Ereignisse vom November 1923 später im Reichsbund etwas differenzierter betrachte, beweist eine Aussage von Leo Löwenstein vom April 1929, anlässlich des zehnjährigen Bestehens des RjF, in der es heißt: *„Es ist der jüdische Geist, der im November 1923 eine große Anzahl von Kameraden veranlaßte, Leib und Leben einzusetzen. Auch wenn man rückschauend der Ansicht ist, das man damals vorsichtiger, klüger und diplomatischer hätte vorgehen können, so blieb doch der Eindruck bestehen, daß die damalige Haltung der Kameraden die Begeisterung für den Bund erweckte und das Bewußtsein gab, nicht nutzlos zu sein.*“<sup>253</sup>

Und Begeisterung für den Bund wurde geweckt, was die steigenden Mitgliederzahlen unmittelbar nach den Unruhen zeigten. Vor allem junge Leute wollten mitarbeiten beim Kampf gegen den Antisemitismus und fühlten sich von der mutigen Tat der Reichsbundmitglieder inspiriert. In der *Jüdisch-liberalen Zeitung* erschien am 17. November 1923 ein Artikel, der dieses Thema beleuchtete: *„In solchen Augenblicken der Gefahr und der Not strömten dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten plötzlich neue Freunde und mit ihnen auch die so heiß ersehnten, bitterlich notwendigen ‚Gaben‘ zu. [...] Diesen neugewonnenen ‚Novemberinteressenten‘ scholl kein abwehrendes ‚zu spät‘ entgegen, aber die weitaus größte Zahl unserer Glaubensgenossen schläft unter der dicken Kruste der Gleichgültigkeit einen gar tiefen Winterschlaf.*“<sup>254</sup> So stieg die Zahl der Mitglieder in der Berliner Ortsgruppe zwischen 1922 und 1924 von 2.400 auf 3.500.<sup>255</sup> Damit war für den Reichsbund auch ein großes Problem aller Veteranenvereine beseitigt. Das in den Statuten vorgesehene Aufnahmekriterium des aktiven Fronteinsatzes führte von vorn herein zu einem begrenzten Reservoir an möglichen Mitgliedern, welches sich auf natürlichem Weg auch noch verkleinerte. Diese neuen, jungen Leute, die in der Regel nicht am Krieg teilgenommen hatten, sollten jetzt bereit gemacht werden, für den Kampf gegen den Antisemitismus. Im September 1924 wurde in einer Vorstandssitzung der Beschluss gefasst, die körperliche Ertüchtigung der

---

<sup>252</sup> Vgl. dazu: Memoiren des Adolph Asch. In: LBIJMB MM 3 Adolph Asch Collection, Die Inflation 1919-1923.

<sup>253</sup> Der Schild. Nr. 16 (19. April 1929).

<sup>254</sup> Jüdisch-liberale Zeitung. Nr. 29 (17. November 1923).

<sup>255</sup> Der Schild. Nr. 5/6 (30. Januar 1928).

Jugend in den Aufgabenkreis des Reichsbundes einzubeziehen.<sup>256</sup> Im Februar 1925 wurde dann eine Jiu-Jitsu Gruppe gebildet. Die körperliche Ertüchtigung sollte nicht nur einen ganz praktischen Zweck im Kampf gegen den Antisemitismus erfüllen, sondern auch dem antisemitischen Stereotyp des „krummen“ und „schwächlichen“ Juden entgegenwirken. Die Idee des „Muskeljudentums“ stammte von Max Nordau<sup>257</sup>, der diese Vorstellungen bereits 1898 beim zweiten zionistischen Kongress in Basel formulierte und die die Juden zu „tiefbrüstigen, strammgliedrigen und kühnblickenden Männern“ machen sollte.<sup>258</sup> Wie eng die zionistische Turnbewegung an die deutsche angelehnt war, zeigt ein Zitat von Moses Friedländer, der 1901 in der *Jüdischen Turnerzeitung* die Notwendigkeit zur Schaffung jüdischer Turnvereine betonte, „...um das Bewußtsein ihrer [der Juden, G.M.] besonderen Nationalität durch das kräftige und erprobte Mittel der Turnerei nach deutschem Vorbild zu erwecken.“<sup>259</sup> Die Idee bei der Gründung eigener Turnvereine war, da jüdischer Sportbegeisterte in christlichen Turnvereinen bestenfalls „geduldet“ waren, dass man sich deshalb in eigenen Vereinen organisierte. Ein Artikel im *Schild* brachte die Intention des Reichsbundes auf den Punkt: „...das wir alles daransetzten, einig zu sein in dem ehrgeizigen Streben nach dem hohen Ziel der Disziplinierung der jüdischen Massen und ihrer Erziehung zu jüdischen Kämpfern.“<sup>260</sup> Als der Reichsbund 1924 beschloss, den Sport in seine Aufgabengebiete aufzunehmen, wurde dem auch im *Schild* viel Raum gegeben. Mehrere Seiten in jeder Ausgabe und ab 1933 sogar eine eigene Zeitschrift mit dem Titel *Die Kraft* sollten dem Leser neuen jüdischen Mut in der Gegenwart vor Augen führen. Alle Siege der jüdischen Athleten wurden ausgelassen bejubelt. Ein jüdischer Doppelsieg in einem internationalen 5.000 m Laufwettbewerb wurde mit dem Satz kommentiert: „Auf alle Fälle hat wieder einmal ein Jude gezeigt,

---

<sup>256</sup> Der Schild. Nr. 4 (15. Februar 1925).

<sup>257</sup> Max Nordau (1849-1923) war einer der bekanntesten Publizisten seiner Zeit und seit 1896 Mitkämpfer von Theodor Herzl in der zionistischen Bewegung. Vgl. dazu: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 2000, S. 616.

<sup>258</sup> Vgl. dazu: Zudrell, Petra: Der Kulturkritiker und Schriftsteller Max Nordau. Zwischen Zionismus, Deutschtum und Judentum. Würzburg 2003, S. 147.

<sup>259</sup> Zit. nach: Hödl, Klaus: Die Pathologisierung des jüdischen Körpers: Antisemitismus, Geschlecht und Medizin im Fin de Siècle. Wien 1997, S. 286.

<sup>260</sup> Der Schild. Nr. 20 (17. Mai 1926).

daß auch wir Athleten von Weltrang hervorbringen.“<sup>261</sup> Im Lauf der Jahre wurde das Sportprogramm des Reichsbundes immer weiter ausgebaut, es gab eine Segelflugabteilung, eine Schießgruppe, sowie einen Boxklub. Die Ortsgruppe Berlin gründete 1924 die Jungfront, zuerst als Jugendgruppe des Verbandes, ab 1927 eine reine Sportgruppe, die Leichtathletik betrieb.<sup>262</sup>

Einen seltenen Einblick in die Arbeit einer Ortsgruppe zeigt die Sondernummer des *Schildes* vom Januar 1928, in der die Berliner Gruppe umfangreich vorgestellt wurde. Besonderen Wert wurde auf die Feststellung gelegt, dass bei der Abwehrarbeit „Neutralität und Kameradschaft“ am wichtigsten seien. Zum Zweck der besseren Kameradschaft wurden Zusammenkünfte geselliger Art, wie Vergnügungen, Bälle, Heimabende genutzt, bei denen dann auch Damen teilnehmen konnten. In wie weit es Frauengruppen des Reichsbundes gegeben hat und wie diese organisiert waren, lässt sich nicht mehr klären, da zu wenig Informationen dazu vorhanden sind. Lediglich der *Schild* liefert einige Randbemerkungen zu diesem Thema. In einem Artikel wird darauf hingewiesen, dass man die Frauen mehr in die Arbeit einbinden müsse, um näher an die Jugend zu kommen. Wenn die Frauen die Wichtigkeit und Komplexität der zu leistenden Arbeit verstünden, könnten sie die Kinder und Jugendlichen darauf vorbereiten, diese fortzusetzen.<sup>263</sup> Eine weitere soziale Komponente der Arbeit des Reichsbundes war die Stellenvermittlung für arbeitslose Kameraden. Dazu wurde versucht, Stellen bei Banken mit jüdischen Direktoren oder in Geschäften mit jüdischen Inhabern zu finden.<sup>264</sup> Annoncen im *Schild* sollten helfen, Arbeitssuchende und Arbeitgeber zusammen zu bringen. In besonders schwierigen Fällen wurde dem Kameraden auch mit Geld oder Sachleistungen geholfen. Die Frauengruppen bescherten zu Chanukka diese Familien dann mit Geschenken. In einem Todesfall wurde der Witwe ein Sterbegeld von 300 Mark überreicht.<sup>265</sup>

---

<sup>261</sup> Der Schild. Nr. 25 (27. Juni 1927).

<sup>262</sup> Der Schild. Nr. 5/6 (30. Januar 1928).

<sup>263</sup> Der Schild. Nr. 2 (17. Januar 1927).

<sup>264</sup> Der Schild. Nr. 34 (27. November 1925).

<sup>265</sup> Der Schild. Nr. 5/6 (30. Januar 1928).

Weitergearbeitet wurde am publizistischen Kampf gegen den Antisemitismus. Hier entwickelte sich das 1925 erschienene und vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten herausgegebene Buch von Felix A. Theilhaber *„Jüdische Flieger im Weltkrieg“*, das in den ersten Wochen nach Erscheinen bereits 6.000 mal verkauft wurde, zu einem großen Erfolg. 1932 gab der Reichsbund dann das Buch *„Die jüdischen Gefallenen“*, das ein Verzeichnis der im Krieg gefallenen deutsch-jüdischen Soldaten darstellte, heraus und 1935 erschien das Buch *„Kriegsbriefe gefallener Deutscher Juden“*.<sup>266</sup> Zum zehnjährigen Bestehen des Reichsbundes 1929 veröffentlichte *der Schild* über mehrere Monate die Namen aller bekannten 10.089 im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Frontsoldaten, um den antisemitischen Angriffen die Spitze zu nehmen, die behaupteten, dass es keine solche Übersicht geben könne.<sup>267</sup> Diese Form der Gegenpropaganda nahm einen großen Teil der Berichterstattung im *Schild* ein. Es ging immer noch um die Widerlegung der Behauptung, dass Juden keine guten Soldaten seien und im Krieg „Drückeberger“ waren. Außer den vorgenannten Büchern wurden Flugzettel und Broschüren gedruckt, es wurden Kundgebungen und „Aufklärungsveranstaltungen“ abgehalten. Bei diesen Veranstaltungen, die bis 1933 vor örtlichen Honoratioren, Mitgliedern verschiedener Veteranenvereine bis zu Mitgliedern der NSDAP abgehalten wurden, war meist Dr. Ludwig Freund<sup>268</sup> der Hauptredner. Dass der RjF diese Form der Abwehr des Antisemitismus als großen Erfolg ansah, wurde im *Schild* mehrfach publiziert.<sup>269</sup> Dabei ging man im Reichsbund immer von der Prämisse aus, *„einer würdigen, offenen und ehrlichen Aufklärung, [...] steht immer noch der weitaus überwiegende Teil des deutschen Volkes mit Verständnis gegenüber.“* Außerdem war man noch 1932 der Überzeugung,

---

<sup>266</sup> Vgl. dazu: Berger, Michael: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Abwehrverein oder Interessenvertretung. In: Kleine-Kraneburg, Andreas (Hrsg.): *Jüdische Soldaten in deutschen Armeen. Dokumentation der gleichnamigen Tagung in Zusammenarbeit mit dem Bund jüdischer Soldaten (RjF) und dem Zentralrat der Juden in Deutschland.* Sankt Augustin/ Berlin 2008, S. 63.

<sup>267</sup> *Der Schild* Nr. 10 (05. März 1928).

<sup>268</sup> Dr. Ludwig Freund (1898-1970) war Jurist und Politologe. 1924-26 war er Syndikus des CV-Landesverbandes Baden, bis 1930 des CV-Landesverbandes Bayern. Ab 1930-1934 war er Bundesgeschäftsführer des RjF in Berlin und Chefredakteur der Zeitung *Der Schild*. 1935 wanderte er in die USA aus, wo er bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland 1959, Professor für Politologie in Chicago war. Vgl. dazu: Walk, Joseph: *Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945.* München/ New York/ London/ Paris 1988, S. 101.

<sup>269</sup> *Der Schild*. Nr. 21 (12. November 1931) und Nr. 19 (13. Oktober 1932).



„bereits eine tiefe Bresche in die Judenfeindschaft unserer Tage geschlagen“ zu haben.<sup>270</sup>

Ein weiterer wichtiger Punkt der Aufklärungsarbeit des Reichsbundes bestand in der Agitation während der vielen Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Hier kamen auch die Flugblätter zum Einsatz. Ein Flugblatt mit der Überschrift „1000 Mark Belohnung“ nahm Bezug auf einen Artikel des Chefredakteurs des *Völkischen Beobachters*, Dietrich Eckhart, in dem er 1.000 Mark Belohnung dafür aussetzte, ihm eine jüdische Mutter zu nennen, die „drei Söhne in drei Wochen im Schützengraben aufzuweisen hätte“. Da er nicht bereit war dieses Geld zu zahlen, als ihm eine entsprechende Liste vorgelegt wurde, reichte der Reichsbund Klage ein und Eckhart wurde vom Landgericht München zur Zahlung verurteilt.<sup>271</sup> Auch der Prozess gegen Julius Streicher, dem Gründer, Eigentümer und Herausgeber des nationalsozialistischen *Stürmer*, verlief positiv für den bayrischen RjF. Der *Stürmer* hat in einem Schmähartikel den Reichsbund als Truppe „von Marketendern und Etappenschweinen“ betitelt und angeführt, dass die Einladung des RjF zur Einweihung eines Kriegerdenkmals in Regensburg, zu der der völkische Frontkriegerverein nicht eingeladen war, ein Fehler war. Zweiundfünfzig Mitglieder des Reichsbundes stellten Strafantrag wegen Beleidigung, der im Oktober 1927 in Nürnberg verhandelt wurde. Streicher wurde dabei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>272</sup>

Eine Konstante in der *Schild*-Berichterstattung nach dem Pogrom waren die Artikel gegen antisemitische Angriffe, die Berichterstattung dazu wurde in den Jahren ab 1929 noch intensiviert. Eine zweite Konstante zeigte sich im politischen Diskurs zur Bejahung der republikanischen Ordnung. Damit nahm der Reichsbund eine herausragende Rolle unter den Veteranenvereinen ein, die zumeist nicht zwischen Kriegsvergangenheit und republikanischer Gegenwart unterscheiden konnten. Auch wenn die direkte Beteiligung an Parteipolitik vom Reichsbund immer noch abgelehnt wurde, suchte der RjF mit Hilfe seiner Zeitschrift Partner in alle politischen Richtungen, die nicht antisemitisch waren und sich bereitfanden, die Juden

---

<sup>270</sup> Vgl. dazu: Ebenda.

<sup>271</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 64.

<sup>272</sup> Der Schild. Nr. 42 (17. Oktober 1927).

gegen völkische Angriffe zu verteidigen.<sup>273</sup> Dazu veröffentlichte die Zeitung im Vorfeld von Wahlen Empfehlungen. Erstens waren alle Leser aufgerufen, überhaupt wählen zu gehen, dann „*wer nicht wählt, hilft dem Antisemitismus.*“ Zweitens sollte eine Partei gewählt werden, die „*auf dem Boden der republikanischen Verfassung steht*“ und darüber hinaus – drittens – nur eine Partei sein könne, „*die es unzweideutig ablehnt, mit dem Antisemitismus politische Geschäfte zu machen.*“<sup>274</sup> Explizite Wahlempfehlungen zu einzelnen Parteien gab es im *Schild* nicht. Nach den Wahlen beschränkte man sich auf die Kommentierung der Ergebnisse. Viel Raum nahm die Berichterstattung der Jahre zwischen 1925 und 1928 über die völkische Bewegung und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein. Die Auseinandersetzungen im völkischen Lager wurden wachsam, aber ruhig beobachtet. Das kein Grund zur Entwarnung bestand, auch wenn es aufgrund der Schwäche der Völkischen in diesen Jahren ruhiger war, wurde immer wieder thematisiert.<sup>275</sup> Die gute Arbeit des Reichsbundes auf diesem Gebiet würdigte sein Vorsitzender, Leo Löwenstein, in einem Artikel, in dem er darauf hinweist, dass die deutsch-völkische Stimmenzahl bei Wahlen in Orten mit einer RjF-Ortsgruppe stark zurückgegangen sei. Deshalb sei es nötig, auch in anderen Städten schnell neue Gruppen zu gründen.<sup>276</sup> Eine besondere Beachtung fand der Erfolg der Antisemiten in deutschen Kurorten. Bereits vor dem Pogrom und im Rahmen der Selbstzuchtaktion hatte der Reichsbund seine Mitglieder samt Familien und alle anderen jüdischen Mitbürger aufgefordert, besonders in Kurorten und in der Sommerfrische, Maß zu halten bei der Verwendung von Schmuck und Pelzen, um keine antisemitischen Vorfälle zu provozieren. 1925 wurde in einem Artikel beklagt, dass es immer wieder zu Belästigungen jüdischer Kurgäste durch völkische Stoßtrupps in verschiedenen Urlaubsregionen gekommen war. Als Folge dieses Artikels wurden alle Urlaubsheimkehrer

---

<sup>273</sup> Vgl. dazu: Schulz, Jürgen Michael: Die Zeitschriften *Der Schild* und *Jüdische Front*: Ansätze für die Formation eines deutsch-jüdischen und österreichisch-jüdischen konservativen Milieus in Deutschland und Österreich. In: Grunewald, Michel/ Puschner, Uwe (Hrsg.): Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960). Bern 2003, S. 239.

<sup>274</sup> *Der Schild*. Nr. 20/21 (16. Mai 1928).

<sup>275</sup> Vgl. dazu: Liepach, Martin: Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung: Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik. Tübingen 1996, S. 100.

<sup>276</sup> *Der Schild*. Nr. 1 (01. Januar 1925).

gebeten, ihre Sommerfrischen-Erlebnisse unter Angabe des Kurortes der Zeitung mitzuteilen. Danach wurde, über mehrere Ausgaben verteilt, eine Liste derjenigen Regionen und Hotels veröffentlicht, in den es zu Zwischenfällen gekommen war.<sup>277</sup> Nach 1929 wurde im *Schild* mehrfach beklagt, dass viele Juden, auch viele Mitglieder des Reichsbundes, die Zeichen der Zeit nicht verstanden hätten. Nach der Reichstagswahl 1930, bei der die Nationalsozialisten hinter der SPD zweitstärkste Kraft wurden, sah *der Schild* eine zunehmende Desillusionierung gegenüber den nicht antisemitischen Parteien wie auch dem Staat bezüglich deren Rücksichtnahme auf eine jüdische Problematik.<sup>278</sup> In der nachfolgenden Diskussion über die jüdische Abwehrtätigkeit sah der RjF keine Alternative zur praktizierten Form. Einzige „positive“ Auswirkung der Wahl war für den Bund die Tatsache, dass jetzt viele jüdische Mitbürger „wachgerüttelt“ worden waren. In dieser Zeit wurden die verschärften Konflikte zwischen den unterschiedlichen Richtungen des Judentums zum Thema des *Schildes*. Da im RjF fast alle innerjüdischen Strömungen vertreten waren, kamen hier publizistisch verschiedene Meinungen zu Wort. Besonders zwischen den zionistischen Mitglieder und den Mitgliedern des Centralvereins entzündeten sich Streitereien über die bisherige Form der Abwehr. Man war sich zwar einig darüber, dass nur eine Solidarität der Juden im Kampf gegen den Antisemitismus erfolgreich sein könne, sah aber die gegenwärtige Form des Abwehrkampfes zum Scheitern verurteilt.<sup>279</sup> In den späteren Jahren sollte sich die Auseinandersetzung zwischen den Zionisten und dem Centralverein, aber auch mit dem Reichsbund noch verschärfen. Als man sich im Jahr 1930 zu einem gemeinsamen Wahlausschuss von ZvFD, CV, der Großloge B'nai B'rith<sup>280</sup>, dem RjF und der Berliner Jüdischen Gemeinde zusammenfand, war dies nur ein kurzes Intermezzo der Einigkeit. Unmittelbar nach den Wahlen brach das Bündnis wieder auseinander. Während die Zionisten der Meinung waren, dass dem Centralverein eine

---

<sup>277</sup> Der Schild. Nr. 23 (11. September 1925).

<sup>278</sup> Der Schild. Nr. 21 (13. November 1930).

<sup>279</sup> Vgl. dazu: Barkai, Avraham: „Wehr dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938. München 2002, S. 205f.

<sup>280</sup> Die Großloge B'nai B'rith ist ein jüdischer bürgerlicher Orden, der 1843 in New York von deutschstämmigen Juden gegründet wurde und der hauptsächlich auf dem Gebiet der Wohlfahrt tätig ist. 1882 wurde die erste deutsche Loge gegründet. Vgl. dazu: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 2000, S. 365.

„jüdische Einheitsfront“ nicht so wichtig sei, war der Centralverein der Meinung, dass die Zionisten den Ausschuss für eigene Zwecke missbrauchen könnten.<sup>281</sup> Das es auch innerhalb des Reichsbundes verschiedene Meinungen zum Thema gab, ist verständlich, nur wurde dies nicht öffentlich thematisiert. Dr. S. London, der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin des RjF, erwähnte in einem Artikel, dass es durchaus kontroverse Diskussionen innerhalb der Ortsgruppen gab. Im Fall des Berliner Reichsbundes kam es 1924 sogar zu einer Abspaltung einer Gruppe, die sich dann Jüdische Gemeinschaft nannte und eine eigene Abwehrorganisation gründen wollte. Diese Vereinigung wurde aber nach kurzem Bestand wieder aufgelöst.<sup>282</sup>

Eine weitere neue Aufgabe des Reichsbundes in den Jahren nach dem Pogrom war der Kampf um die Berufsumschichtung unter der jüdischen Bevölkerung. Bereits in den Gründungsstatuten war dieser Gedanke verankert, nun sollte er auch umgesetzt werden. Einerseits wollte man dem antisemitischen Vorurteil der einseitigen Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung entgegenwirken, andererseits kamen frühe agrarromantische Vorstellungen zum Tragen, nach denen der Jude schon vor tausend Jahren „den Pflug geführt“ hatte. Diese Ideen hatten jedoch nichts mit der zionistischen Alija gemein, die eine Einwanderung nach Palästina bei bewusster Aufnahme manueller Tätigkeit, oft im landwirtschaftlichen Bereich, propagierte. Die Siedlungsbestrebungen sollten den „deutschen Juden fest mit deutscher Scholle“ verbinden. Das erste, ab 1925 betriebene Pachtgut in Buckow, das 20 landwirtschaftliche Lehrlinge aufnehmen sollte, wurde vom Verein zur Förderung der Bodenkultur unter den Juden Deutschlands übernommen. Zur Finanzierung dieses Projektes wurde ein Fond gegründet, der sich aus dem Verkauf von Werbemarken finanzieren sollte. Der Maler Max Liebermann, der bereits 1924 die Lithografie „*Den Müttern der Zwölftausend*“ für den Reichsbund angefertigt hatte, sollte eine Zeichnung dafür gestalten.<sup>283</sup> Warum das Projekt später scheiterte, ist nicht mehr zu klären. Die Werbung für neuerliche Siedlungspläne nahm im *Schild*

---

<sup>281</sup> Vgl. dazu: Hambrock, Matthias: Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921-1935. Köln 2003, S. 239f.

<sup>282</sup> Der Schild. Nr. 5/6 (30. Januar 1928).

<sup>283</sup> Der Schild. Nr. 4 (15. Februar 1925).

viel Raum ein. Einer breiten Öffentlichkeit sollten diese Pläne bekannt gemacht werden, gleichzeitig wollte man finanzielle Unterstützer gewinnen.<sup>284</sup> Zu diesem Zweck wurden 1928 zwei neue Organisationen gegründet. Die Jüdische Landarbeit GmbH (JAL) sollte die fachliche und kaufmännische Seite des Siedlungsprojektes betreuen, der Reichsbund für jüdische Siedlung (RJS) die finanziellen Mittel besorgen. Träger dieser Organisationen waren neben dem RjF, alle großen jüdischen Organisationen und Gemeinden. Vorsitzender der JAL war Dr. Leo Löwenstein.<sup>285</sup> Trotz notorischen Geldmangels konnte durch finanzielle Unterstützung mehrerer jüdischer Organisationen 1930 das Gut Groß-Gaglow in der Nähe von Cottbus erworben werden. Im Laufe der ersten beiden Jahre wurden fünfzehn Siedlungshäuser gebaut und 24 Gärtnerfamilien angesiedelt. Die landwirtschaftliche Seite war ein voller Erfolg, die Ernte war gut, auch der Absatz der Produkte gestaltete sich reibungslos. Für den Fall, dass dies nicht so gewesen wäre, war eine Konservierungsanlage gebaut worden. Schwierigkeiten entstanden dann ab 1933, als der Landrat von Cottbus in einem Schreiben forderte, den „ungeeigneten jüdischen Siedlern“ den wertvollen „deutschen Boden“ zu entziehen.<sup>286</sup> Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten und nach zähen Verhandlungen zwischen Reichsbund und dem zuständigen Ministerium kam das Aus für das Gut, um „arischen“ Siedlern Platz zu machen. Die Räumung fand aber dann erst 1935 statt. Die jüdischen Siedler von Groß-Gaglow siedelten mit Hilfe der Jewish Colonization Association nach Brasilien über, wo sie eine gärtnerische Kommune gründeten.<sup>287</sup>

Die Beziehungen zu den anderen jüdischen Organisationen gestalteten sich im Laufe der Zeit schwieriger. Im Jahr 1928 erschien in der Zeitung der jüdischen Orthodoxie *Der Israelit*, ein Artikel des Vorsitzenden des RjF-Landesverbandes Südwest, in dem die unbedingte Neutralität des Reichsbundes hinsichtlich innerjüdischer Auseinandersetzungen und Religiosität gelobt wurde.<sup>288</sup> Dieser Artikel provozierte jedoch einen Leser

---

<sup>284</sup> Der Schild. Nr. 1 (10. Januar 1927).

<sup>285</sup> Der Schild. Nr. 47/48 (23. November 1928).

<sup>286</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 92.

<sup>287</sup> Vgl. dazu: Ebenda. S. 93.

<sup>288</sup> Der Israelit. Nr. 29 (19. Juli 1928).

und in der darauffolgenden Ausgabe wurde die Aussage, dass diese religiöse Neutralität niemals zu Kontroversen unter den Mitgliedern führen würde, näher beleuchtet. So wurde kritisiert, dass sechs der zwölf Landesvorsitzenden des Reichsbundes mit nichtjüdischen Ehefrauen verheiratet waren. Weiterhin wurde bemängelt, dass nur allzu oft das jüdische Religionsgesetz nicht eingehalten wurde. So hielt man Versammlungen am Sabbat ab und der Redaktionsschluss des *Schildes* wurde auf den Samstagvormittag gelegt. Außerdem wurde in der Woche von Tisch`a be-Av, einem großen Trauer- und Gedenkfest im jüdischen Kalender, an dem traditionell gefastet wird, von der Landesgruppe Köln zum Weinfest eingeladen und am Abend von Tisch`a be-Av wurde ein Begrüßungsabend anlässlich des Turnfestes durchgeführt. Der Artikel endet dann mit dem Resümee des Autors: „Wenn der Reichsbund wirklich neutral sein will und auf die Mitarbeit auch der wahrhaft „jüdisch“ denkenden und fühlenden Kameraden Wert legt, dann dürften derartige Dinge nicht vorkommen.“<sup>289</sup>

Auch dem ZVfD war der Reichsbund oft nicht jüdisch genug. Als der Reichsbund 1927 nach Breslau zur Jahreshauptversammlung einlud, kam es zu einem Vorfall, der den ganzen Unmut der Zionisten herauf beschwor. Der Oberpräsident von Breslau hatte sich zu dem Treffen entschuldigen lassen und als Vertretung einen hohen Beamten, der Jude war, geschickt. Dr. Fraenkel, der Präsident der Breslauer Ortsgruppe des RjF, zeigte sich ungehalten darüber, dass der Oberpräsident eine jüdische Vertretung entsandt hatte und „vergaß“ bei der offiziellen Begrüßung der Gäste diesen zu erwähnen. Aufgrund dieses Affronts wies der Oberpräsident den Reichsbund in einem Brief zurecht und verweigerte jede weitere Teilnahme an Veranstaltungen. Das der Reichsbund die volle Gleichstellung der Juden forderte, hielt ihn aber nicht davon ab, jüdische Staatsbeamte zu „desavouieren“, folgerte die *Jüdische Rundschau* und unterstellte dem Reichsbund eine „Ghettomentalität“.<sup>290</sup>

In einem Artikel im *Schild* vom Mai 1926 unter dem Titel „Die Organisationen ehemaliger Heeresangehöriger und wir“ wird das Verhältnis zwischen Reichsbund und anderen Veteranenverbänden näher beleuchtet.

---

<sup>289</sup> Der Israelit. Nr. 30 (26. Juli 1928).

<sup>290</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 89 (08. November 1927).

Es wird noch einmal die unbedingte Neutralität des Bundes gegenüber jeglicher Parteipolitik betont. Andererseits wies man darauf hin, dass von jedem Mitglied erwartet wurde, sich seiner staatsbürgerlichen Pflichten bewusst zu sein, jedoch außerhalb des Bundes. Weitergehend wird erläutert, dass die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem Reichskriegerbund Kyffhäuser sehr gut sei und der Reichsbund seinen Mitgliedern empfiehlt, auch in diesen Vereinen Mitglied zu werden. Schwieriger gestaltet sich die Arbeit mit dem Stahlhelm und anderen Organisationen, die in ihren Statuten einen „Rasseparagrafen“ hatten. Den Reichsbundmitgliedern war es freigestellt, auch hier beizutreten, denn einzelne Ortsgruppen des Stahlhelms erlaubten noch jüdische Mitglieder. Natürlich nahm niemand an, dass sich wirklich ein jüdisches Mitglied dazu bereit erklären würde, in eine Organisation einzutreten, die sich offen gegen jüdische Mitglieder ausgesprochen hatte. Gegenüber völkischen Verbänden war nur schärfste Abwehr möglich. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal auf die Geschehnisse des Scheunenviertelpogroms sowie des wenige Tage später stattgefundenen Putsches vom 09. November 1923 hingewiesen.<sup>291</sup> Ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit anderen Veteranenverbänden war die Arbeit für ein gemeinsames Reichsehrenmal, zu dem Reichspräsident Friedrich Ebert und Reichskanzler Wilhelm Marx die Idee hatten und das 1924 zum zehnjährigen Jahrestag des Kriegsausbruches geplant wurde. Bei den Überlegungen zu diesem Denkmal, das die Form eines heiligen Haines haben und in Bad Berka entstehen sollte, kam es zu einer Zusammenarbeit des Stahlhelms, des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, des Kyffhäuserbundes und des RjF.<sup>292</sup> Gemeinschaftliche Briefe des Reichsbundes und des Stahlhelms an den Innenminister sollten das Projekt beschleunigen.<sup>293</sup> Vor allem den einfachen Mitgliedern des Stahlhelms gefiel diese enge Zusammenarbeit mit dem Reichsbund überhaupt nicht. Spätestens nachdem Paul von Hindenburg 1925 Reichspräsident geworden war, kam

---

<sup>291</sup> Der Schild. Nr. 21 (22. Mai 1926).

<sup>292</sup> Vgl. dazu: Ziemann, Benjamin: Die deutsche Nation und ihr zentraler Erinnerungsort. Das „Nationaldenkmal für die Gefallenen im Weltkriege“ und die Idee des „Unbekannten Soldaten“ 1914-1935. In: Berding, Helmut/ Heller, Klaus/ Speitkamp, Winfried (Hrsg.): Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 71.

<sup>293</sup> Vgl. dazu: Grady, Tim: The German-Jewish Soldiers of the First World War in History and Memory. Liverpool 2011, S. 103.

der Stahlhelm mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem RjF in eine schwierige Lage, da Hindenburg allen Veteranenvereinen zugeneigt war und erwartete, dass diese zusammen arbeiteten. Im Frühjahr 1926 reisten Vertreter des RjF und des Stahlhelm gemeinsam nach Bad Berka, um sich das Gelände anzusehen. Bei einem Zusammentreffen der verschiedenen Vereine mit Reichspräsident Hindenburg im Februar 1926, äußerte sich dieser erfreut darüber, dass trotz verschiedener weltanschaulicher Ansichten doch der Geist der Kameradschaft gesiegt habe und man sich auf ein gemeinsames Ehrenmal einigen konnte. Schlussendlich wurde das Projekt dann aber nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten doch nicht verwirklicht, da man sich weder auf die Form noch auf den Standpunkt des Denkmals einigen konnte. Stattdessen wurde das für das Reichsehrenmal gesammelte Geld zum Umbau des Tannenbergsdenkmals zum Reichsehrenmal Tannenberg verwendet.

Dass zwischen verschiedenen Veteranenverbänden ein gutes Einvernehmen herrschte, zeigte sich in der Tatsache, dass man sich gegenseitig zu wichtigen Veranstaltungen einlud bzw. Redner dafür stellte. Auch zu geselligen Veranstaltungen wurde eingeladen, wie zur Chanukkafeier 1924 der Gauleiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Fritz Ebert, ein Sohn Friedrich Eberts.<sup>294</sup>

#### **5.4. Die Neuorientierung des RjF 1933-1938**

Mit Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 versuchte sich auch der Reichsbund der neuen Situation anzupassen. Nachdem die Mitgliederzahlen bis Mai 1933 geradezu explosionsartig angestiegen waren, begann eine Reorganisation des Bundes. Da das Gesetz „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ den Frontkämpferbegriff recht weit fasste, wurden die jüdischen Grenzschutzangehörigen, die „Oberschlesienkämpfer“, die Freikorpsmitglieder und „Baltikumkämpfer“ zum Eintritt aufgefordert.<sup>295</sup> Außerdem richtete der Bund ab April 1933 diverse Schreiben an Hitler und Hindenburg, mit der Bitte, die berufliche

---

<sup>294</sup> Der Schild. Nr. 2 (15. Januar 1925).

<sup>295</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 126.



und wirtschaftliche Benachteiligung der ehemaligen Frontsoldaten zu vermeiden. Damit war die Solidarität mit der übrigen jüdischen Bevölkerung aufgekündigt. Als die ehemaligen Frontsoldaten tatsächlich von den Bestimmungen des Gesetzes „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ ausgenommen wurden, verbuchte der Reichsbund dies als großen Erfolg, der bestimmend war für die weitere Politik des Bundes.<sup>296</sup> Außerdem versuchte der RjF nun für ehemalige jüdische Soldaten, die nicht Mitglied im Reichsbund waren, aber bei Einwohnerwehren oder an den Spartakistenkämpfen teilgenommen hatten, beweiskräftige Unterlagen beizubringen, um diese Veteranen an den Ausnahmebestimmungen des Gesetzes teilhaben zu lassen.<sup>297</sup> Die Aufgaben des Bundes wurden jetzt weit ausgedehnt, der Reichsbund von einem Veteranenverein zu einer Organisation umgebaut, die einen Führungsanspruch unter den deutschen Juden beanspruchte. Man betonte die „soldatischen Tugenden, die besondere Vaterlandsliebe und die nationale Zuverlässigkeit“. Zum Zweck der besseren Durchsetzung der neuen Politik wurde im Mai 1933 auf der Hauptversammlung des Bundes das Führerprinzip eingeführt. Damit war es Leo Löwenstein möglich, ohne Absprache mit den Landesverbänden den Bund zu führen. Kurz nach dem Boykott jüdischer Geschäfte vom 01. April 1933 entstand der Aktionsausschuss jüdischer Deutscher, an dem neben dem Reichsbund auch der Verband nationaldeutscher Juden sowie zwei Splittergruppen der bündischen jüdischen Jugend, das Schwarze Fähnlein und der Deutsche Vortrupp, beteiligt waren. Das gemeinsame Bestreben sollte liegen in der „Lösung bestimmter Aufgaben, die ein geschlossenes Auftreten der nationaldeutsch gerichteten Gruppen der Deutschen jüdischer Abstammung“ erforderten. So schrieb die Jüdische Rundschau dazu: *„Der Aktionsausschuß und die hinter ihm stehenden Kreise jüdischer Deutscher bejahen mit größter Entschiedenheit ein starkes nationales Deutschland, sind zur Mitarbeit an dem Ausbau des Deutschen Reiches mit allen ihren Kräften bereit und verwahren sich energisch gegen jeden Versuch eines ausländischen Einmischens in innerdeutsche Angelegenheiten.“*<sup>298</sup> Als „Vertretung deutschfühlender Juden“ wollte man die Regierung bei allen

---

<sup>296</sup> Der Schild. Nr. 8 (13. April 1933) und Nr. 10 (25. Mai 1933).

<sup>297</sup> Vgl. dazu: Landesarchiv Berlin: A Rep. 001-02, A 4831 Nr. 959.

<sup>298</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 28/29 (07. April 1933).

Fragen beraten, die die Lebensverhältnisse der deutschen Juden betrafen. Mit Hinweis auf die eigene Erprobung im „langjährigen Kampfe gegen alle undeutschen Bestrebungen“ meinte der Ausschuss, seine Zuverlässigkeit bewiesen zu haben und deshalb die geeignete Qualifikation für diese Beratertätigkeit mitzubringen. Gleichlautende Briefe entsprechenden Inhaltes wurden durch den Reichsbund und den VnJ an hochrangige Vertreter des nationalsozialistischen Staates geschickt.<sup>299</sup> Aufgrund innerer Spannungen und alter Animositäten wurde der Ausschuss trotz der veränderten Verhältnisse in Deutschland nach einigen Monaten wieder aufgelöst. Nichtsdestotrotz führte die Mitarbeit des Reichsbundes in diesem Aktionsbündnis zu einer Verschlechterung seines Verhältnisses zu den Zionisten. Viele zionistische Reichsbundmitglieder verließen in der Folge den Bund. In der Folge verschärften sich die innerjüdischen Spannungen über die Führungsrolle unter den Juden, vor allem zwischen dem CV und den Zionisten. Während sich CV und Zionisten stritten, versuchte der Reichsbund unter Führung Leo Löwensteins, seinen Führungsanspruch durchzusetzen und durch direkte Fühlungnahme mit den Machthabern, alle anderen jüdischen Organisationen zu übergehen.<sup>300</sup> Die einstmals so hochgehaltene politische Neutralität war längst aufgegeben. Die vielen Reichsbundmitglieder, die auch im Centralverein organisiert waren, brachten diesen damit in eine schwierige Lage. Man musste darüber nachdenken, wem man ideologisch näher stand und mit wem man in Zukunft zusammen arbeiten wollte, dem Reichsbund oder den Zionisten. Um einen gemeinsamen Ansprechpartner gegenüber den deutschen Behörden und ausländischen Institutionen zu haben, wurde im September 1933 die Reichsvertretung der deutschen Juden gegründet, die alle großen jüdischen Organisationen, auch den Reichsbund, umfasste.<sup>301</sup> Mit dieser Verschiebung der innerjüdischen Machtverhältnisse wurde der RjF nun zum großen Gegenspieler der Zionisten. Durch die Zusammenarbeit mit dem VnJ hatte sich der Reichsbund ideologisch dem Gedankengut des Verbandes

---

<sup>299</sup> Vgl. dazu: Hambrock, Matthias: Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921-1935. Köln 2003, S. 610f.

<sup>300</sup> Vgl. dazu: Barkai, Avraham: „Wehr dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938. München 2002, S. 307.

<sup>301</sup> Vgl. dazu: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 2000, S. 698.

nationaldeutscher Juden angenähert, was den ZVfD 1934 dazu veranlasste, den eigenen Mitgliedern die Mitgliedschaft im Reichsbund und deren Sportgruppen zu untersagen.<sup>302</sup> Die erbitterten Streitigkeiten zwischen den beiden Lagern wurden trotz gemeinsamer Arbeit in der Reichsvertretung erst 1937 beendet, als der Reichsbund einsehen musste, dass der von ihm eingeschlagene Weg in die falsche Richtung lief.<sup>303</sup>

Auch innerhalb der jüdischen Sportbewegung baute der Reichsbund seinen Führungsanspruch nach 1933 aus. Als klar wurde, dass jüdische Sportler nicht mehr in anderen Sportgruppen trainieren konnten, schuf der RjF einen neuen Sportbund, der rasch eine Mitgliederzahl von 21.500 erreichte.<sup>304</sup> In diesem Verein mit dem Namen „Schild. Sportbund des RjF“ wurde Leichtathletik, Tennis, Schwimmen und Fußball betrieben. Im September 1934 wurde auf Betreiben des Reichssportführers ein Reichsausschuss der jüdischen Sportverbände gegründet, dem neben dem Sportbund Schild auch der Maccabi-Sportclub angehörte. Die Sportverbände konnten relativ unbehindert noch bis 1938 ihren Betrieb aufrechterhalten.

Als 1935 die Wehrpflicht wieder eingeführt werden sollte, richtete der RjF eine Eingabe an den Reichswehrminister, mit der Bitte, auch jüdische Deutsche zum Wehrdienst zuzulassen. Leo Löwenstein schrieb dazu: *„Wir wollen uns damit nicht würdelos zum aktiven Wehrdienst, den man uns nicht zugestanden hat, drängen, sondern damit zum Ausdruck bringen, daß wir den Anspruch, als Juden am Ehrendienst unter der Waffe teilzuhaben, und damit das Recht an einer würdigen Existenz in unserer Heimat, nicht fallen lassen.“*<sup>305</sup>

Als diese Eingabe scheiterte, war auch dem RjF klar geworden, dass die eingeschlagene Politik verfehlt war. Ab 1935 beschäftigte man sich mit einem Problem, dem man früher keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt hatte, der Auswanderung.<sup>306</sup> Die Bundesleitung richtete eine Stelle für Auswanderung ein und nahm Kontakt mit der englischen jüdischen

---

<sup>302</sup> Vgl. dazu: Hambrock, Matthias: Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921-1935. Köln 2003, S. 623.

<sup>303</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 166f.

<sup>304</sup> Der Schild. Nr. 1 (4. Januar 1935).

<sup>305</sup> Vgl. dazu: Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S. 174f.

<sup>306</sup> Der Schild. Nr. 37 (13. September 1935).

Soldatenorganisation auf, um mit deren Hilfe die Auswanderung von Mitgliedern nach England zu erleichtern.<sup>307</sup>

Im August 1936 wurde dem Reichsbund das Führen des Kürzels RjF durch die Geheime Staatspolizei untersagt und wenig später durfte sich der Bund nur noch der Betreuung jüdischer Kriegsoffer widmen. Nach der Pogromnacht vom 09. November 1938 stellte der Reichsbund seine Arbeit gänzlich ein.

## **6. Fazit**

Als am 05. und 06. November 1923 aufgebrachte und aufgestachelte Menschen ins Berliner Scheunenviertel strömten und gegen die jüdische Bevölkerung vorgingen, war dies ein Ergebnis des sich immer weiter aufbauenden Antisemitismus der Nachkriegszeit. Verschiedene Faktoren hatten zu diesem Ereignis geführt. Die Kriegsniederlage Deutschlands, die territorialen Verluste und die Änderung der Staatsstruktur brachten für alle Bürger einen extremen Wandel mit sich. Aufgrund der Inflation kamen viele Menschen in Not, im ganzen Reich kam es zu Unruhen und Plünderungen. Auch in Berlin war es im November 1923 unruhig auf den Straßen. Die besagten Ereignisse unterschieden sich jedoch von den „normalen“ Unruhen in dem Punkt, dass sich die Aggressionen nun gegen die jüdische Bevölkerung wandten. Die von den Gewalttätern ausgestoßenen Schimpf- und Drohworte, die sich gegen jüdische oder jüdisch aussehende Menschen richteten, waren deutlich. Es waren auch christliche Geschäfte des Scheunenviertels von den Plünderungen betroffen, aber durch das Anbringen von Schildern mit der Aufschrift „Christliches Geschäft“ machten die Inhaber deutlich, dass auch sie die jüdischen Nachbarn als Ziel der Bedrohung sahen. Der Reichstagsabgeordnete Hildenbrandt von der Vereinigten SPD vermutete sogar einen Zusammenhang zwischen dem durch völkische Propaganda ausgelösten Scheunenviertelpogrom und dem

---

<sup>307</sup> Vgl. dazu: Berger, Michael: Eisernes Kreuz und Davidstern. Die Geschichte jüdischer Soldaten in deutschen Armeen. Berlin 2006, S. 203.

wenige Tage später in München stattgefundenen Hitlerputsch, von dem die Völkischen in Norddeutschland zweifellos gewusst haben mussten.<sup>308</sup>

Für die jüdische Bevölkerung der jungen Weimarer Republik brachten diese neuen Zeiten eine Beseitigung aller noch bestehenden Beschränkungen. Was im ersten Moment im November 1918 für sie wie ein Aufbruch in eine neue Zeit erschien, erwies sich jedoch als der Anfang eines langen Kampfes gegen antisemitische Vorurteile. Die neugegründeten fanatisch antisemitischen Parteien und Organisationen wollten nicht mehr nur noch in verbaler Form gegen das Judentum vorgehen. Ihre Mitglieder waren bereit, Worten Taten folgen zu lassen.

In der Weimarer Republik zeigte sich der Antisemitismus als Problem, von dem die Juden meinten, in einem bestimmten Maße damit leben zu müssen. Die generationenübergreifende Diskriminierung hatte sich fest in den Köpfen verankert. Und dennoch wurde die Gefahr des Antisemitismus in den verschiedenen ideologischen Lagern des Judentums unterschiedlich bewertet. Die Zionisten sahen den Antisemitismus nicht im Kontext des jüdischen (Fehl-)Verhaltens, sondern meinten, diesem in der Diaspora nicht entgehen zu können, so dass nur eine Auswanderung das Problem klären könne. Im völligen Gegensatz dazu sahen die nationaldeutschen Juden bei den jüdischen Mitbürgern Grund zur Selbstkritik. Ihre starke Identifikation mit dem Deutschtum, das sich von einer jüdischen Minderheit bedroht sah, brachte sie zu dem Schluss, dass nur eine völlige Verschmelzung mit diesem die Lösung darstellte. Eine „übertriebene“ Bekämpfung antisemitischer Vorfälle wurde strikt abgelehnt. Die weitaus größte Gruppe jedoch bildeten die assimilierten Juden, zu denen auch die Mehrheit der Reichsbundmitglieder gehörte und die sich vom fortschreitenden Emanzipationsprozess ein allmähliches Verschwinden des Antisemitismus erhofften. Jedoch wurde von dieser Gruppe nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der Mitschuld am Erstarken des Antisemitismus bei den eigenen jüdischen Mitbürgern zu suchen war. In diesem Kontext ist auch der Versuch des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu verstehen, mit einem Selbstzuchtprogramm dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

---

<sup>308</sup> Vgl. dazu: Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918–1933. Hamburg 1986, S. 338.

Der Mehrheit der assimilierten Juden bot die Anwesenheit der ostjüdischen Einwanderer ein Erklärungsmuster für den sich, nach dem Krieg explosionsartig vermehrenden Antisemitismus. Die Hetze der vergangenen Jahre hatte das Bild des Ostjuden in der deutschen Bevölkerung mit einem ganzen Komplex negativer Assoziationen versehen. Bereits im 19. Jahrhundert waren die Ostjuden Ziel von Schmähungen. Zu einem politischen „Problem“ wurden diese Menschen jedoch erst im Ersten Weltkrieg. Der Philosoph und Schriftsteller Gustav Landauer wies 1916 darauf hin, dass die Ostjuden wie ein *„Karthagergespent vor dem Osttor“* stünden und gewisse Bevölkerungspolitiker, sich vor diesem *„wimmelnde[n] wehrlose[n] Heer“* nicht wegen seiner Kläglichkeit, sondern wegen seiner *„Möglichkeiten“* fürchte.<sup>309</sup> An vielen Problemen der Weimarer Republik waren laut völkischen Hetzkampagnen die Ostjuden schuld, wie an der Wohnungsnot in Großstädten, der Inflation und an der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Dieses aufgebauschte „Ostjudenproblem“ wurde auch in der Politik wahrgenommen. In einem Schreiben des Reichsinnenministeriums an alle preußischen Minister vom November 1919 heißt es: *„Die Erfahrungen des Berliner Polizeipräsidiums und vieler anderer Dienststellen ergeben, dass sich unter ihnen zahlreiche, zu ungesetzlichem Handel neigende Elemente befinden, die der inländischen Bevölkerung nicht nur durch Inanspruchnahme der ohnehin knappen Wohnräume und Nahrungsmittel zur Last fallen, sondern als Schädlinge im deutschen Wirtschaftsleben zu bezeichnen sind.“*<sup>310</sup>

Die Zahl der ostjüdischen Einwanderer betrug jedoch bis 1920 nur 60-70.000 Menschen in ganz Deutschland. Dennoch mussten sie als Schreckgespenst herhalten.<sup>311</sup>

Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft war man sich bei der Einschätzung des Scheunenviertelpogroms nicht einig. Einzig die zionistische *Jüdische Rundschau* verwahrte sich gegen die Feststellung, dass sich dieses Pogrom

---

<sup>309</sup> Der Jude. Nr. 7 (Oktober 1916).

<sup>310</sup> Zit. nach: Heid, Ludger: Achtzehntes Bild: „Der Ostjude“. In: Schoeps, Julius H./ Schlör, Joachim (Hrsg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. München 1995, S. 246.

<sup>311</sup> Vgl. dazu: Richarz, Monika: Erfolg und Gefährdung in der Weimarer Republik. In: Hammer, Manfred/ Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Juden in Berlin 1671-1945. Ein Lesebuch. Berlin 1988, S. 179.

insbesondere gegen die ostjüdische Bevölkerung gerichtet habe.<sup>312</sup> Das Eingeständnis eines Pogroms gegen die gesamte jüdische Bevölkerung hätte die Idee der Emanzipation bedroht.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten war 1919 zum Zweck der Abwehr des Antisemitismus gegründet worden. In dieser ersten Phase der Entwicklung war der neue Verein geplant als „*Bund, der unterschiedslos alle die Millionen Frontkämpfer umfaßte, die draußen als gute Kameraden zusammengestanden hatten*“<sup>313</sup> Der Gründer Leo Löwenstein musste bald einsehen, dass ein solcher Bund unmöglich war. Eine weitere Intention für die Gründung war der „antisemitische Stachel im Fleisch“ der Veteranen, die bereits während des Krieges als „Drückeberger“ verunglimpft worden waren. Während der gesamten Zeit seines Bestehens war der Reichsbund bemüht, Beweise dafür zu erbringen, dass diese Anschuldigungen ungerechtfertigt waren. *Der Schild*, die Zeitung des Reichsbundes, sollte seine Mitglieder mit Informationen, aber auch Argumenten und grundlegendem Wissen über das Judentum versorgen, in dem Glauben, den Antisemitismus mit einer akribischen Dekonstruktion, mit Wissenschaft und Wahrheit, bekämpfen zu können.

In seinem Selbstverständnis sah sich der RjF als Abwehrverein, der mit verbalen und publizistischen Mitteln versuchte, gegen eine Bedrohung vorzugehen. Da diese aber in einigen Fällen, wie dem Scheunenviertelpogrom nicht ausreichten, wurde auch ein gewaltsames Vorgehen in Betracht gezogen. Ehemalige, oft hochdekorierte Soldaten, sahen sich verpflichtet, den bedrohten Glaubensgenossen zu helfen. Eine Gruppe von 25 Personen konnte gegen eine aufgebrachte Menge von mehreren Tausend nichts ausrichten. Die Tatsache, dass sich seine Mitglieder mutig einer Gefahr stellten, um schlussendlich als Sieger aus dieser Auseinandersetzung hervorzugehen, brachte dem Reichsbund einen Zugewinn an Selbstbewusstsein in seinem Abwehrkampf. Trotz Verhaftung und Misshandlung wurde der spätere Prozess gegen die Polizisten gewonnen und das Verbotsverfahren des RjF erfolgreich abgewendet.

Der Scheunenviertelpogrom war für den Bund eine Zäsur und leitete die zweite Phase der Entwicklung ein. Als kleiner Verein mit einem geringen

---

<sup>312</sup> Jüdische Rundschau. Nr. 96 (09. November 1923).

<sup>313</sup> Der Schild. Nr. 44/45 (01. November 1926).

Bekanntheitsgrad hatte er nur gediente Frontsoldaten in seinen Reihen. Nach dem Pogrom stiegen die Mitgliederzahlen sprunghaft an. Vor allem junge Menschen wollten im Abwehrkampf gegen den Antisemitismus mitkämpfen. Diese Tatsache bewog die Leitung des Reichsbundes zur Erweiterung des Aufgabengebietes. Die sportliche Ertüchtigung wurde als erster Schritt in eine neue Richtung gewertet, die Jugend als Hoffnungsträger für die Fortsetzung des eigenen Kampfes zu gewinnen. Die Aufnahme eines Sportprogrammes in den Aufgabenbereich war einerseits dem starken Antisemitismus geschuldet, andererseits diente er zur Bekräftigung eines positiven jüdischen Selbstbildes. Das Stigma des „krummen, schwächlichen Juden“ sollte bekämpft werden. Im gleichen Kontext ist auch die neu ins Programm aufgenommene Siedlungspolitik des Reichsbundes zu sehen. Diese wendet sich gegen das Stigma einer ungesunden Berufsstruktur unter der jüdischen Bevölkerung. Der Reichbund wollte beweisen, dass auch ein Jude in der Lage war, Landbau zu betreiben. In einer Broschüre propagierte der RjF, loszukommen von *„Intellektualismus, Überkultur, Großstadt, Spitzfindigkeit, Handelsberuf, geistiger und körperlicher Verbiegung und zurückzukehren zum Vollmenschentum, Scholle, Heimat, Handarbeit, Gastfreundschaft, Natürlichkeit im Verkehr der Menschen und der Geschlechter, Ursprünglichkeit, Erbhaftigkeit.“*<sup>314</sup>

In der Folge des Pogroms und den damit in Verbindung stehenden Erfolgen intensivierte der Reichsbund seine Gegenwehr gegen antisemitische Propaganda. Dabei wurde er bestärkt durch die Zusammenarbeit mit anderen jüdischen Organisationen, wie dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens oder der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Auch die Unterstützung durch Vertreter linker, liberaler Parteien, durch örtliche Honoratioren oder durch das Justizsystem trug zu einem erstarkten Selbstbewusstsein bei. Dieses ging so weit, dass regelmäßig Mitglieder des Reichsbundes völkische Veranstaltungen störten, als Redner bei solchen Veranstaltungen auftraten, um durch

---

<sup>314</sup> Zit. nach: Bergmann, Werner/ Wetzel, Juliane: „Der Miterlebende weiß von nichts“. Alltagsantisemitismus als zeitgenössische Erfahrung und spätere Erinnerung (1919-1933). In: Benz, Werner/ Paucker, Arnold/ Pulzer, Peter (Hrsg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998, S. 182.



Gegenargumente Hörer auf ihre Seite zu ziehen oder das man gar völkische Redner zu eigenen Veranstaltungen einlud. Im Laufe der Jahre kam es aber auch immer wieder zu Unstimmigkeiten mit den jüdischen Organisationen, über Art und Umfang dieser Abwehrtätigkeit. Von Seiten des Reichsbundes sah man aber keine Alternative zu dem bisherigen Vorgehen.

Diese gesteigerte Selbstbewusstsein, genährt durch die vermeintlichen Erfolge im Kampf gegen den Antisemitismus, war es auch, dass den Reichsbund ab 1933 nach einer Vormachtstellung unter den deutschen Juden streben lies. In dieser dritten Phase der Geschichte des RjF wurde die über die Jahre streng „gehütete“ Neutralität in innerjüdischen und politischen Belangen beseitigt und der Bund so umgebaut, dass er einer politischen Partei ähnelte. Die Beseitigung der demokratischen Prinzipien innerhalb des RjF durch die einseitige Ausrichtung auf seinen Vorsitzenden Leo Löwenstein rundete dieses Bild ab. Bei seiner Tätigkeit versuchten die Mitglieder des Reichsbundes sich zu entscheiden zwischen einer Identität als Deutscher und Jude. Den Weg der Assimilation zu verlassen und an einer Perspektive in einem anderen Land zu arbeiten, war erst nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten eine denkbare, wenn auch zunächst nicht wünschenswerte Option für den RjF. So rückte schließlich die Identitätsbestimmung als Jude vor die als Deutscher, obwohl der RjF sich in erster Linie als nationaler Verband, der sich aus Soldaten jüdischer „Abstammung“ rekrutierte, und weniger als jüdische Interessenvertretung betrachtet hatte.

## **7. Quellen- und Literaturverzeichnis**

### **Archivalische Quellen**

*Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA)*

Abt. IV a, Polen, Politik 2 D, Nr. 1, Übersetzung Bl. 3.

*Geheimes Staatsarchiv Berlin Dahlem*

GStA Berlin, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 402.

*Stiftung „Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum“ Archiv*

CJA, 1 (Gesamtarchiv der deutschen Juden), 75 D Gr 1, Nr. 7, #13319, Bl. 681.

*Landesarchiv Berlin*

A Rep. 358-01, Nr. 2743, Film B 388 und B 389.

A Rep. 001-02, A 4831 Nr. 959

*Jüdisches Museum Berlin-Archiv des Leo Baeck Institutes*

Memoiren Adolph Asch. LBIJMB MM3 Adolph Asch Collection.

### **Zeitungen**

Allgemeine Zeitung des Judentums.

Berliner Börsencourier.

Berliner Lokal-Anzeiger.

Berliner Tageblatt.

CV-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum.

Der Israelit.

Der Schild.

Der Tag.

Deutsche Zeitung.

Germania.

Im deutschen Reich.

Israelitisches Familienblatt.

Jüdische Rundschau.  
Jüdisch-liberale Zeitung.  
Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden e.V..  
Münchner Neueste Nachrichten.  
Neue Preußische Zeitung.  
Rote Fahne.  
Vorwärts.  
Vossische Zeitung.

## **Literatur**

- Alexander, Gabriel E.: Die jüdische Bevölkerung Berlins in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Demographische und wirtschaftliche Entwicklungen. In: Rürup, Reinhard (Hrsg.): Jüdische Geschichte in Berlin: Essays und Studien. Berlin 1995, S. 117-148.
- Alt, Arthur Tilo: Yiddish and Berlin's Scheunenviertel. In: Shofar. An interdisciplinary Journal of Jewish Studies. Volume 9, Nr. 2 (1991), S. 29-43.
- Angress, Werner T.: Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen Nr. 1 (1976), S. 77-146.
- Aschheim, Steven E.: Spiegelbild, Projektion, Zerrbild. „Ostjuden“ in der jüdischen Kultur in Deutschland. In: Osteuropa. Heft 8 (2008), S. 67-83.
- Bajohr, Frank: Bäder-Antisemitismus in Deutschland. In: Herzig, Arno/Rademacher, Cay (Hrsg.): Die Geschichte der Juden in Deutschland. Hamburg 2007, S. 180-188.
- Barkai, Avraham: „Wehr dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938. München 2002.
- Behring, Dietz: Rittmeister der Reserve Bernhard Weiß; zur Biographie eines preußischen Juden. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. Katalog im Auftrag des Bundesministeriums zur Wanderausstellung. Freiburg 1982, S. 146-153.

- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. (Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologien.) Berlin/ New York 2010.
- Beradt, Martin: Die Straße der kleinen Ewigkeit. Frankfurt am Main 2001.
- Berger, Michael: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Abwehrverein und Interessenvertretung. In: Kleine-Kranenburg, Andreas (Hrsg.): Jüdische Soldaten in deutschen Armeen. (Dokumentation der gleichnamigen Tagung in Zusammenarbeit mit dem Bund jüdischer Soldaten (RJF) und dem Zentralrat der Juden in Deutschland) Berlin/ San Augustin 2008, S. 59-70.
- Berger, Michael: Eisernes Kreuz und Davidstern. Die Geschichte jüdischer Soldaten in deutschen Armeen. Berlin 2006.
- Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935. Düsseldorf 1966.
- Bergmann, Werner/ Wetzels, Juliane: „Der Miterlebende weiß von nichts“. Alltagsantisemitismus als zeitgenössische Erfahrung und spätere Erinnerung (1919-1933). In: Benz, Werner/ Paucker, Arnold/ Pulzer, Peter (Hrsg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998, S. 173-196.
- Bergmann, Werner: Geschichte des Antisemitismus. München 2006.
- Bessel, Richard: Militarisierung und Modernisierung: Polizeiliches Handeln in der Weimarer Republik. In: Luedtke, Alf (Hrsg.): „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“: Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/ Main 1992, S. 323-343.
- Birnbaum, Nathan: Was sind Ostjuden? Wien 1916.
- Brandt, Leo (Hrsg.): Forschen und Gestalten. Reden und Aufsätze von Leo Löwenstein 1930-1962. Köln 1962, S. 645-651.
- Breuer, Mordechai: Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871-1918. Die Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit. Frankfurt/Main 1986.
- Caplan, Greg: Wicked Sons, German Heroes. Jewish Soldiers, Veterans, and Memories of World War I in Germany. Saarbrücken 2008.
- Clay Large, David: „Out with the Ostjuden“: The Scheunenviertel Riots in Berlin, November 1923. In: Hoffmann, Christhard/ Bergmann, Werner/ Walser Smith, Helmut (Hrsg.): Exclusionary Violence.

- Antisemitic Riots in Modern German History. Michigan 2002, S. 123-141.
- Davis, Belinda: Polizei und Gewalt auf der Straße. Konfliktmuster und ihre Folgen im Berlin des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Luedtke, Alf/ Reinke, Herbert/ Sturm, Michael (Hrsg.): Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2011, S. 81-103.
- Dettmer, Klaus: Arbeitslose in Berlin. Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923. Berlin 1977.
- Dunker, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977.
- Düwell, Kurt: Zur Entstehung der deutschen Antisemitenparteien in Deutschland und Österreich. In: Ginzel, Günther B. (Hrsg.): Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute. Bielefeld 1991, S. 170-180.
- Ehls, Marie-Luise: Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 92) Berlin/New York 1997.
- Eschelbacher, Klara: Die Wohnungsfrage. In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. Nr. 1-6 (Januar-Juni 1920), S. 1-24.
- Fox, John P.: Weimar Germany and the Ostjuden, 1918-1923: acceptance or expulsion? In: Bramwell, Anna C. (Hrsg.): Refugees in the age of total war. London 1988, S. 51-69.
- Fricke, Dieter (u.a.) (Hrsg.): Lexikon der Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). (Band 2) Leipzig 1984.
- Geisel, Eike (Hrsg.): Im Scheunenviertel. Bilder, Texte, Dokumente. Berlin 1981.
- Geisel, Eike: Das Scheunenviertel. Beschreibung eines Zenotaphs. In: Ders. (Hrsg.): Im Scheunenviertel. Bilder, Texte, Dokumente. Berlin 1981, S. 10-34.
- Geyer, Martin H.: Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914-1923. In: Gailus, Manfred/ Volkmann, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. (Schriften des Zentralinstitutes für sozialwissenschaftliche

- Forschung der Freien Universität Berlin 74) Opladen 1994, S. 319-346.
- Geyer, Martin H.: Teuerungsprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit. München 1920-1923. In: Archiv für Sozialgeschichte. Nr. 30 (1990), S. 181-215.
- Grady, Tim: Fighting a lost Battle: The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten and the Rise of National Socialism. In: German History. Nr. 28 (2010), S. 1-20.
- Grady, Tim: The German-Jewish Soldiers of the First World War in History and Memory. Liverpool 2011.
- Hambrock, Matthias: Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921-1935. Köln 2003.
- Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik. (Politik und Gesellschaftsgeschichte 62) Bonn 2003.
- Heid, Ludger: Achtzehntes Bild: „Der Ostjude“. In: Schoeps, Julius H./ Schlör, Joachim (Hrsg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. München 1995, S. 241-250.
- Heid, Ludger: Maloche- nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiten in Deutschland 1914-1923. (Haskala, Wissenschaftliche Abhandlungen 12) Hildesheim/ Zürich/ New York 1995.
- Herzig, Simone: „Schwarze Schmach“ und „Ostjudengefahr“. Französische Kolonialsoldaten und jüdische Zuwanderer aus Osteuropa in der Pressediskussion der frühen Krisenjahre der Weimarer Republik 1918-1924. In: Erich Remarque Friedenszentrum (Hrsg.): Krieg und Literatur. Nr. 13 (2007), S. 48-64.
- Hödl, Klaus: Die Pathologisierung des jüdischen Körpers: Antisemitismus, Geschlecht und Medizin im Fin de Siècle. Wien 1997.
- Jochmann, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 23) Hamburg 1988.
- Jochmann, Werner: Die Ausbreitung des Antisemitismus. In: Mosse, Werner E. (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institutes 25) Tübingen 1971, S. 409-450.

- Keller, Elke: Vom Scheunefeld zum Scheunenviertel. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin 1994, S. 12-16.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 16) München 1993.
- Kruppa, Bernd: Rechtsradikalismus in Berlin 1919-1928. Berlin/ New York 1988.
- Landauer, Gustav: Ostjuden und das Deutsche Reich. In: Der Jude. Eine Monatsschrift. Nr. 7 (1916), S. 433-439.
- Lapide, Pinchas: Deutschlands jüdische Stiefkinder 1914-1918. In: Beiträge zur Konfliktforschung-Psychopolitische Aspekte. Nr. 2 (1989), S. 65-74.
- Lefèvre, Andrea: Lebensmittelunruhen in Berlin 1920-1923. In: Gailus, Manfred/ Volkmann, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994, S. 346-361.
- Leßmann, Peter: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf. Düsseldorf 1989.
- Leßmann-Faust, Peter: Reichswehr und preußische Schutzpolizei im ersten Jahrfünft der Weimarer Republik. In: Nitschke, Peter (Hrsg.): Die deutsche Polizei und ihre Geschichte. Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis. Hilden 1996, S. 119-138.
- Liang, Hsi-Huey: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik. Berlin/ New York 1977.
- Liepach, Martin: Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung: Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik. (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institutes 53) Tübingen 1996.
- Löwenstein, Leo: Die Linie des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. In: Ders./ Hirschberg, Alfred (Hrsg.): Wille und Weg des deutschen Judentums. (Deutschjüdischer Weg-Eine Schriftenreihe 2) Berlin 1935, S. 7-11.
- Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986.
- Messerschmidt, Manfred: Juden im preußisch-deutschen Heer. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche Jüdische

- Soldaten. Von der Epoche der Emanzipation bis zum Zeitalter der Weltkriege. (Eine Ausstellung des MGFA in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelsohn Zentrum, Potsdam, und dem Centrum Judaicum, Berlin) Potsdam 1996, S. 39-62.
- Meyer, Hans C. (Hrsg.): Stern, Heinemann: Warum hassen sie uns eigentlich? Erinnerungen. Düsseldorf 1970.
- Michalka, Wolfgang: Zwischen Patriotismus und Judenzählung. Juden und Militär während des Ersten Weltkrieges. In: Ders./ Vogt, Martin (Hrsg.): Judenemanzipation und Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. (Bibliothek europäischer Freiheitsbewegungen 3) Eggingen 2003, S. 105-117.
- Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin (Hrsg.): Die Siedlungs-, Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse in der Dragoner-, Grenadier-, Linien-, Rücker- und Mulackstraße. Heft 5 (1929).
- Mohrmann, Walter: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Berlin (DDR) 1972.
- Morgner, Frank: Wohnungsnot und Wohnungselend. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin, S. 103-113.
- Picht, Clemens: Zwischen Vaterland und Volk. Das deutsche Judentum im ersten Weltkrieg. In: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München 1994, S. 736-757.
- Pierson, Ruth: Embattled Veterans. The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. In: Leo Baeck Institute Yearbook. Nr. 19 (1974), S. 139-154.
- Poppel, Stephen Murray: Zionism in Germany 1897-1933. The Shaping of a Jewish Identity. Philadelphia 1976.
- Raschke, Thomas: Vom Vorstadtquartier zum dunklen Berlin. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin 1994, S. 16-20.
- Reuveni, Gideon: Sport und die Militarisierung der jüdischen Gesellschaft. In: Brenner, Michael/ Ders. (Hrsg.): Emanzipation durch Muskelkraft. Juden und Sport in Europa. Göttingen 2006, S. 51-68.



- Rheins, Carl J.: German Jewish Patriotism 1918-1935: Study of the Attitudes and Actions of the Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, the Verband nationaldeutscher Juden, the Schwarzes Fähnlein, Jungenschaft, and the Deutscher Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden. (Ph.D. Dissertation State University of New York) New York 1978.
- Richarz, Monika (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945. (Band 3) Stuttgart 1982.
- Richarz, Monika: Erfolg und Gefährdung in der Weimarer Republik. In: Hammer, Manfred/ Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Juden in Berlin 1671-1945. Ein Lesebuch. Berlin 1988, S. 179-182.
- Rosenthal, Jacob: Die Ehre des jüdischen Soldaten. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen. (Campus Judaica 24) Frankfurt/Main 2007.
- Roth, Joseph: Juden auf Wanderschaft. Köln 1985.
- Sabrow Martin: Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar. München 1994.
- Saß, Anne-Christin: Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik. (Charlottengrad und Scheunenviertel 2) Göttingen 2012.
- Sauer, Bernhard: Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Nr. 53 (2005), S. 26-45.
- Schäfer, Julia: Die Präsentation des deutsch-jüdischen Mannes im Schild (1921-1938). In: Lappin, Eleonore/ Nagel Michael (Hrsg.): Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte: Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen. (Band 2) Bremen 2008, S. 103-122.
- Schmidt, Daniel: Keine Kommissare. Preußische Polizeioffiziere zwischen soldatischem Selbstverständnis und polizeilicher Professionalität 1919 bis 1935. In: Militärgeschichtliche Zeitung. Nr. 69 (2010) Heft 1, S. 37-57.
- Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 2000.
- Scholz, Robert: Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914-1923. In:

- Gailus, Manfred (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980). Berlin 1984, S. 79-125.
- Schulz, Jürgen Michael: Die Zeitschriften *Der Schild* und *Jüdische Front*: Ansätze für die Formation eines deutsch-jüdischen und österreichisch-jüdischen konservativen Milieus in Deutschland und Österreich. In: Grunewald, Michel/ Puschner, Uwe (Hrsg.): Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960). Bern 2003, S. 239-271.
- Schumann, Dirk: Der aufgeschobene Bürgerkrieg. Sozialer Protest und Politische Gewalt in Deutschland 1923. In: Zeitschrift für Geschichte. Nr. 44 (1996), S. 526-544.
- Shedletzky, Ida (Hrsg.): Scholem, Betty/ Scholem, Gershom: Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946. München 1989.
- Sieg, Ulrich: Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe. Berlin 2001.
- Silbermann, Alphons: Deutsche Juden oder jüdische Deutsche? Zur Identität der Juden in der Weimarer Republik. In: Grab, Walter/ Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Juden in der Weimarer Republik. Darmstadt 1998, S. 347-355.
- Thoury, Jakob: Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte. (Schriftenreihe des Institutes für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv 18) Gerlingen 1997.
- Ullrich, Volker: Drückeberger. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg. In: Schoeps, Julius H./ Schlör, Joachim (Hrsg.): Bilder der Judenfeindschaft. Antisemitismus, Vorurteile und Mythen. Augsburg 1999, S. 210-217.
- Verhey, Jeffrey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft. Hamburg 2000.
- Volkman, Heinrich/ Tenfelde, Klaus: Zur Geschichte des Streiks in Deutschland. In: Dies. (Hrsg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung. München 1981, S. 9-30.
- Volkov, Shulamit: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert: 10 Essays. München 1990.

- Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. München/ New York/ London/ Paris 1988.
- Walle, Heinrich: Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945. (Wanderausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes) Freiburg 1982.
- Waller, Anja/ Haustein, Sabine: Jüdische Settlements in Europa. Ansätze einer transnationalen sozial-, geschlechter- und ideenhistorischen Forschung. In: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung. Nr. 4 (2009). Online unter [http://www.medaon.de/pdf/A\\_Haustein-Waller-4-2009.pdf](http://www.medaon.de/pdf/A_Haustein-Waller-4-2009.pdf) [24.07.2012].
- Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999.
- Wieke, Doris: Ein Viertel mit Ruf. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin, S. 65-76.
- Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919-1939. Hamburg 2007.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933: die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1993.
- Ziemann, Benjamin: Die deutsche Nation und ihr zentraler Erinnerungsort. Das „Nationaldenkmal für die Gefallenen im Weltkriege“ und die Idee des „Unbekannten Soldaten“ 1914-1935. In: Berding, Helmut/ Heller, Klaus/ Speitkamp, Winfried (Hrsg.): Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 67-92.
- Ziemann, Benjamin: Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924-1933. (Gesprächskreis Geschichte 91) Bonn 2011.
- Zilkenat, Rainer: Der Pogrom am 5. und 6. November 1923. In: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hrsg.): Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Berlin 1994, S. 95-103.
- Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914-1945. (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 43) München 1997.
- Zimmermann, Moshe: Zukunftserwartungen deutscher Juden im ersten Jahr der Weimarer Republik. In: Archiv für Sozialgeschichte. Nr. 37 (1997), S. 55-72.

Zuckmayer, Carl: Der Hauptmann von Köpenick. In: Kirschey-Feix, Ingrid (Hrsg.): Treffpunkt Scheunenviertel. Leben im Shtetl. Berlin 1993, S. 101-104.

Zudrell, Petra: Der Kulturkritiker und Schriftsteller Max Nordau. Zwischen Zionismus, Deutschtum und Judentum. (Epistemata-Würzburger wissenschaftliche Schriften. Reihe Literaturwissenschaft 421) Würzburg 2003.

### **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit erkläre ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt habe.

Potsdam, am 28.03.2013

Gerlind Mittelstädt